

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 1. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigten Kolonnen je Seite oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berichte und Verlesungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Einzeilige und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Würdige Kumpane!

Bekanntlich ist jetzt zwischen Zentrum und Nationalliberalen ein Wettrennen um die Gunst der Konservativen entbrannt. Derjenige hofft Preisgewinner zu werden, der das Wahlrecht am miserabelsten gestaltet.

Das Zentrum hat an Wahlrechtsverschlechterung und Volksverrat an Außerordentlichem geleistet, daß seine Günstlingschaft bei den Junkern unerträglich schien. Nicht nur hatte das Zentrum ja jede generelle Abschwächung des Dreiklassenwahlrechts abgelehnt, wie sie selbst der nationalliberale Antrag auf „Minimierung“ des auf jede Klasse entfallenden Prozentsatzes der Wähler darstellte, sondern es hatte ja auch noch die geheime Abstimmung durch Wiederherstellung der indirekten Wahl für das platte Land vollständig unwirksam und wertlos gemacht. Es hatte also faktisch den Anschein, als ob die Niedertracht der ultramontanen Verschönerung der Volksrechte nicht mehr überboten werden könnte. Bis die Nationalliberalen bei der dritten Lesung allen liberalen Auvandlungen entsagten und ihre Zustimmung zu dem gerade von ihnen in Grund und Boden kritisierten schandbaren blau-schwarzen Kompromiß im wesentlichen davon abhängig machten, daß auch das letzte winzige Reststück die totale Volksentrechtung durch das Geldsachwahlrecht beseitigt werde!

Die Beseitigung der Steuerdrittelung in den Urwahlbezirken, die Einführung der Drittelung in ganzen Wahlkreisen oder Gemeinden — das ist jetzt der springende Punkt für die braven Nationalliberalen! Alles wollen diese wackeren „Liberalen“ schlucken, was der Schnapsblock an nichtswürdiger Volksbeugenerung ausgeheckt hat — wenn nur der arbeitenden Bevölkerung der letzte Fetzen ihres Rechtes geraubt wird!

Die Drittelung nach Urwahlbezirken war bisher geltendes Recht selbst im elendesten aller Wahlsysteme! Ihm allein verdankt es die Sozialdemokratie, daß sie wenigstens ein halbes Duzend Ankläger in das Junkerparlament entsenden konnte. Wenn es aber nach den Wünschen der Nationalliberalen geht, soll dem Proletariat durch eine plutokratische Verschlebung der Grenzen zwischen den drei Klassen vollends der Mund verschlossen werden, damit nicht einmal mehr die zornigen Anklagen der Vertreter der Entrechteten im Hause des Geldsacks und des politischen Stumpfsinns gehört werden!

Wie es nach Erfüllung der nationalliberalen Wünsche mit der Vertretung des Proletariats aussehen würde, mögen einige Zahlen beweisen. Wenn in Berlin an Stelle der Drittelung nach Urwahlbezirken die Drittelung über die Gemeinde eingeleitet würde, so würde dann die Klasseneinteilung eintreten, die für die Stadtverordnetenwahl besteht. Es würde dann die erste Abteilung mit einem Mindeststeuerbetrage von 6450 M. beginnen, und der Zutritt zur zweiten Klasse wäre abhängig von einer Steuerleistung von 192 M. Das gesamte Proletariat und auch der größte Teil des Mittelstandes gehörte dann der dritten Klasse an, wäre also zur völligen Ohnmacht verurteilt! Bei den Stadtverordnetenwahlen ist dem Proletariat ja nur dadurch ein Erfolg möglich, daß die dritte Klasse für sich allein ihre Stadtverordneten wählt. Bei den Landtagswahlen jedoch wählen die drei Klassen zusammen, so daß für die dritte Klasse jede Möglichkeit ausgeschlossen wäre, auch nur einen einzigen Abgeordneten durchzubringen!

Nun würde allerdings die Steuerdrittelung der Abteilungen eine gewisse Veränderung erleiden infolge der „Maximierung“, d. h. der künftigen Nichtanrechnung der Steuerbeträge über 10 000 Mark hinaus. Allein selbst unter Berücksichtigung dieses Umstandes würde die Steuersumme, die zur Wahl in der zweiten, geschweige denn in der ersten Klasse berechtigt, doch immer so hoch sein, daß das Proletariat und ein großer Teil des kleinen Mittelstandes nirgends in die zweite Klasse aufstiege. Die Sozialdemokratie verliere mit tödlicher Sicherheit in Berlin ihre sämtlichen fünf Mandate. Die 250 000 sozialdemokratischen Landtagswähler Berlins wären um jede Vertretung gebracht! Damit auch die 1 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler Preußens überhaupt! Denn außerhalb Berlins würde erst recht kein Sozialdemokrat gewählt werden!

Wie die Drittelung nach Urwahlbezirken bisher gewirkt hat, dafür einige Beispiele.

Von den 59 Wahlbezirken des ersten Berliner Landtagswahlkreises betrug in 28 Bezirken der Mindeststeuerfuß der Wähler der ersten Abteilung weniger als 100 M. In der zweiten Abteilung war nur in drei Bezirken ein Steuerfuß von über 100 M. erforderlich.

Der neunte Berliner Landtagswahlkreis wies 108 Urwahlbezirke auf. In 20 dieser Bezirke brauchte noch nicht ein Steuerfuß von 100 M. erreicht zu werden, um für die erste Abteilung wahlberechtigt zu sein. Nur in drei Bezirken der zweiten Abteilung war ein Steuerfuß von über 100 M. erforderlich.

Der erste und der neunte Berliner Landtagswahlkreis waren die günstigsten für die Sozialdemokratie. Bei einer Drittelung über die Gemeinde würden auch sie der Sozialdemokratie verloren gehen!

Nun hat gerade die liberale Presse die Absurdität des Geldsachwahlrechts vornehmlich damit zu beweisen versucht, daß

sie auf einzelne Fälle hinwies, wo selbst sehr reiche Leute in der dritten Klasse wählen mußten. So schloß das letzte Mal in dem Wahlbezirk, in dem der damalige Reichskanzler Fürst Bülow wohnte, die erste Klasse mit 30 250 M. Steuern ab, die zweite Klasse mit 15 638 M. Der ersten Abteilung gehörten nur ein Bankier und zwei Privatiers, der zweiten Abteilung zwei Kommerzienräte, ein Großkaufmann, ein Fabrikbesitzer und zwei Fürsten an, darunter auch Fürst Bülow. In der dritten Klasse wählten mehrere Minister, darunter auch Herr v. Bethmann Hollweg.

War denn das nun etwas so Furchterliches? Im Gegenteil: es war den Herren ganz gesund, daß nun auch sie einmal den frechen Überwieg des Geldsachwahlrechts am eigenen Leibe zu spüren bekamen. Wenn so viele Millionen ehrlicher Arbeiter, Handwerker und Beamten der Klasse der Wahlrechtsbelohnten angehört, so konnten die Herren v. Bethmann Hollweg, Nieberding und Bessler es sich höchstens als Ehre antuehen, daß sie nicht in der Klasse wählten, wo so viele Schmarotzer und Drohnen am Volkskörper saßen, sondern in der Klasse der ehrlichen Arbeit, unter denjenigen, deren Tätigkeit alle Kulturgüter erzeugt!

Aber dieser Zustand ist ja zudem auch bereits vom Schnapsblock beseitigt worden. Durch die Maximierung, die künftige Nichtanrechnung der Steuern über 10 000 M. hinaus, wird ja künftig kein Minister und nicht einmal ein simpler Geheimrat mehr in die Lage kommen, mit seinem Aufscher oder Säpser zusammen wählen zu müssen. Also dieser Schmach ist das höhere Beamtenamt, ist jeder Besigende künftig entronnen!

Durch die Ausmerzung dieses gerade von unseren braven „Liberalen“ so schmerzlich empfundenen „Ehrendienstes“ wäre doch aber auch den Nationalliberalen jeder Wortwand genommen, auch ferner noch auf der Drittelung nach der Gemeinde zu bestehen. Wenn die Friedberg und Schiffer diese Forderung trotzdem noch erheben, ja geradezu als die Vorbedingung für eine Zustimmung zu dem schändlichen Wahlrechtsgefäß des Schnapsblocks bezeichnen, so ist damit die Hohlheit der „liberalen“ Phrasen dieser Vertreter des großindustriellen Geldsacks zur Evidenz erwiesen, die nach Wahlrechtsfeindschaft dieser schönrednerischen Poseure bis zum Ekel entlarvt!

Freilich: das Zentrum hat nicht die geringste Ursache, sich nunmehr stützlich über die Nationalliberalen zu entrüsten! Dazu hat es durch seine Volksverräterei jedes Recht verwirkt! Ja, hätte das Zentrum wenigstens für die nationalliberalen Forderungen der „Minimierung“ und der direkten Wahl gestimmt und ihnen dadurch zur Annahme verholfen, so wäre die Situation jetzt eine ganz andere, so wäre damit jede Gefahr eines konservativ-nationalliberalen Schachers abgewendet gewesen! Das Zentrum hat gerade dadurch, daß es mit den Konservativen durch Dick und Dinn ging, die jetzige Situation heraufbeschworen!

Zentrum und Nationalliberale — man weiß kaum, wem der Preis schändester Volksfeindschaft gebührt!

Würdige Kumpane!

Opfer des Polizeieifers,

die für den 6. März hätten sollten, standen auch gestern wieder vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte.

Ein Maurer Christelius wurde beschuldigt, am Reichstagsgebäude in der Simsonstraße nachmittags gegen 1/3 bei der Sittierung eines Mannes gegen die Polizei gerufen zu haben: „Pui! Bluthund! Nieder mit den Bluthunden!“ Das Polizeipräsidium hatte, weil es darin eine Beleidigung der Polizei sah, Strafantrag gegen ihn gestellt. Die Klage wurde vor der 130. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte verhandelt. Der Angeklagte erklärte, er sei zu der fraglichen Zeit gerade im Begriff gewesen, vom Reichstagsgebäude sich nach Hause zu begeben und habe mit seinem Begleiter darüber gesprochen, welchen Weg sie im Hinblick auf die Abperrungen würden wählen müssen. In demselben Augenblick sei ein Mann, der festgenommen worden war, von zwei Veritlenen vorbeistrasportiert worden, und bei diesem Anblick sei aus der Menge „Bluthund!“ gerufen worden. Wählig habe er (Christelius) einen Stoß ins Gesicht bekommen und sei verhaftet worden von einem Schutzmann, der auf seine erschrockene Frage: „Warum werde ich verhaftet?“ ihm geantwortet habe: „Ich werde Ihnen bei Bluthund!“ Der Vorsitzende beehrte hier den Angeklagten: „Die Polizei steht doch nicht zum Vergnügen der Einwohner da! Durch den Ruf „Bluthund“ wird doch das Verhältnis zwischen Polizei und Publikum nur noch gespannt. Wenn ein Zivilist zu einem anderen Zivilisten „Bluthund“ sagt, so kriegt er doch einen Schlag, daß er gleich zu Boden stürzt.“ Wir möchten indes seinem raten — wenigstens seinen Zivilisten — auf diese Beleidigung hin es mit dem „zu Boden schlagen“ zu versuchen. Schutzmann Bucharski schilderte, wie bei dem Transport jenes Sittierten die Menge schreiend auf die Veritlenen eingedrungen sei. Er habe sich Christelius aufs Korn genommen und habe dann ganz genau gesehen und gehört, wie mit den anderen zusammen auch er aus voller Kehle „Pui! Bluthund! Nieder mit den Bluthunden!“ gerufen habe. „Wie ich ihn“, so versicherte er, „schon am Stragen hatte, hat er noch sozusagen den Mund aufgekackt und noch gebrüllt.“ Zeuge sei, als er Ohr wegzühte, hart bedrängt worden. Man habe ihm einen Stock über den Kopf gegeben; er zeigte dem Gericht, wo der Hieb den Helm getroffen habe. Ein Herr in Zivil habe mit seinem eigenen Stock den Hieb aufgefassen, so daß Zeuge annahm, es sei ein Kriminalbeamter. Doch sei der Fremde nachher, als sie in die Nähe einer Schutzmansfette gekommen waren, plötzlich verschwunden. Wahrscheinlich hat dieser Schutzmansfreund geflüchtet, daß die Blind-

waltende Polizei in irrendem Eifer auch ihn packen würde. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld stellte fest, daß jener Mann, nach dessen Sittierung die Menge in den Ruf „Bluthund“ ausbrach, der Buchhalter Meyer war, der vom Bismarckdenkmal aus eine Ansprache gehalten hatte und inzwischen wegen dieser Freveltat schon abgeurteilt worden ist. Meyer hat behauptet, daß man ihn geknebelt habe, aber Zeuge Bucharski versicherte, jener Sittierte sei nicht geknebelt worden. Aus der unndigen Anbelang sollte die Erregung der Menge erklärt werden. Doch schmit der Vorsitzende die Erörterung dieser Frage ab: „Das gehört nicht hierher.“ Gegen den einen Polizisten führte die Verteidigung drei Zeugen ins Feld, die in Begleitung des Angeklagten oder doch in seiner Nähe gewesen waren und nichts gehört hatten. Alle drei schilderten den Vorgang ebenso wie er. Zeuge Haase war sofort nach Christelius' Festnahme zu einem Polizeileutnant gegangen, um zu fragen, was denn der getan haben sollte. Der Leutnant habe Haase, so bekundete dieser, vor die Brust gestoßen und ihn angeberichtet: „Machen Sie, daß Sie fortkommen, sonst teilen Sie sein Schicksal!“ Zeuge Schutzmann Bucharski blieb dabei, es habe mitgerufen. Als Haase daraufhin erklärte: „Das ist ein Irrtum; wenn der Mann verurteilt wird, so wird er ungerecht verurteilt“, brauchte der Vorsitzende auf. Auch die Zeugen Luz und Trenner hatten nichts gehört, obwohl sie dicht bei dem Geschehen hatten. Ein Journalist Bernstein schilderte den Transport Meyers: „Die Art der Sittierung regte die Menge auf. Er wurde zwischen zwei Veritlenen eskortiert, so daß man den Eindruck gewinnen mußte, er könne von den Pferdehufen getroffen werden.“ Vors.: „Ach! Zeuge: Infolgedessen erhoben sich die Rufe.“ Vors.: „Infolgedessen? Das wissen Sie doch nicht! Zeuge: „Ich habe mit verschiedenen Leuten gesprochen, die sahen mit, hierdurch seien sie erregt worden.“ Zeuge gab noch an, Veritlenen seien von allen Seiten auf die Menge eingedrungen, so daß sie hin- und hergetrieben wurde. Vors.: „Ja, das wird immer so sein bei solchen Gelegenheiten.“ Auch seien Frauen und Kinder zu Fall gekommen, sagte der Zeuge hinzu. Der Staatsanwalt fand, es sei überflüssig durch die Aussage des Schutzmanns, der genau beobachtet habe, während den anderen sein Ausdrück entgangen sein werde. Er beantragte die harte Strafe von einem Monat Gefängnis mit Rücksicht darauf, daß durch die „Bluthund“-Rufe die Erregung noch gesteigert werde. Der Verteidiger hob hervor, daß bei diesem Strafmaß wieder mal nicht die allgemeine, erst durch die Polizeialluden hervorgerufene Erregung als mildernd berücksichtigt worden sei. Er beantragte Freisprechung, weil den drei Zivilzeugen eine genauere Beobachtung zuzutrauen sei. Das Urteil lautete auf 100 M. Geldstrafe. Mehr sei einem Schutzmann zu glauben, weil er in solcher Situation „ganz genau zuschaffe“.

Die 143. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte hatte zu urteilen über einen Schloffer Müller, der vor dem Hause Schleifische Straße 38 dadurch großen Unflug verübt haben soll, daß er bei der Sittierung eines Mannes fortgesetzt „Pui! Pui!“ gerufen habe. Der Angeklagte hatte zu seiner Arbeitsstelle fahren wollen, wo er an jenem Sonntag eine Arbeit ausführen sollte. Auf dem Weg zum Bahnhof sah er in der Schleifischen Straße den Transport eines Sittierten, dem anscheinend sehr übel mitgespielt worden war. Als bei diesem Anblick das Publikum in „Pui“-Rufe ausbrach, wurde Müller festgenommen, obwohl er nicht mitgerufen hatte. Schutzmann Schulz bekundete, er habe doch mitgerufen und geradezu gebrüllt, und Schutzmann Wandelow sagte aus, er habe ihn und seinem Kollegen, als sie jenen Mann bei ihm vorbei transportierten, direkt ins Gesicht gebrüllt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld forschte, wie dem jenen Mann ausgehoben habe, ob ihm die Kravatte (so behauptete Müller) heruntergehungen habe, usw. Da nicht der Vorsitzende sofort Einhalt gebot, so wehrte Wandelow ab: „Das gehört ja gar nicht hierher.“ Der Zeuge hat schon in einem der früheren Prozesse vom 6. März mitgewirkt gehabt. Plan sieht, er hat daraus gelernt und weiß, worauf es ankommt. Von den Zeugen der Verteidigung wurden nur zwei vernommen; die anderen lehnte das Gericht als überflüssig ab. Metallarbeiter Müller und Präfer Wüde sagten aus, der Angeklagte habe bestimmt nicht mitgerufen, er sei herausgegriffen worden von einem Schutzmann, der erst bei den Rufen sich umgedreht habe und zurückgekommen sei. Nummer sei Müde, so bekundete dieser, vorgebrungen: „Sie irren sich, der Mann hat nicht gerufen!“ Ihm sei schroff geantwortet worden: „Wehen Sie zurück!“ Er sei dann zurückgedrängt worden, doch habe er später sich dem Verhafteten nach dessen Einwilligung von der Wache zur Verfügung gestellt. Auch hier behauptete der Staatsanwalt, daß die Schutleute es seien, denen man eine genaue Beobachtung zutrauen dürfe. Mit drei Tagen Haft seien die „Pui“-Rufe zu sühnen, da durch sie nur noch mehr Erregung bewirkt werde. Der Verteidiger bestritt, daß in so erregter Situation die mit dem Transport eines Mannes beschäftigten Schutleute ruhig und sicher beobachtet haben könnten. Schon deshalb sei Freisprechung geboten. Im übrigen sei das „Pui“ kein großer Unflug, weil hier nicht das Publikum, das ja allgemein so gerufen habe, in seiner Allgemeinheit beunruhigt worden sein könne. Das Urteil lautete diesmal auf Freisprechung, weil diesem Bericht es doch nicht als ausgemacht galt, daß Schutleute immer unschuldig sind.

Vor derselben Abteilung stand ein Fischer Kleinichmidt, der dadurch großen Unflug verübt haben soll, daß er in der Breiten Straße um 1/4 Uhr durch Schimpfen über die Absperzung einen Aufstand erregt und die Aufforderung, ruhig zu sein und weiterzugehen, nicht befolgt habe. Der Angeklagte hatte an jenem Tage von der Waldemarstraße aus mit schweren Paleten nach Bahnhof Friedrichstraße gehen müssen. Da in der Breiten Straße durch die Absperzungslinie manche Passanten hindurchgelassen wurden, er aber zurückgewiesen wurde, so fragte er ärgerlich den Leutnant, warum man nicht auch ihn durchlasse, er müsse doch nach dem Bahnhof. Polizeileutnant Knispel bekundete, nur Bewohner der Breiten Straße seien hindurchgelassen worden. Da Kl. nicht weitergegangen sei und über die Absperzung laut „geschimpft“ habe, so daß das Publikum auf ihn aufmerksam wurde, so sei er festgenommen worden. Wirkliche Schimpfworte hatte Kl. nicht gebraucht, der Staatsanwalt fand aber, daß schon die anzulautende Ankerung des Bedrusses über die Absperzung aufreizen könnte und 30 Mark Geldstrafe wert sei. Demgegenüber führte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld aus, der Leutnant habe es nicht mal für nötig gehalten, dem sich der

Schwerenfalls zu sagen, warum einzelne Passanten durchgehen dürfen und er nicht. Al. sei freizusprechen. Das Publikum sei durch Al. nicht beunruhigt worden, Unfug liegt also nicht vor. Auch Unfug sei nicht erregt worden, da ja das Publikum inebels umherwand. Das Urteil lautete: weder grober Unfug noch Auslassungserregung liege vor, wohl aber Nichtbefolgung einer polizeilichen Aufforderung. Ueber den Rädler, der es als lästig empfunden hatte, daß die Polizei in der Tat „nicht zum Vergnügen der Einwohner“ da ist, wurde eine Geldstrafe von 15 Mark verhängt.

Man sieht, die Polizei versteht es, sich „Freunde“ zu erwerben — und die Gerichte helfen ihr dabei. Diese neuesten Fälle sind nicht mal die einzigen des gestrigen Tages. Gestern wurden außer den angeführten Fällen noch aus Anlaß der Vorgänge vom 6. März verurteilt: ein Gürtler Trezzini zu 10 Tagen Gefängnis (wegen Verstoßes der Gefangenenbeziehung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt), ferner ein Arbeiter Born zu 4 Tagen Haft, ein Schlosser Obdam zu 10 Mark Geldstrafe, während ein Reisender Dobrin freigesprochen wurde.

Zur Lage in Mazedonien.

Konstantinopel, Ende März. (Eig. Ber.)

Die mazedonische Frage verschärft sich wieder. Außer den Leuten, die der Sache wirklich ergeben und aufrichtig überzeugt sind, daß die Volksinteressen die Wiederherstellung der ehemaligen Tätigkeit verlangen, „arbeiten“ in Mazedonien und außerhalb seiner Grenzen auch Personen, welche im revolutionären Getümmel ihre Zwecke, die mit den Interessen der mazedonischen Bulgaren nichts gemein haben, zu verwirklichen hoffen. So geht das Gerücht, Ende März werde in der bulgarischen Stadt Rüstendil der Kongreß der bulgaro-mazedonischen Bandenführer stattfinden, um die Frage zu erörtern, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Tätigkeit der Banden wieder aufzunehmen. Nicht man die Persönlichkeiten der Teilnehmer in Betracht, so erkennt man, daß die Frage im positiven Sinne entschieden werden wird.

Ueber diese Frage habe ich neulich mit einem Mitglied der bulgarischen diplomatischen Mission in Konstantinopel gesprochen. Die Gerüchte über den Kongreß hat der bulgarische Diplomat als absurd charakterisiert. „Diejenigen“, sagte er, die solche Gerüchte verbreiten, sollen an sich nur eine Frage stellen: warum kommt der bulgarische König nach der Hauptstadt der Türkei, wenn er gleichzeitig in Bulgarien einen Kongreß gegen die Türkei zu veranstalten erlaubt.“

Trotz dieser kategorischen Widerlegung gibt es Kreise, die die Gerüchte nicht für Unsinn halten. Und die Türken, die der Ruhe so bedürftig sind, werden immer nervöser und verfallen auf den unglückseligen Gedanken, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. In Saloniki, zum Beispiel, sagte mir ein sehr gebildeter und überzeugter Anhänger des neuen Regimes, wenn die Bulgaren ihr Unwesen wieder aufnehmen, so würden die Türken dasselbe in Bulgarien tun. Türkische Banden in Bulgarien! Es klingt vielleicht ein wenig sonderbar, aber unmöglich ist es nicht.

Kugenblicklich ist die Lage in Mazedonien sehr verwirrt. Aber der Umstand, daß die Gefahr noch keine bestimmten Formen angenommen hat, beweist noch nicht, daß überhaupt keine Gefahr existiert. Und die allgemeine Nervosität zeigt nur, daß die Atmosphäre mit Elektrizität geschwängert ist. Das Einzige, was man jetzt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sagen kann, ist, daß die bulgarisch-mazedonische Bewegung nach der Konstitution einen ganz anderen Charakter haben wird als die vor der Konstitution.

Wenn die Bevölkerung Mazedoniens, die durch die chronischen Unordnungen und Wirren gänzlich ruiniert worden ist, greift jetzt nach der Konstitution als dem einzigen Mittel, das ihre Lage verbessern kann. Es ist zwar wahr, daß man unter dem neuen Regime nicht alles erreicht hat, was man erwartete. Aber auch das Wenige, was man bislang bekommen hat, wird von der Bevölkerung höher geschätzt als die Versprechungen der nationalen Parteien. Dabei muß die erneuerte Bewegung, da sie keine Popularität genießt und keine Unterstützung der Volksmassen haben wird, andere Wege suchen.

Der andere Faktor, der die Physiognomie der mazedonischen Bewegung und vielleicht auch der ganzen mazedonischen Frage zu ändern berufen ist, ist die neue Gruppierung der politischen Parteien und die Veränderungen, die an ihren Programmen und ihrer Taktik stattgefunden haben. Diese Frage verdient sehr ernste Aufmerksamkeit, weil es von ihr abhängt, ob auf dem Balkan Ruhe sein wird oder nicht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. März 1910.

Die Ehrengabe an die Berliner Schützmannschaft.

Es war vorauszu sehen, daß die schöne Anregung des preussischen Geheimrats und Landesdirektors v. Manteuffel, die Berliner Schützmannschaft für ihre unsinnigen Attacken auf friedliche Wahlrechtsdemonstranten durch ein Ehrengeschenk zu belohnen, bei den industriellen Scharmachern und der von diesen ausgehaltenen Presse auf wohlwollendes Entgegenkommen stoßen würde. Nur eins haben die Herren Industrieharone gegen den Vorschlag einzubringen. Nämlich, daß sie selbst aus eigener Tasche zu der sogenannten Ehrengabe beitragen sollen. Sie folgern einfach: wir sind eigentlich der Staat; was demnach in unserem Interesse geschieht, das geschieht zugleich im Staatsinteresse; folglich hat auch der Staat oder die Kommune die Mittel für die Ehrengabe aufzubringen. Man erhöhe einfach die Polizeistehngelder, und die Schützmannschaft wird noch „pflichtgetreuer“ auftreten als bisher. So lassen sich beispielweise die „Berliner Neuesten Nachrichten“ aus Polizeikreisen schreiben:

Man sieht soeben im Begriff, zu einer Ehrengabe für die Berliner Schützmannschaft zu sammeln. Man will ihr damit gleichsam die Anerkennung für den aufopfernden Dienst ausdrücken, den sie momentan in den letzten vier Jahren versehen mußte. Gerade bei der vorjährigen Gehaltsaufbesserung haben die unteren Beamten der Schützmannschaft nicht sonderlich abgesehen, und eine geliche Beihilfe wird ihnen nicht unerwünscht kommen. Es fragt sich aber, da man doch einmal dem Gedanken, für die Berliner Schützmannschaft etwas besonderes zu tun, näher tritt, ob es sich nicht empfehlen dürfte, diese Ehrengabe in Form einer allgemeinen Magerhöhung zu verleihen. Es ist kein bloßer Zufall, daß gerade die Zahl der vakanten Stellen in der Berliner Schützmannschaft eine besonders hohe ist, und daß zahlreiche Probisten die Stellung bei der Schützmannschaft nur als Durchgangsposten benutzen. Daran mag einmal die notorische Schwere des Berliner Polizeidienstes schuld sein, ganz besonders bildet aber der Grund hierfür die äußerlich wenig gehobene Stellung der

Schützmannes. Während die gleichzeitig mit ihm von der Truppe auscheidenden Kameraden, die zu anderen Behörden übertreten, bald den Rang von Subalternbeamten erreichen, bleibt er als Schützmann und Wachmeister immer Unterbeamter. Das schreit fraglos eine große Anzahl von Beamten vor längerem Weichen in der Polizeitruppe zurück. Würde man dagegen den in die Berliner Schützmannschaft eintretenden Beamten gleich oder nach abgelegter Probezeit Rang und Gehalt der Polizeiwachmeister verleihen und sie dann zu Polizeioberwachmeistern mit dem Range als Subalternbeamten aufrücken lassen, so würde man nicht nur einem langgehegten Wunsch der Polizeibeamten entsprechen, sondern auch eine erhebliche Befähigung innerhalb der Polizeitruppe erzielen. An letzterer kann aber nur allen beteiligten Kreisen, namentlich aber dem Publikum, gelegen sein, und sicher wäre ein solches Geschenk für die Schützmannschaft im wahren Sinne des Wortes eine Ehrengabe.

Der russische Offiziosus über den Wahlrechtskampf in Preußen.

Der Berliner Korrespondent des Organs Stolypins, der „Kossija“ zu Petersburg, verbreitet sich in einem ziemlich gut orientierten Artikel über den Wahlrechtskampf der Sozialdemokratie in Preußen. „Es ist schwer“, schreibt er, „sich in allem zurechtzufinden, was in diesen Wochen in Deutschland vorgeht. Eines ist klar, — alle diese Massenversammlungen, Umzüge, Straßendemonstrationen legen Zeugnis ab von einer solchen Volksstimmung, bei der eine Explosion nicht mehr fern ist und durch einen zufälligen Funken hervorgerufen werden kann. Und nach den mehr als einmal gemeldeten blutigen Zusammenstößen zu urteilen, kann man befürchten, daß die Nervosität oder der übermäßige Eifer der Polizei zum Teil dieser Funke sein könnte. ... Im allgemeinen gewinnt man den Eindruck, daß die Demonstrationen ruhig und würdig verliefen, wo sich die Polizei Zurückhaltung anerkannte.“

Zu einer Schilderung der Demonstrationen im ganzen Staate übergehend, bemerkt der Korrespondent voll Besorgnis: „In der Tat nehmen diese Demonstrationen und Massenmärsche an Umfang und Zahl immer mehr zu. Jeder Tag bringt Nachrichten über Dutzende von ihnen, und man staunt nur, woher alle diese Tausende, Zehntausende, Hunderttausende von Menschen kommen. 3000, 2000, 1000 — kleinere Zahlen findet man nicht —, auch wenn nur von kleinen Städten oder gar Städtchen die Rede ist.“ Und melancholisch bemerkt der Korrespondent zum Schluß: „Offenbar ist in dem so gut fundierten Deutschland irgend etwas nicht in Ordnung.“

Diese Würdigung erhält dadurch besondere Bedeutung, daß sie in einem russisch-offiziösen, exzentratischen Blatt erscheint.

Demokratische Wahlrechtsdemonstration in Berlin.

Der Berliner Verband der Demokratischen Vereinigung hat beim Magistrat von Berlin die Freigabe des Humboldthaines zu einer Versammlung unter freiem Himmel beantragt. Die Versammlung soll sich mit der Wahlreform beschäftigen. Die Entscheidung des Magistrats ist noch nicht gefällt, ebenso wenig ist bekannt, ob die Polizei versuchen wird, dieser Demonstration Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Militärbehörde und der Kampf des Volkes um Freiheit und Recht.

Am Mittwochabend fand im größten Lokale Hamburgs, in Sogebilds Stablissement, eine von 10 000 Personen besuchte Volksversammlung statt, deren Tagesordnung lautete: „Der Kampf des Volkes um Freiheit und Recht“. Die Militärbehörde hatte zu dieser Versammlung eine riesenreklame gemacht, indem sie am ersten Ostertage das Ansinnen an die Verwaltung des Lokals stellte, die „angeforderte sozialdemokratische Volksversammlung durch Entziehung des Saales zu verhindern“. Die Verwaltung, die erst vor wenigen Monaten Frieden mit der Hamburger Sozialdemokratie geschlossen hat und jetzt ihre Räume jeder Partei zur Verfügung stellt, bot dem Militärterror die Spitze, worauf über das Lokal der Militärhofpost verhängt wurde.

Der Referent Reichstagsabgeordneter Ledebour nahm diesen Versuch der Militärbehörde, die staatsbürgerlichen Rechte durch Drangsalierung von Lokalinhabern zu eskamotieren, satirisch unter die Lupe und schilderte ihn als einen Ausfluß des in Preußen-Deutschland herrschenden Bevormundungsgeistes, gegen den energisch sich aufzulehnen Pflicht aller freibeitlich gesinnten Männer und Frauen sein müsse! Der Redner erntete donnernden Beifall. Die verpuffte „Ordnungs“-Aktion der Militärbehörde hat sich wieder einmal als die Kraft erwiesen, die das Böse wollte, aber das Gute schaffte. In der Versammlung waren sicher viele Personen, die die terroristische Maßnahme in diese Versammlung getrieben hatte und die nun von der verpönten Frucht genossen haben, die nach weiterem Genuß reizt.

Nur ein einziges Hamburger Blatt, die „Neue Hamb. Zeitung“, schlägt gegen den Militärterror einige energische Töne an, indem es u. a. schreibt: „Wir wissen, daß die (Militär-) Behörde damit einer ministeriellen Vorchrift Folge leistet und deshalb also auf höhere Weisung gehandelt hat. Dieses Beispiel zeigt uns aber, wohin es führt, wenn sich die Militärbehörde als politische Oberaufsichts- und Mahregelungsstelle für Wirte und Saalbesitzer ausspielt.“ Weiter bezeichnet dieses freisinnige Organ das Vorgehen der Militärbehörde als eine wirtschaftliche Vergewaltigung.

Ein Mitteltreuer Jagow.

Der Ruhm des Herrn v. Jagow läßt seinen Kollegen in Breslau nicht schlafen. Der dortige Polizeipräsident war, wie uns von dort geschrieben wird, während der Berliner Straßendemonstrationen in Berlin Gast des Herrn von Jagow. Und wie dieser sich räuspert und wie er spuckt, das hat er ihm trennlich abgequast. Zunächst bewies er das durch die Art, wie er plötzlich nach Jagowischem Muster Versammlungen unter freiem Himmel verbot. Dann durch die Art der Abperrungen der Stadt während der Demonstrationen. Den Gipfel der Jagowischen Ruhmes aber erblickte Herr v. Oppen in der scheinbaren Art, mit der Herr v. Jagow in dem „Vorwärts“-Redakteur den „Veranstalter“ des — Wahlrechtsparaganganges erblickte. Das war doch etwas! Ganz Europa hat zwar darüber gelacht — aber es war doch etwas! Und so setzte sich denn auch Herr v. Oppen hin und diktierte seinem Sekretär eine Anzeige gegen den Parteisekretär Reukirch und den Redakteur Lohs von der „Volksmacht“ in die Feder. Eine Anzeige wegen — nichtgenehmigter Veranstaltung eines Umzuges! Diese beiden Genossen sind natürlich ebensowenig wie der „Vorwärts“ und Genosse Ernst in Berlin Veranstalter eines Umzuges — schon weil der Umzug gar nicht stattgefunden hat, sondern bis heute nur in der Phantastie der Polizei besteht. Die beiden Genossen haben lediglich das Verbrechen begangen, einen Polizeikommissar Schmidt, der einige Hundert Versammlungsbesucher partout nicht in ihre Wohnungen hineinlassen wollte, der gerade die Strohen, in welchen die Leute nachweislich wohnten, absperrten und gegen alle nach Hause Gehende blankziehen ließ, zur Rede zu stellen. Weil man nach dem Einspruch dieser

beiden Stadtverordneten das Publikum in Ruhe lassen mußte, macht die Polizei flugs aus diesen in zerstreuten Gruppen heimkehrenden Leuten einen „Umzug“ und aus den zwei Männern, die das Publikum gegen die „Schuß“ Leute in Schutz zu nehmen sich erdreisteten, zwei „Veranstalter“ des Umzuges!

Was soll nun Europa tun? Und wird sich Herr v. Jagow ruhig fassen lassen, daß ihm hier sein strebsamer Kollege die Butter vom Brote nimmt? Wird er dies Feldstück nicht zu übertrumpfen riskieren?

Nationalliberale Erkenntnis.

In einem Artikel über den jüngst in Berlin abgehaltenen „Kulturtag“ warnt die „Königliche Zeitung“ den Liberalismus davor, sich mit derartigen gegen die katholische Kirche gerichteten Bestrebungen zu identifizieren, da sonst das Zentrum darin den willkommenen Anlaß erblicken werde, über Kulturkämpfer zu schreiben. Weiter heißt es:

Der Ultramontanismus aber ist eine um so gefährlichere politische Macht, weil er es meisterlich verstanden hat, einen tadellos arbeitenden kirchlichen Apparat seinen Zwecken dienstbar zu machen; er widerlegt sich jedem Kulturfortschritt, weil er davon eine Schwächung seines Einflusses auf die Massen fürchtet. Dieser Ultramontanismus muß vor allem auf politischem und wirtschaftlichem Wege niedergelämpft werden, und die Stelle, wo er sterblich ist, ist die Arbeiterwählerschaft des Zentrums. Sie muß über die politischen und wirtschaftlichen Pläne des Zentrums aufgeklärt werden.“

Die Nationalliberalen haben in dieser Beziehung doch etwas gelernt, indem sie das Fortschreiten ihrer Kulturkämpfer in den siebziger Jahren eingesehen haben. Auch haben sie mit Recht erkannt, daß die Bekämpfung des Ultramontanismus vor allen Dingen auf politischem Gebiete, d. h. dadurch zu erfolgen hat, daß man dem Zentrum Abbruch tut. Leider aber folgt dieser Erkenntnis nicht die Ausführung, wie der Wahlkampf in Wülheim-Bippertich-Gummersbach gezeigt hat, indem dort die Nationalliberalen in der Stichwahl, wo das Zentrum geworfen werden konnte, schmählich verlagten. Und wenn weiter das nationalliberale Blatt bemerkt, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, die katholische Arbeiterwählerschaft aufzuklären, dann sollte es den Nationalliberalen empfehlen, der Sozialdemokratie freien Spielraum zu lassen, denn diese ist zur Aufklärung der katholischen Arbeiter durch ihre politische und gewerkschaftliche Tätigkeit jedenfalls eher berufen als nationalliberale Kommerzienräte und Professoren.

Wahlrechtskampf in Anhalt.

Im Herzogtum Anhalt, wo ein komplizierter Wahlrecht die Arbeiterchaft und das Bürgertum entrechtet, leitet die Sozialdemokratie in Verbindung mit der Demokratischen Vereinigung einen Wahlrechtskampf ein, der am Sonntag mit großen Versammlungen unter freiem Himmel zu Dessau und Zerbst einziehen soll. Auch die neue fortschrittliche Volkspartei ist durch die Demokratische Vereinigung zur Teilnahme an der Kundgebung aufgefordert worden, ist aber so „fortschrittlich“ gewesen, abzulehnen, weil sie — durch die Kritik an den Blochheldenaten und ähnlichem zu sehr beleidigt worden sei!

Tagungen des Bundes der Industriellen.

Der Bund der Industriellen hält in den nächsten Tagen in Berlin verschiedene Sitzungen ab, in denen er unter andern Stellung nehmen wird zu den neuen Gesetzesvorlagen im Reichstag. Am 4. April wird nach der Entgegennahme des Geschäftsberichts für das verfloßene Jahr Fabrikbesitzer Luboldt-Bera über die neue Reichsversicherungsordnung referieren. Reichstagsabgeordneter Stresemann spricht über: Die gegenwärtigen Aufgaben der Handelspolitik und die Zusammensetzung des wirtschaftlichen Ausschusses und Syndikus Dr. Schneider-Berlin über das Arbeiterkammergesetz und die Novelle zur Gewerbeordnung. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bilden die Anregungen des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, betreffend Streikentschädigungsgesellschaft und Arbeitsnachweis. Im Anschluß hieran findet dann am 6. April im Reichstagsgebäude eine Besprechung mit Reichstagsabgeordneten und Regierungsvorstern über das Heimarbeitergesetz statt. Am 18. April wird eine außerordentliche Generalversammlung des Bundes der Industriellen in Berlin folgen.

Tuberkulimpfung.

Die „Allgem. Fleischzeitg.“ fordert aus Anlaß der Tatsache, daß ein großer Teil der aus Dänemark eingeführten Rinder in den schleswig-holsteinischen Quarantäneanstalten von den Tierärzten für tuberkulös erklärt worden ist, eine erneute wissenschaftliche Prüfung, ob die Reaktion auf die Tuberkulimpfung überhaupt ein zuverlässiges Mittel zur Feststellung der Tuberkulose ist. Solange wie die Tuberkulimpfung besteht, ist sie von den Sachverständigen angefochten worden als ein Experiment von höchst zweifelhaftem Werte. Dafür spricht mit größter Beweiskraft die Tatsache, daß Rinder, die auf die Impfung reagierten, nach der Schlachtung sich als gesund ergaben und umgekehrt. Das gleiche ergeben die ungeheuren Schwankungen in der Zahl der auf Impfung tuberkulös befundenen Rinder. Nun findet unzulässig eine ganz ungeheuer vermehrte Feststellung von Tuberkulose bei den gemipften Rindern statt. Ja, wie geht das zu? Hat sich das importierte Material über Nacht so verhäufelt? Viel näher liegt doch der Gedanke, daß dieses Ergebnis auf die Art der Impfung selbst zurückzuführen ist. Was soll man aber von einer Methode halten, die in der Hand des einen Beamten dieses Resultat hat, von einem anderen angewandt, zu dem entgegengesetzten Resultat führt? Bewiß, der beamtete Tierarzt konnte nicht anders nach den nun einmal geltenden Bestimmungen, als die auf die Impfung reagierenden Tiere zurückzuweisen. Aber das Vorkommen der so plötzlich vermehrten Reaktion muß die alten Zweifel an dem Wert der Tuberkulimpfung nur um so mehr verschärfen. Bei den großen wirtschaftlichen Werten, die hier in Frage stehen und der Wichtigkeit der Sache für die Fleischversorgung ist deshalb dringend notwendig, daß sofort eine erneute gründliche Prüfung der Tuberkulimpfung veranlaßt wird.

In den Tod getrieben!

(Das Martyrium eines Rekruten.)
Erf vor kurzem fanden 200 Soldatenmishandlungen, die beim Manenregiment Nr. 17 in Döbich vorgekommen waren, ihre Sühne, und jetzt waren schon wieder Mithandlungen und Schlägen bei demselben Regiment Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Dresden. Diese Mithandlungen usw. haben aber ein junges, blühendes Menschenleben zur Verzeihung und in den Tod getrieben!

Am 22. Februar d. J. wurde im Döbicher Stadtpark der Rekrut Herrmann erhängt aufgefunden. Die sofort angestellten Erörterungen über die Ursache zum Selbstmord ergaben, daß schwere Mithandlungen vorgegangen waren. Als der Schinder wurde der Gefreite Treuzige von der 4. Eskadron des genannten Regiments in Haft genommen und hatte sich jetzt wegen Ungehorsams, wodurch ein erheblicher Schaden, nämlich der Selbstmord eines Soldaten, herbeigeführt worden ist und wegen Annahme von Befehlen befugnissen zu verantworten. Da der Angeklagte die Mithandlungen nicht als Vorgesetzter begangen hat, war zur Strafverfolgung wegen einfacher Körperverletzung Strafandrohung notwendig. Diese schenkte es aber aus Furcht vor den „alten Leuten“ ab, Strafandrohung zu stellen, weshalb die Mithandlungen ungestrukt Meiden!!

Wie der Angeklagte die Rekruten geschunden, gequält und schikaniert hat, ergibt sich aus folgendem: Der Rekrut Herrmann wurde bei circa 20 verschiedenen Gelegenheiten geschlagen und geohrteigt. „Ich hab's bald

fatt, denn mir geht's am schlechtesten von Euch allen", sagte eines Tages Herrmann. Die Mißhandlungen gingen aber immer weiter. Einige Tage vor dem Selbstmord wurde er mit der Klopffeife und dem Längsriemen geschlagen, auch mit einem Rohrstock traktiert. Mißhandlungen, die sich am Selbstmordtage früh abspielten, schlugen dem Kopf den Boden aus. An diesem Tage wurde er nochmals geprügelt, mit Längsriemen und Klopffeife geschlagen und „Schwein“ genannt. Bald danach entfernte sich der Gemüthseltsame und beging auf dem Wege nach dem Meilplatz Selbstmord durch Erhängen.

Der Rekrut Hoffmann wurde in 15 Fällen geschlagen und geprügelt. Einige andere wurden ebenfalls mit Rohrstock, Längsriemen und Klopffeife geschlagen. Mehrfach mußten die Rekruten bis Witternachten pugen! Auf Befehl des Befreiten mußten zwei Rekruten nach 2 Uhr (!) mit gepulvertem Sattelzeug an das Bett des Angeklagten treten! In vielen Fällen wurden die Rekruten vom Essen gejagt! Der unglückliche Herrmann wurde eines Tages mit der Klopffeife vom Ertisch gejagt und in den Stall getrieben! Tagelang wurde Herrmann vom Angeklagten am Essen gehindert. Eine ganze Anzahl weiterer Quälereien stehen unter Anklage, werden aber alle nur als Ungehörig aufgeführt! In der Verhandlung wurden die Schindereien einwandfrei festgestellt. Von einigen Zeugen wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Mißhandlungen die Veranlassung zum Selbstmord waren. Während der Rittmeister früher derselben Ansicht war, erklärte er in der Verhandlung auf Befragen nach einigen Schweigen, daß Herrmann keine Lust zum Dienst gehabt habe! Den Befreiten schickte er als einen sehr „dienstreifigen“ Vorgänger! Der Angeklagte gab zu, „einigemal“ geschlagen zu haben, er habe aber nur die Rekruten „richtig erzüchtigen“ wollen! Nach seiner Meinung habe sich Herrmann aus Furcht vor Strafe das Leben genommen! „Ich glaube bestimmt, daß sich Herrmann das Leben genommen hat, weil er täglich geschlagen worden ist“, erklärte einer der Zeugen!

Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis!

Es hat als erwiesen angenommen, daß die fortgesetzten Mißhandlungen in Herrmann das Motiv zum Selbstmord gewesen sind und mit Rücksicht darauf, daß durch die Quälereien weitere derartige Gefahren hätten herbeigeführt werden können, auf obige Strafe erkannt. Verantragt waren 6 Monate Gefängnis!

Breslauer Richter und Schlichter.

Weil er einen nach Meinung einiger Passanten angekränkten Schuhmann, der wild mit dem Säbel um sich gehauen und Vorübergehende mit „Wagabunden“ usw. tituliert hatte, kritisierte, erhielt Genosse Richard Schiller als früherer verantwortlicher Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ 3 Monate Gefängnis! Der Staatsanwalt hatte nur 2 Monate beantragt.

Ein Strahendemonstrant wurde am Sonnabend zu 15 M. Geldstrafe verurteilt, weil er angeblich mit seinem Rade nicht schnell genug vorwärts gegangen war, als ein Schuhmann das verlangte. Der Schuhmann hatte den Mann ohne jeden Grund (er konnte im Gedränge mit seinem Rade gar nicht vorwärts) den Rücken mit seinen Fäusten bearbeitet. Herr v. Gerlach-Berlin war Zeuge des Vorfalles, teilte seine Wahrnehmungen auch dem Präsidenten mit, der sie der Staatsanwaltschaft übergab. Der Staatsanwalt aber, der bekanntlich nur die eine Aufgabe kennt, die „Wahrheit zu ermitteln“, lud Herrn v. G. nicht als Zeugen, sondern ließ den mißhandelten Arbeiter eiligst verdonnern. In der Berufungsverhandlung wird er nun gefragt werden, weshalb er diesen der Polizei unangenehmen Zeugen und eine ebensolche Zeugin nicht geladen hat. Aber: Nur ein Narr wartet auf Antwort!

Frankreich.

Das Altersversorgungsgesetz angenommen.

Paris, 31. März. (B. L. V.) Die Deputiertenkammer hat allen Artikeln des Altersversorgungsgesetzes in der vom Senat beschlossenen Fassung zugestimmt und darauf mit 500 gegen 4 Stimmen das Gesetz im ganzen angenommen.

Italien.

Das neue Kabinett.

Rom, 31. März. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht die Liste des neuen Kabinetts, die mit der gestern gemeldeten übereinstimmt. Das Ministerium für Landwirtschaft übernimmt Raineri.

England.

Die Beto-Resolutionen.

London, 31. März. Unterhaus. Premierminister Asquith kündigte an, er hoffe, daß die allgemeine vorläufige Diskussion der das Betrecht der Lords betreffenden Resolutionen am 4. April beendet sein werde. Die Regierung werde am 5. April einen Vorschlag vorlegen für die Wemmung der Zeit zur Diskussion der Beto-Resolutionen, sowie die Beto-Resolutionen angenommen seien, werde die Regierung eine Resolution vorschlagen, welche die auf die Diskussion des Budgets 1909/1910 zu verwendende Zeit regelt. Dann begann die Debatte über das von der Opposition beantragte offizielle Amendement.

Rußland.

Der Todesstoß gegen Finnlands Freiheit.

Der Zar hat in seinem am Ostermontag unterzeichneten Manifest den Schlüssel zu dem Werke gelegt, Finnland im Bunde mit seinen Helfershelfern in eine russische Provinz zu verwandeln. Die Vorschläge der russischen Mitglieder der russisch-finnischen Kommission, die von einem ihrer Autoren durch den Hinweis begründet wurden, die Staaten seien nicht durch Worte, sondern durch Blut und Eisen begründet worden, sollen nun mit geringen Änderungen in einem Gesetzentwurf der Duma und dem Reichsrat vorgelegt werden. Bei der ultrareaktionären Zusammenfassung der vom Staatsreich geborenen Duma ist die Einbringung eines solchen Gesetzentwurfes natürlich die reinste Farce. Ebenfalls von Bedeutung hat der Vorschlag des Zarenmanifestes, daß es dem finnischen Landtag gestattet sei, innerhalb eines Monats ein Gutachten über den Inhalt des Gesetzentwurfes abzugeben. Diese Unmöglichkeit können niemand über die Tatsachen hinwegtäuschen, daß die Eroberung Finnlands durch den russischen Gendarmen die völlige Vernichtung der vom Zaren beschworenen Verfassung, die Stabilisierung der russischen Außenpolitik in Finnland schon jetzt beschlossene Sache ist.

Für die Entwicklung Rußlands in den Jahren nach der Niederwerfung der Revolution kommt dieser Gewaltstreich keineswegs unerwartet. Auch die Konterrevolution hat ihre innere Logik, die die siegreiche Reaktion zu einer freien Befreiung für den Frieden, für die Kultur macht. Das Volk soll über die trostlose Lage im Innern durch äußere Erfolge hinweggetäuscht werden. Bei dem völligen Niedergange der äußeren Macht Rußlands blieben den russischen Expansionspolitikern nur Finnland, um zu den „Siegen“ über das eigene Volk einen neuen glorreichen Sieg über das unter russischer Oberhoheit stehende finnische Volk zu fügen. Daß Nikolaus II., unterstützt von den herrschenden Parteien, einen

Schritt getagt hat, vor dem all seine Vorgänger seit Alexander I., die gleich ihm die Sonderrechte Finnlands feierlich beschworen hatten, zurückgeschreckt sind, ist für die „konstitutionelle“ Entwicklung des heutigen Rußlands ebenso charakteristisch, wie die Unversöhnlichkeit, mit der der Zar internationale Verträge umstößt und auf die öffentliche Meinung Europas pfeift.

Offizielle Soldschreiber sind nun eifrig an der Arbeit, um den Rechtsbruch des Zaren durch fadenheftige juristische Gründe zu rechtfertigen. Aber nach den Darlegungen der finnischen Mitglieder der russisch-finnischen Kommission, den Erklärungen der Parteien im finnischen Landtag, den Deklarationen der deutschen, österreichischen und holländischen Gesandten und dem internationalen Gutachten über die finnische Frage, die eine Reihe der namhaftesten Völkerrechtler kürzlich in London fällte, erübrigt es sich, auf die rechtliche Seite der Frage einzugehen. Sie alle stellen fest, daß die Autonomie Finnlands kein vorübergehendes Privileg, sondern ein gesetzliches Recht sei, und daß die Kompetenz des finnischen Landtages nur mit seiner Einwilligung geändert werden dürfe. Nur daß hierin nicht der Schwerpunkt der Frage liegt. Obgleich die europäischen Mächte den finnischen Verfassungskämpfen ein größeres Interesse entgegenbringen als den russischen, weil die Russifizierung und Militarisierung Finnlands bei seiner strategischen Lage eine Kräfteverschiebung zu Gunsten Rußlands bedeutet, so ist doch auf eine Unterwerfung Europas nicht zu rechnen. Das wissen natürlich auch unsere finnischen Genossen, denen die Führung im Kampfe gegen den Zarismus zufällt. Sie begrüßen mit Genugtuung das Eintreten der europäischen Gelehrtenwelt für die Rechte Finnlands, das dem Zarismus die Möglichkeit raubt, seinen Gewaltakt durch quasi wissenschaftliche und historische Gründe zu rechtfertigen und ihn zwingt, seine Blut- und Eisenpolitik offen vor aller Welt zu proklamieren. Aber im übrigen sehen sie ihr Heil nicht in vergilbten Akten und papierernen Verträgen, sondern appellieren an das finnische Proletariat, sein Recht im harinächtigen Kampfe zu behaupten. —

Kanada.

Auf dem Wege zum Imperialismus.

Ottawa, 31. März. Finanzminister Fielding erklärte im Hause der Gemeinen, ein Ergebnis des Zollabkommens mit den Vereinigten Staaten sei die Anerkennung des Rechts der englischen Kolonien, sich Vorzugszölle einzuräumen. Kanada habe es abgelehnt, den Vereinigten Staaten für die ganze Reihe der im Zollvertrag mit Frankreich enthaltenen Artikel ermäßigte Zollsätze einzuräumen, und sich das Recht vorbehalten, Gegenstandsverträge mit anderen Ländern ohne Berücksichtigung der amerikanischen Zollgesetze abzuschließen. Präsident Taft habe den dringenden Wunsch ausgedrückt, Verhandlungen zum Zwecke weiterer gegenseitiger Handelsabmachungen zu eröffnen und versprochen, dem Kongress diese Politik zu empfehlen.

In der Tat ist die Anerkennung der Vorzugszölle ein sehr wichtiger Erfolg nicht nur Kanadas, sondern der englischen imperialistischen Politik. Versteht doch der Plan Chamberlains auf der Möglichkeit, England und seine Kolonien dadurch zu einem riesigen einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenzufassen, daß das britische Weltreich sich gegen das Ausland mit einer Schutzschranke umgibt, während innerhalb des Reiches die einzelnen Teile stark ermäßigte Zollsätze genießen. Die Anerkennung der Vorzugszölle durch Amerika wird den englischen Imperialisten als wichtiges Argument gegen die Einwände der Freihändler dienen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. G. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen:

Theorien über den Mehrwert. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. Band III (Schlußband).

Der dritte Band enthält: Von Ricardo zur Vulgäroökonomie. XVI und 602 Seiten. Preis broschiert 7,50 M., gebunden in Leinen 8 M., in Halbfranzband 9 M.

Bereits erschienen sind: Erster Band. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Zweite Auflage. XX und 420 Seiten. Preis broschiert 5,50 M., in Leinen gebunden 6 M., in Halbfranzband 7 M.

Zweiter Band. Erster Teil. David Ricardo. Zweite Auflage. XII und 844 Seiten. Preis broschiert 4,50 M., in Leinen gebunden 5 M., in Halbfranzband 6 M.

Zweiter Band. Zweiter Teil. David Ricardo. Zweite Auflage. VI und 884 Seiten. Preis broschiert 5 M., in Leinen gebunden 5,50 M., in Halbfranzband 6,50 M.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschien:

Die Wahlrechtsvorlage. Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses nach dem amtlichen stenogram der Sitzungen vom 10. bis 12. Februar 1910. Herausgegeben von der Bundeskommission der preussischen Sozialdemokratie. Preis 60 Pf.

Die Drohschüre, die u. a. auch die „großartige“ Rede des preussischen Ministerpräsidenten von Bethmann-Hollweg und seine Begründung der Wahlrechtsmischgeburt enthält, dürfte unseren Genossen im Kampfe für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gute Dienste leisten.

Näher durch das preussische Einkommensteuergesetz. Von Arbeitersekretär Rudolf Wissell. Zweite ergänzte Auflage. Preis 30 Pf.

Biblische Geschichten. Von Max Raurenbrecher. Heft 6: Die Propheten. Skizze der Entwicklung der israelitischen Religion.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und kostet 1 M., Vorkausgabe 40 Pf.

Im Verlag von Virz u. Co., G. m. b. H., München, erschien:

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1868—1900. Von W. Schräder. Heft 7 und 8. Es werden darin behandelt: Gewerkschaftsbewegung — Gleichheit (Frauenzeitung) — Handelsreisende — Hausindustrie — Impfwang — Inzerate — Internationale Beziehungen der Partei — Jugendbewegung — Kalender — Kartelle — Kaufmannsgerichte — Kinderkass — Kohlennot — Kolonialpolitik — Kommunalpolitik — Kompromisse mit bürgerlichen Parteien — Kontrollschymark — Krankenversicherung — Landarbeiterfrage.

Ein sozialdemokratischer Standesbeamter.

Die Regierung der Pfalz hatte, wie wir seinerzeit meldeten, die Anstellung eines dritten Adjunkten als Standesbeamten in Kaiserslautern nicht genehmigt unter der Begründung, daß hierfür kein Bedürfnis vorliege. Auf die Beschwerde des Stadtrates an das Staatsministerium ist nunmehr der Beschluß der Regierung verworfen und Genosse Schmalzer als Standesbeamter bestätigt worden.

Personalien. Für die „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg wird zum 1. Juli ein Chefredakteur gesucht. Genosse Kurt Eisner legt die Chefredaktion am 1. Juli nieder.

Unsere Taten.

In München ist Genosse Karl Wöhenberger im Alter von 54 Jahren aus dem Leben geschieden. Er gehörte der Partei seit ihrem Bestehen an. Unter dem Ausnahmegericht sowohl als später hat er stets in den vordersten Reihen der Partei gekämpft und ihr manchen wertvollen Dienst geleistet. Der Klassenhaß wertete einmal diese seine „unbürgerliche Tätigkeit“ mit sechs Monaten Gefängnis, die Wöhenberger in Laufen verbüßen mußte. Er war einer der Gründer des alten Maurerbundes, als dessen Kassierer er mit der Polizei mancher Kämpfe zu bestehen hatte. Nach der Umwandlung der Lokalorganisation in eine Zelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands übernahm er den Vorsitz der Zelle, bis er als Kontrolleur Anstellung fand. In Wöhenberger verkörperte die Arbeiterbewegung einen selbstlosen, wackeren Streiter.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Freisprechung.

Das „Hamburger Echo“ hatte seinerzeit ein Urteil des Oberkriegsgerichts des IX. Armeekorps ein „Entsetzen erregendes“ genannt. Daran wurde Genosse Köpfe wegen Verleumdung des Oberkriegsgerichts angeklagt. Das kritisierte Urteil hatte folgende Geschichte: Am 20. Januar 1900 wurde der Hulst Genke vom Kriegsgericht der 9. Division wegen Simulation und wissentlich falscher Anschulding in Verbindung mit verlesener Verleumdung Vorgefertigter zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht hatte ihn schuldig erachtet, Günstlichkeit simuliert und Unteroffiziere fälschlich der Mißhandlung Untergehobener beschuldigt zu haben. Wegen dieses Urteils legte der Kriegsherr Veranlassung ein, weil ihm die Strafe nicht hoch genug erschien. Das Oberkriegsgericht des IX. Armeekorps hob das Urteil in der Tat auf und erkannte entgegen dem auf zehn Monate laufenden Antrage des Anklagevertreters auf drei Jahre Gefängnis, die später in der Revisionsinstanz auf drei Jahre herabgesetzt wurden.

Am 30. März wurde die Anklage gegen den Genossen Köpfe vor dem Landgericht in Hamburg verhandelt. Genosse Köpfe erklärte, daß er gegen die Stichmarke kein Bedenken gehabt habe, er habe es subjektiv als Entsetzen erregend empfunden, daß ein nach dem Sachverständigenurteil des Professors Dr. Buchholz geistig minderwertiger Mensch zu einer so schweren Strafe verurteilt worden sei, nachdem die erste Instanz eine Gefängnisstrafe von vier Monaten für eine ausreichende Sühne erachtet hatte. Das Urteil des Oberkriegsgerichts einschließlich der Sachverständigenurteile des Professors Dr. Buchholz und dreier anderer ärztlicher Sachverständiger wurde verlesen. Nach dieser Verlesung erklärte der Staatsanwalt Dr. Schön, daß er die Anklage nicht aufrecht zu erhalten vermöge, da er eine strafbare Verleumdung weder in dem durchaus objektiv gehaltenen Bericht noch in der Ueberschrift zu erblicken vermöge, er beantrage daher Freisprechung. Nach ganz kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung und dem Antrage des Verteidigers gemäß Uebernahme sämtlicher Kosten, einschließlich der notwendigen Auslagen des Angeklagten, auf die Staatskasse.

Soziales.

Betrügerische Lieferungen seitens Innungen.

Der Armenrat in Nürnberg hatte die gesamte Brotlieferung für städtische Anstalten der Nürnberger Wälderrückwärts-Innung übertragen. In letzter Zeit mußten wiederholt einzelnen Meßern die Lieferungen entzogen werden, weil die Herren ungenießbares Brot abliefern. Nachdem das betrügerische Schreiben dem von anderen Meßern der Innung fortgesetzt worden war, beschloß nun der Armenrat, alle Innungsmeister von den städtischen Lieferungen auszuschließen und gegen einen, der sich nicht damit begnügt hatte, minderwertige Ware zu liefern, sondern die Stadt auch noch im Gewicht betrogen (bei 1 Kilogramm Brot gleich 130 Gramm Wälderrückwärts!) Strafantrag wegen Betruges zu stellen. Bezeichnenderweise gaben die Wälderrückwärtsmeister nur an die Armenanstalt minderwertiges Brot, während die Lieferungen für andere Institute der Stadt nicht zu beanstanden waren.

Jetzt klagen die Freunde der untreuen Innungsmeister über Unfreundlichkeit der Stadt gegenüber dem — — — Mittelstand!

Unentgeltliche Beerdigung in der Schweiz.

Im Kanton Thurgau kostete im Jahre 1900 die unentgeltliche Beerdigung insgesamt 98 270 Fr., wovon 51 977 Fr. der Staat und 46 293 Fr. die Gemeinden trugen. Da der Kanton Thurgau circa 120 000 Einwohner zählt, so beläuft diese schätzenswerte soziale Einrichtung jeden im Durchschnitt mit nur rund 60 Cts. Wie groß ist aber die Ersparnis, die die unentgeltliche Beerdigung bei einem Todesfalle in einer Arbeiterfamilie gewährt.

Typhus der Tunnelarbeiter.

In Goppenstein am südlichen Teil des Lötschbergtunnels (Kanton Bern) herrscht unter der zahlreichen Arbeiterklasse, die mit ihren Angehörigen eine Kolonie von circa 2000 Personen zählt, der Typhus, der durch schlechtes Wasser wie durch die elenden Unterkunftsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung verursacht sein soll. Die Tunnelunternehmung soll zur Erhaltung von Vorarbeiten angehalten werden.

Aus der Frauenbewegung.

Sozialdemokratische Frauenklub in Holland.

Zeeuwarden, 26. März 1910. Im Lokale der Arbeitergenossenschaft „Excelsior“ zu Zeeuwarden wurde am Sonnabend vor dem Parteitage der S. D. W. B. die zweite Jahresversammlung des Verbandes Sozialdemokratischer Frauenklubs abgehalten.

Die Vorsitzende Frau Wilhout-Amsterdam teilte mit, daß neun Klubs vertreten seien; zwei andere, die sich ebenfalls demnächst dem Verbands an anschließen wollen, hätten gleichfalls Delegierte gesandt. Aus finanzieller Schwäche konnten sieben weitere Klubs sich nicht vertreten lassen. Zwei Klubs gingen aus Mangel an leitenden Kräften verloren, wie sich überhaupt der Mangel an Rednerinnen und organisatorischen Kräften fühlbar macht. Das Organ „De Proletarische Vrouw“ machte ausgezeichnete Propaganda; es zählt 1648 Abonnenten und hat eine Auflage von 9200 Exemplaren. Leider kümmerten sich selbst voranstehende Parteigenossen nur sehr wenig um die Arbeit der Klubs. Der sozialdemokratische Abgeordnete zur Zweiten Kammer, Genosse Duijn, habe sich selbst in der Kammer dahin ausgesprochen, daß er die Frau in den Hausbots zurückwünsche, was in direktem Widerspruch mit dem sozialdemokratischen Prinzip stehe. Auch die Redaktion des Parteiorgans „Der Volk“ zeige ganz verkehrte Begriffe über das Bestreben des Frauenklubs. Eine Vertretung auf den Parteitag wünschte die Klubs aus organisatorischen Gründen, um in enger Fühlung mit der Partei zu bleiben und unter deren Kontrolle ihre spezielle Aufgabe zu erfüllen.

Ein Resultat des Wirkens der Frauenklubs sei, daß in dem Entwurf zur Änderung der Verfassung mit Bezug auf das allgemeine Wahlrecht die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts, das in dem ursprünglichen Entwurfe fehlte, nachträglich aufgenommen worden ist. Auch sei dem Kampfprogramm der Partei die Forderung der Mutterkassensversicherung infolge dieses Wirkens hinzugefügt.

Genossin Bräulein S. Untermit referierte über „die Arbeit der Frau in der internationalen Bewegung“ und Genossin Frau Wilhout über „sozialistische Erziehung“. Alle Vorstandmitglieder wurden wiedergewählt und zum Schluß sportete die Vorsitzende die Frauen an, ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen dem allgemeinen Frauenwahlrecht.

Gewerkschaftliches.

Das Kartell der Wettkriecher!

Am ersten Osterfeiertag wurde in Berlin ein Kartell „Vaterländischer Staatsarbeiter“ gegründet. Es geschah dies gelegentlich der Abhaltung des dritten Bundestages des Bundes Deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker (Sitz Berlin). An der Ausarbeitung des Kartellvertrages, der allerdings noch der Zustimmung der einzelnen Organisationen bedarf, waren beteiligt: Der vorerwähnte Bund, der Verband Deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker (Sitz Bochum), der Deutsche Militärarbeiterverband (Sitz München) und der Zentralverband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (Sitz Berlin). Die vier Organisationen umfassen rund 78 000 Mitglieder, den größten Anteil hieran hat die zuletzt benannte Vereinigung mit über 60 000 Mitgliedern.

Als Leitfaden wurden festgelegt: Die angeführten Verbände bilden ein Verbandskartell mit dem Sitz in Berlin; der Zweck desselben ist die Förderung der sozialen Lage der Staatsarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker; als jährlicher Beitrag wird pro Mitglied und Jahr 10 Pf. an die Kartellkasse gezahlt; es wird eine den gemeinschaftlichen Interessen dienende Zeitung herausgegeben. Die geschäftliche Tätigkeit des Kartellverbandes übernimmt der Verband der Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, deren Syndikus Dr. Heißner gleichzeitig als Syndikus bestellt wird. Das Kartell tritt ab 1. Mai d. J. in Kraft.

Soweit die Abmachungen der Verbände. Ist im allgemeinen ein Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen zu begrüßen und kann auch in diesem Vorgehen nur eine Anerkennung der Notwendigkeit starker Organisationen erblickt werden, so muß doch unbedingt die Art, wie dies geschehen ist, die Kritik herausfordern. Den Anstoß zur Herbeiführung des Zusammenschlusses gab der mangelnde Einfluß der beteiligten Organisationen auf die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Durch diese Verbindung soll nun die Entfaltung größerer Macht angestrebt und der Interessenvertretung der Staatsarbeiter mehr Nachdruck verliehen werden. Dieses Kartell soll auf nationaler Grundlage stehen und keineswegs den Charakter einer Gewerkschaft tragen. So lautet wenigstens die offizielle Begründung durch den Syndikus. Er erklärte weiter: Wenn gewerkschaftliche Organisationen auch vielleicht für die Privatindustrie notwendig seien, so wäre das für die Staatsarbeiter noch lange nicht als Nichtschränkung anzusehen. Wohl gebe es zwischen den Arbeitern der Staatsbetriebe und denen der Privatindustrie eine ganze Anzahl von Berührungspunkten, trotzdem bestehe zwischen beiden Arbeiterkategorien ein himmelweiter Unterschied. Staatsarbeiter hätten nun einmal mit der Stetigkeit ihrer Stellung, in Aussicht stehender Beamtenverhältnisse und Wohlfahrtsbeihilfen zu rechnen. Streiken könnten sie gleichfalls nicht, und Petitionen machen und einreichen könnten sie auch ohne Gewerkschaften. Für ihre Sache wäre ausschließlich die Güte ihrer Gründe maßgebend. Die Organisationen der Staatsarbeiter seien daher lediglich ihren Zwecken entsprechend einzurichten. Bei gutem Zusammenhalt und weiterer Ausbreitung des Kartells könne man eine gleiche Macht bilden wie die Gewerkschaften; man brauche aber nicht auf deren Ansehen dabei zu bestehen. Auch ohne Sozialdemokratie könnten die Interessen der Staatsarbeiter im Reichstag und Landtag genügend vertreten werden. — Von anderer Seite wurde noch betont, daß besonderer Wert auf die bessere Ausgestaltung der Arbeiterverordnungen zu legen sei. Die politischen und religiösen Ansichten der Arbeiter seien sich keinesfalls unter einen Hut bringen, die wirtschaftlichen Fragen hingegen müßten auch die Staatsarbeiter näher zusammenführen. Gemäß diesen Ausführungen wurde dann der Errichtung des Verbandskartells zugestimmt.

Mag auch zugegeben werden, daß Staatsarbeiter-Organisationen etwas anders operieren müssen als Verbände von Privatbetriebsarbeitern, so darf die Rücksichtnahme auf die Eigenartigkeit der Betriebe doch nicht in Selbstentmannung ausarten. Die Stellung der Regierungen zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Staatsarbeiter hat nur zu oft gezeigt, daß hier der schärfste Nachdruck seitens der Staatsarbeiter selbst mit erforderlich ist, um Verbesserungen herbeizuführen. Wie sieht es denn mit ihrer guten und sicheren Existenz aus? Werden sie nicht aus geringfügigen Anlässen einfach entlassen? Hält der Staat nicht besonders viel auf wenig verbrauchte Arbeitskräfte? Rücksichtnahme auf Kranke und schwach Gewordene ist nicht im breiten Maße zu verspüren! Die gezahlten Löhne sind alles weniger als müßergültig, nicht selten aber niedriger als der ortsübliche Tagelohn. Die Beamtenverhältnisse werden erst nach jahrelangem Dienst bei verhältnismäßig geringem Lohn erworben. Der Genuß der Wohlfahrtsbeihilfen hängt gleichfalls von jahrelanger Dienstzeit ab, sie machen auch den Lohnausfall gegenüber gleicher Tätigkeit in Privatbetrieben bei Weitem nicht weit. Und auf Grund solcher Zustände soll dann die Arbeitsniederlegung gewerkschaftlicher Tätigkeit als notwendig erwiesen sein. Das zu begreifen ist nicht jedem Arbeiter möglich. Solche Auffassungen entsprechen aber ganz dem Charakter vaterländischer Arbeitervereine, die da glauben, mit alleruntertänigsten Bitten etwas zu erreichen, während doch auch Staatsregierungen nur dem Drucke folgend Verbesserungen eintreten lassen. Der Verzicht auf das letzte Mittel im wirtschaftlichen Kampf, auf die Arbeitsniederlegung, ist eben nur für solche Arbeiter denkbar, denen der Mut fehlt, für ihre Interessen mit allem Nachdruck zu wirken.

Wo aber die Freunde der Arbeiter zu finden sind, haben und die Forderungen schon oft gestellt. Die Verbesserung der Lage der Staatsarbeiter ist eben nur mit Hilfe der Arbeitervertreter in den Parlamenten, der Sozialdemokraten, möglich gewesen. Früher oder später werden daher die in den erwähnten Organisationen stehenden Staatsarbeiter schon einsehen müssen, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit ebenso wie die politische Betätigung auch für die Staatsarbeiter eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Berlin und Umgegend. Organisationserfolge.

Die Kutischer und Lagerarbeiter der Firma Vorhers u. Jürges, Eisenwarengeschäft engros, Kreuzwalderstraße 220, haben ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch eine Bewegung, die der Deutsche Transportarbeiterverband leitete und die ohne Streik verlief, wesentlich verbessert. Die Firma beschäftigt 13 Kutischer und 27 Lagerarbeiter, Väder und Radfahrer, von denen eine Anzahl schon jahrelang im Betriebe tätig ist. Häufig klagten die Leute über schlechte Entlohnung und andere Mißstände. Der Anfangslohn betrug für Lagerarbeiter 20 bis 21 M. pro Woche und für Kutischer 23 bis 24 M. Wann Löhne zu erwarten waren, das stand im Ermessen der Firma. Die Lagerarbeiter erzielten höchstens 24,50 M. wöchentlich; diesen Lohn erhielten Leute, die schon 13 Jahre bei der Firma arbeiteten. Kutischer für Zweigspanne erzielten höchstens 28 M., Einspänner 25,50 M. pro Woche; ein Kutischer war schon seit neun Jahren für die Firma tätig und erhielt auch nicht mehr. Dabei war die Arbeit aber besonders schwer, denn es handelte sich um Eisenwaren. Seit 1906 schon hatte die Organisation sich bemüht, dort Mitglieder zu werben, aber erst in neuerer Zeit gelang es ihr, festeren Fuß im Betriebe zu fassen. Es dauerte leider sehr lange, bis die Mehrzahl der Angestellten Verbandsmitglieder wurden. Erst dann war es dem Verbandskartell, zu einem festen Tarifvertrage mit der Firma zu gelangen. Ein solcher Vertrag wurde nun jüngst abgeschlossen, und er brachte den Arbeitern wesentliche Vorteile. Als die Angestellten ihre Wünsche vorbrachten, verfuhr die Firma, die Verhandlungen darüber ohne Mitwirkung der Verbandsvertreter zu führen, aber die Arbeiter wußten, wieviel darauf ankommt, daß ein Vertrag mit dem Verbandskartell abgeschlossen wird, und endlich ging die Firma auch darauf ein. Nach zweimaligen Verhandlungen wurde ein fester Tarifvertrag vereinbart. Es wurden Lohnzulagen von 1 bis 6 M., je nach der Dauer der Beschäftigung, erzielt. Durchschnittlich beträgt die Lohnhöhe 2,55 M. für alle 40 in Frage kommenden Arbeiter. Ferner wurde

die Arbeitszeit genau geregelt, ebenso die Vergütung für Sonntag- und Feiertagsarbeit festgesetzt. Auch ein Sommerurlaub ist im Vertrage vorgesehen. Mit diesem Erfolge ihrer Organisation können die Arbeiter wohl zufrieden sein. Der Erfolg ist aber nur da möglich, wo die Arbeiter fest zu ihrem Verbandskartell stehen und auch dann nicht nachlässig in der Erfüllung ihrer Pflichten werden, wenn der Erfolg errungen ist.

Eine andere Lohnbewegung, in der ein kurzer Streik notwendig war, wurde von dem Deutschen Transportarbeiterverbande ebenfalls zu einem günstigen Ende geführt. Die Kutischer und Mitarbeiter der Firma Franz Wagner, Wäschefabrik, Mühlentstraße 77, strebten nach einer Verbesserung ihrer Lage und reichten in einem Tarifentwurf ihre Forderungen ein, durch den der Verband natürlich. Das behagte der Firma nicht, sie lehnte es ab, mit dem Verband zu verhandeln. Zuerst versuchten nun die Kutischer, 22 Mann, durch eine Kommission Verhandlungen anzuknüpfen. Als aber die Firma weitere Schwierigkeiten machte, legten die 22 Mann kurz entschlossen die Arbeit nieder. Jetzt änderte die Firma ihre Ansicht und beschloß, mit den Verbandsvertretern zu verhandeln. Man verständigte sich auf bestimmter Grundlage, wenn auch formell ein Tarifvertrag, nicht abgeschlossen wurde. Die Regelung der Dinge brachte aber den Kutischen Lohnzulagen von 1,25 bis 1,50 M. pro Woche und andere Verbesserungen. Sie waren damit zufrieden und nahmen die Arbeit wieder auf.

Deutsches Reich.

Tarifabschluss im Baugeverbe zu Neu-Ruppin.

Zu einem weiteren Tarifabschluss kam es in Neu-Ruppin zwischen der dortigen Innung und dem Zweigverein der Maurer Deutschlands. Der bisherige Tarif wurde verlängert, und zwar mit einer sofortigen Lohnhöhung von 2 Pf. und von weiteren 2 Pf. ab 1. September d. J.

Die Tabakarbeiter in Dresden haben mit dem Verein der kleinen Zigarrenfabrikanten einen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Erhöhung von 70 Pf. pro Tausend festsetzt. Bei 47 Zigarrenfabrikanten in Dresden und Umgebung sind dadurch die Lohnverhältnisse tariflich geregelt.

Ausland.

Die Vorbereitungen zum diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongress.

Der in der zweiten Augustwoche in Brüssel stattfinden soll, wurden in einer Vorkonferenz erledigt, die am Karfreitag in Brüssel stattgefunden hat. Vom Vertreter des deutschen Bergarbeiterverbandes wurde u. a. die Wiederholung des Antrages, die Kongresse nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, angekündigt. Bisher wurde dieser Antrag immer von den Engländern niedergestimmt.

Zum Massenstreik in Philadelphia.

New York, 22. März. (Fig. Ver.). Alle Welt ist überrascht über die zähe Ausdauer, mit der die Arbeiterschaft von Philadelphia für das Organisationsrecht der dortigen Straßenbahner kämpft. Ueber 14 Tage schon dauert der von der Philadelphia Central Labor Union (Gewerkschaftszentralverband) angeordnete Massen-Sympathiestreik, an welchem sich nicht nur die meisten Gewerkschaften, sondern auch viele Tausende nicht-organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligen. Und das bisherige Resultat des Massenaufstandes ist ein gewaltiger Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung. Die den Organisationen noch fernstehenden Männer und Frauen, die in den Sympathiestreik eintraten, suchen zu Tausenden um Aufnahme in die Organisation nach oder schließen sich zu neuen Gewerkschaften zusammen. In den Waldwäldchen Lokomotivfabriken, der größten Fabrik ihrer Art, die gegen 18 000 Leute beschäftigt, fand noch vor 14 Tagen niemand Arbeit, der auch nur im Verdachte stand, einem Verband anzugehören. Heute ist die Waldwälder Arbeiterschaft zu mehr als die Hälfte organisiert; und dieser größere Teil feiert, obwohl Lohn- und Arbeitsverhältnisse bereits zugestanden wurden, das ist nur ein Beispiel unter vielen.

Freilich gibt es auch Ausnahmen, darunter die beiden am stärksten organisierten Berufe: die Buchdrucker und die fast durchweg deutschen Brauereiarbeiter. Sie lehnten die Beteiligung am Massenstreik ab, da ihre mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge noch nicht abgelaufen seien und sie ohne Einwilligung ihrer Verbandsleitung die Arbeit nicht niederlegen dürften.

Als die Central Labor Union am 27. Februar den Generalstreik anordnete und dessen Beginn auf den 5. März festsetzte, war die ganze kapitalistische Presse voll des lautstichigen Hohnes. Ein Generalstreik, der mehr denn eine Woche vorher angekündigt wird? Ein Generalstreik zu Philadelphia, dessen Arbeiterschaft kaum zu 25 Proz. organisiert ist? „So etwas gibt es ja gar nicht“, sagten die Neunmalweisen. Ein Generalstreik im strikten Sinne des Wortes wurde es freilich nicht; aber durch einen gewaltigen Massenaufruf hat sich das Proletariat von Philadelphia solidarisch erklärt mit dem in ihr Organisationsrecht ringenden Motorführern und Konduktoren der Rapid Transit Co. (Straßenbahngesellschaft). Ueber 120 000, nach anderen Angaben sogar über 140 000 Arbeiter und Arbeiterinnen feierten. Nur in beschwüandem Maße nehmen die Streikenden die Arbeit wieder auf; doch wird dieser Abfall mehr denn aufgewogen durch die Verstärkung, welche die Reihen der Ausständischen durch diejenigen erfahren, die sich zunächst dem Sympathiestreik gegenüber ablehnend verhalten hatten. Die Textilindustrie ist gänzlich lahmgelegt, die Bau- und Holzindustrie ruht völlig. Alle andern Großbetriebe sind mit Ausnahme der Brauereien und Buchdruckereien stark in Mitleidenschaft gezogen.

Wie anderwärts in den Vereinigten Staaten über auch in Philadelphia Straßenbahn und berufsmäßige Politiker einen bestimmten Einfluß auf einander aus. Durch drei Vertreter, darunter den Mayor (Bürgermeister) Kehburn ist die Stadt im Aufsichtsrat der Rapid Transit Co. vertreten. Die Stadtverwaltung steht unter der Vormachtigkeit der republikanischen „Rajshine“ (Parteiorganisation). Es sind Staatsmänner kleinsten Kalibers, die in der City Hall (Rathaus) von Philadelphia ihres Amtes walten. Und so erleben wir, daß zur gleichen Zeit an den Ufern der Spree und an den Gestaden des Delaware mächtigen Bewegungen mit den gleichen Mitteln der Garaus gemacht werden soll: Versammlungen und Demonstrationen werden rechtswidrig verboten; die wohlbewaffnete Polizei wird auf eine friedliche Bevölkerung losgelassen.

Kurpff, der Präsident der Central Labor Union von Philadelphia, und E. O. Pratt, der Organisator des Straßenbahnerverbandes, wurden, obgleich sie stets von jeglicher Anwendung von Gewalt abrieten, verhaftet und wegen Verhöhnung und Aufforderung zum Landfriedensbruch in Anklagezustand versetzt. Sie befinden sich gegen Bürgschaft auf freiem Fuß. Durch solche tüpeltastischen Eingriffe erzielen die Machthaber einen völlig unerwarteten Erfolg; den Sturm, den sie zu bannen wählten, machten sie nur noch mehr an. Hatte die Central Labor Union am 4. März ausdrücklich bestimmt, daß die Arbeiter gewisser Berufe, um nicht die Ernährung der Bevölkerung in Frage zu stellen, sich nicht an dem Sympathiestreik beteiligen sollten, so wurde diese Einschränkung nachträglich aufgehoben. Ueber alle, welche mit der Straßenbahn und den Streikbrechern Geschäfte abwickeln, wurde der Boykott verhängt. In die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten erging die Aufforderung, ihre Spareinlagen aus den Banken zurückzuziehen, um den Geldmarkt zu beunruhigen.

Auf eilfde Millionen Dollars wird der täglich dem Geschäftsleben Philadelphias aus dem Massenstreik erwachsende Schaden berechnet. Deshalb machen Fabrikanten, Großhändler und die Inhaber großer Ladengeschäfte in Gemeinschaft mit zahlreichen sogenannten gemeinnützigen Vereinen einen Versuch über den anderen, zwischen der Straßenbahngesellschaft und deren ausständischem Fahrpersonal zu vermitteln. Schöff wiesen die Direktoren der Rapid Transit Co. jede Einmischung eines Dritten zurück, trotzdem der Einnahmeausfall an Fahrgeld in Verbindung mit den

durch den Streik bedingten Ausgaben die Summe von zwei Millionen Dollars bereits erreicht hat.

Angeichts dieser Halsstarrigkeit des Straßenbahnmonopols erteilte der in der Stadt Newcastile abgehaltene Konvent der State Federation of Labor (Verband der Gewerkschaften des Staates Pennsylvania) dem Ausschuß der Federation die Vollmacht, zur Unterstützung der Straßenbahner von Philadelphia den Generalstreik im ganzen Gebiete Pennsylvaniens anzuordnen. Der Ausschuß setzte den Beginn des Sympathiestreiks auf Montag, den 21. März fest. Und da abendrecht innerhalb der Gewerkschaften nicht nur Philadelphias sondern auch der übrigen Teile Pennsylvaniens der Ruf nach einer unabhängigen Arbeiterpartei immer lauter und nachdrücklicher ward, dünkte es dem Bundeskonvent Penrose und dem Staatssenator Mc Nicholl die höchste Zeit einzugreifen, um zu verhindern, daß ihre (die republikanische) Partei, zu deren Anhänger die Arbeiter in ihrer Mehrheit gehören, Schaden leide. Sie kamen von Washington bezw. Florida nach Philadelphia zurück. Unter dem durch sie ausgeübten Drucke bestand sich die Rapid Transit Co. dazu, den Forderungen des streikenden Fahrpersonals soweit entgegenzukommen, daß Mc Nicholl, der Präsident des internationalen Straßenbahnerverbandes, sich befriedigt erklärte. Eine geringfügige Lohnhöhung wurde zugestanden, die WiederEinstellung aller Ausständigen zugefagt. Dagegen blieb die Frage der WiederEinstellung der wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft entlassenen Motorführer und Konduktoren offen; gerade diese Maßregelung hatte aber zu dem gegenwärtigen Ausstand geführt. Auch die Forderung, daß alle Verhandlungen zwischen der Direktion der Gesellschaft und dem Fahrpersonal durch einen von der Gewerkschaft zu bestellenden Ausschuß geführt werden, war in dem Vertragsentwurf nicht bewilligt. Die Vertrauensmänner der streikenden Straßenbahner lehnten es nun gestern früh ab, die kurz vorher getroffene Vereinbarung zu ratifizieren.

Der Ausstand dauert also an; und was mehr besagen will, sein Umfang zeigt keine Abnahme. Der Ausschuß der State Federation of Labor wird demnächst in Wilkesbarre zusammentreten, um über die erneute Anordnung eines pennsylvanischen Generalstreiks Beschlüsse zu fassen. Auf die Kunde, daß die Streitart zwischen der Straßenbahngesellschaft und deren Fahrpersonal begraben sei, hatte E. C. Greenhall, der Präsident der State Federation of Labor, die pennsylvanischen Gewerkschaften telegraphisch angewiesen entgegen der vorher ergangenen Aufforderung die Arbeit mit dem gestrigen Tage nicht einzustellen. Infolge der Verwerfung des unter Mitwirkung des Senators Penrose zustande gekommenen Vertragsentwurfs durch die Vertrauensleute der Straßenbahner ist die Lage durchaus geändert und erfordert eine erneute Stellungnahme der State Federation. Schon die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen.

Aus Industrie und Handel.

Höhere Schlachtviehpreise.

Die im ersten Vierteljahre 1910 auf dem hiesigen städtischen Viehhofe erzielten Viehpreise sind gegen die im Vorjahre gezahlten mit einigen kleinen Ausnahmen bedeutend höher. Es wurden für 100 Kilogramm im Mittel erzielt: für Rinder im Januar 121 M. (1909: 123,80 M.), im Februar 120,25 M. (121,50 M.) und im März 123 M. (119,50 M.), Kälber im Januar 188,75 M. (1909: 143,88 M.), im Februar 187,62 M. (185,62 M.) und im März 193,44 M. (187,22 M.), Schafe im Januar 136,25 M. (1909: 116,77 M.), im Februar 134,25 M. (118,25 M.) und im März 132,66 M. (118,22 M.), Schweine im Januar 136,75 M. (1909: 130,22 M.), im Februar 134,62 M. (130,12 M.) und im März 130,44 M. (125,33 M.).

Die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe wird mit jedem neuen Monat umfangreicher. Als im August 1909 der Andrang am Arbeitsmarkt der Tabakindustrie plötzlich von 100 auf 400 hinausging, nahm man zuerst an, daß dies nur die Reaktion auf die übermäßig flotte Tätigkeit vor der neuen Steuer sein würde, die sich bald wieder verlieren würde. Nun hat sich aber der Andrang am Arbeitsmarkt nicht allein während der zweiten Hälfte 1909 gar nicht abgeschwächt, so daß das laufende Jahr schon mit einem Andrang von durchschnittlich 860 Arbeitssuchenden auf je 100 offene Stellen begann, während der Andrang im Januar vorigen Jahres nur 205,24 betragen hatte. Und während von Januar auf Februar gewöhnlich eine Abnahme des Andranges einzutreten pflegt, ging er in diesem Jahre trotz der außerordentlichen Höhe im Januar im Februar noch weiter hinaus und erreichte einen Umfang von nicht weniger als 1364,49. Im Februar 1909 hatte der Andrang dagegen 193,79 betragen; er ist demnach in diesem Jahre fast siebenmal so groß wie voriges Jahr. Vor allem ist die Arbeitslosigkeit in der hamburgischen Tabakindustrie rapid gewachsen; das Angebot Arbeitssuchender geht über das vorjährige um das Dreifache hinaus. Zugleich ist aber auch die Zahl der offenen Stellen empfindlich zurückgegangen. Nicht viel besser sieht es in den anderen Bezirken der Tabakindustrie aus. So tagen Westfalen, die Provinz Sachsen, ferner die Königreiche Sachsen und Württemberg mit einem außergewöhnlich hohen Andrang hervor.

Elektrische Hoch- und Untergrundbahn.

Die der Geschäftsbericht der Gesellschaft für das vergangene Jahr ausweist, stellt sich die Einnahme auf 7 136 541 M. (5 763 397 M.) beläufig wurden 1559 (i. V. 1428) Angestellte. Nach Abziehung von 67 880 M. für Abschreibungen, ergibt sich ein Reingewinn von 2 270 264 M. (1 851 256 M.), der wie folgt Verwendung findet: Reservefonds 100 180 M. (i. V. 84 594 M.), 5 Proz. Dividende auf 80 Millionen Mark = 1 500 000 M. (wie i. V.), 5 Proz. auf die mit 25 Proz. eingezahlten 10 Millionen Mark gleich 125 000 M. und Vortrag auf neue Rechnung 545 084 M.

Ueber die Erweiterungsbauten wird in dem Bericht daran erinnert, daß im Laufe des Berichtsjahres die Kleinbahngesellschaft Planfeststellung für die Hoch- und Untergrundbahn Spittelmarkt-Schönhauser Allee erfolgte. Der Entwurf für den Ausbau der Stammbahn vom Gleisdreieck zum Bittenbergplatz liegt den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vor. Der Tunnel für die Verlängerung der Westendlinie zum Grunewald konnte bei der Regulierung der Straßenzüge mit eingebaut werden. Am westlichen Ende dieser Bahnstrecke soll ein zweiter großer Betriebsbahnhof erbaut werden. Der Bau eines zweiten Kraftwerkes in Ruhleben ist begonnen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unglücksfall im Steinbruch.

Waldmichelbach (heff. Oberrhein), 31. März. (W. S.) Zwei Arbeiter des Klopsteinwerkes Müller in Obermichelbach bei Waldmichelbach wurden durch nachsürzende Gesteinsmassen verschüttet und tot hervorgezogen.

Eine neue Eisenbahnkatastrophe.

Triest, 31. März. (W. L. B.) Die Stadt und die Umgebung wurden heute von einer heftigen Bora und Schneefall heimgesucht. Der Dampferverkehr wurde fast gänzlich lahmgelegt. Der um 3 Uhr nachmittags von hier nach Parenzo abgegangene Personenzug engleiste hinter der Station Ruggia infolge der Bora und fiel in einen Graben. Von 100 bis 150 Passagieren, die sich im Zuge befanden, wurden vier getötet und achtzehn teils schwer, teils leicht verletzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsz.

Fünfter Verbandstag der Fleischer und Berufsgenossen.

Hannover, 29. März 1910.

Dritter Verhandlungstag.

Die Beratungen werden fortgesetzt bei dem Punkt: Lohn- und Tarifbewegungen und Streiks und die Tarifbewegungen in den Genossenschaftsfleischereien.

Frage des Wohltats.

Es gäbe eine ganze Reihe Kollegen, die das Alkoholumittel in einem Wohltat sehen. In Wirklichkeit sollte auch diese Waffe nur im alleräußersten Fall gebraucht werden.

In Erwägung der Beschlüsse des 4. und 5. Gewerkschafts-Kongresses in Köln und Hamburg, des Beschlusses der Konferenz der Gewerkschaftshausverwaltungen in Berlin, desgleichen der Debatten und Beschlüsse an Konsumgenossenschaftstagen werden die örtlichen Vorstände und Vertrauensmänner beauftragt, dringend zu verlangen, daß die Gewerkschaftshäuser und Konsumvereine ihre Waren nur von solchen Lieferanten beziehen, welche organisierte Gesellen beschäftigen und im Bedarfsfalle solche von den Arbeitsnachweiser der Organisation (B. V. der Fleischer u. B.) beziehen.

Von den Konsumgenossenschaften und Gewerkschaftshäusern, die eigene Fleischereien haben resp. Fleischergesellen beschäftigen, wird erwartet, daß sie nur organisierte Gesellen beschäftigen und diese von den Arbeitsnachweiser der Organisation (B. V. der Fleischer u. B.) beziehen.

Die Einführung eines allgemeinen Tarifes und der Anschluß an das Tarifamt der Gewerkschaften und Genossenschaften soll durch den Hauptvorstand in die Wege geleitet werden. Die Diskussion über das Referat war eine sehr sachliche und brachte allgemein den Wunsch zum Ausdruck, daß Lohnbewegungen, wie sie zum Teil geführt worden sind, in Zukunft ausbleiben.

Kadom achtzehn Diskussionsredner zu der Frage gesprochen hatten, fand die Resolution Annahme.

*) Die Parteipresse ist an die Beschlüsse der maßgebenden Instanzen in der Arbeiterbewegung gebunden, die ganz berechtigter Weise die Verhängung von Wohltats nicht Einzelorganisationen oder gar bloßen Streikversammlungen überlassen, sondern diesen höchstens ein Antragsrecht auf Verhängung von Wohltats überlassen.

Kleines Feuilleton.

Polizeigeschichtlich aus dem Paris Ludwigs XVI. In der Vorgeschichte der französischen Revolution spielt auch die Empörung der Bevölkerung, besonders der Pariser Bevölkerung über die greuliche Polizeiwirtschaft des alten Regimes eine beträchtliche Rolle.

Darauf referierten die Genossen Fiedler-Hamburg und Krause-Berlin über Organisation und Agitation, wobei besonders die Mitteilung von Interesse ist, daß in der nächsten Zeit gemeinsam mit den Ortsverwaltungen mehrere neue Beamte angestellt werden.

Hannover, 30. März 1910.

Vierter Verhandlungstag.

Die heutigen Verhandlungen begannen mit einem Referat des Genossen Bauer-Berlin über den neuen Reichsversicherungs-gesetzentwurf.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der 5. ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands kann in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht erblicken.

Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf schwere Eingriffe in die seit mehr als 25 Jahren bestehende Selbstverwaltung der Krankenkassen und den Ausschluß der Selbstverwaltung für die neu geplanten Landkrankenkassen.

Auch für die Unfallversicherung bringt der Entwurf, von geringfügigen Erweiterungen der Versicherungspflicht abgesehen, nur Verschlechterungen. So hinsichtlich der Gestalt des Rechtsweges durch Vereinfachung des Rekurses an das Reichsversicherungsamt, der Einführung von Renten auf Zeit, der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes u. a. m.

Für die Invalidenversicherung läßt der Entwurf zeitgemäße Reformen und Erleichterungen des Rentenbezuges vermissen, vor allem die Angliederung der Pensionsversicherung der Privatangestellten. Die vom Entwurf vorgeschlagene Lösung der Frage der Witwen- und Waisenversicherung hält der Verbandstag nicht den Anforderungen des vom Reichstage erzielten Erfolges entsprechend; er fordert eine Versicherung aller Arbeiterwitwen, ohne Rücksicht auf das Maß der Erwerbsfähigkeit der letzteren.

Insbondere protestiert der Verbandstag gegen die vom Entwurf geplante Belastung der Arbeiterversicherung mit einem kostspieligen Beamtenapparat, der eine stete Gefahr für die ohnehin geringen Selbstverwaltungsrechte der Versicherten bedeutet.

Der Verbandstag fordert alle Berufsangehörigen auf, einmütig gegen diesen Entwurf Stellung zu nehmen. Nicht Entschädigung der Versicherten, sondern Sicherung der Selbstverwaltung, nicht Verschlechterungen der Leistungen, sondern Erweiterung derselben soll das Leitmotiv einer gesunden Reform sein.

Dann referierte Bergmann-Berlin über: „Unfallgefahren in den Fleischereibetrieben“. Was dieser Redner über die Zustände in den Fleischereien sagte, grenzt nahezu an das Unmögliche. Mit welchen gräßlichen Freiheiten besonders in den Klein- und Mittelbetrieben die Unfallversicherungsbestimmungen mißachtet werden, davon macht sich der Aushenstehende keinen Begriff.

Die technische und maschinelle Entwicklung hat im gesamten Fleischereigewerbe eine überaus starke Ausdehnung erreicht. In fast allen Betriebszweigen, inklusive der Schlachthöfe und deren angegliederte Nebenbetriebe, werden Maschinen mit elementarem Kraft zur Anwendung gebracht.

entrüstet zeigten, sagte Sartine nämlich: „Zeigen Sie mir doch, bitte, die anständigen Menschen, die Lust hätten, ein derartiges Handwerk auszuüben.“

Theater.

Kammerspiele: „Gawan“. Ein Mysterium von Eduard Stucken. Der Dichter hat den Stoff seines Werks zum Teil dem mittelalterlichen Kreis-Sagenkreis entnommen. Die Idee des Ganzen — die Verherrlichung des unter schwersten Verurteilungen seine Reinheit wahren und endlich unter dem Veilstand himmlischer Gnade triumphierenden Ritters — zeigt mancherlei Verwandtschaft mit der Art, wie Richard Wagner anknüpfend an die Grabsage in seiner Oper „Vorfall“ den „reinen Loren“ verkörpert.

Vor die Tafelrunde des Königs Artus tritt am Weihnachtsfest ein geistvoller Fremdling in grüner Rüstung, der den Hof mit höhrender Rede herausfordert. Einen ritterlichen Zweikampf, wie der König ihn vordrängt, lehnt er ab und bietet zum Krieg eine Wette an, aus der für jeden klar hervorgeht, daß er der Gottseidicus oder doch einer seiner nächsten Verwandten sein muß.

lichen Bestimmungen müssen dieselben mit Schulborrichtungen versehen sein, auch dürfen Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren zur Bedienung derselben, wegen der damit verbundenen Gefahr nicht verwendet werden.

In geradezu unerbittlicher und empörender Weise wird im Fleischergewerbe gegen die gesetzlichen Bestimmungen, den Arbeiterschutz betreffend, verstoßen und Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefährdet.

Die Maschinen und sonstigen Betriebseinrichtungen befinden sich vielfach in recht lieblichem Zustande, speziell bei ersteren werden vielfach die Schulborrichtungen abgenommen, um ein intensiveres Arbeiten zu ermöglichen, was um so gefährlicher ist, da im Fleischergewerbe die Arbeitszeit an Werktagen durchschnittlich 15 Stunden, an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 6 Stunden und darüber beträgt.

Die Kontrolle der Betriebe durch die Fleischerei-Berufsgenossenschaft kann keinesfalls als einwandfrei und ausreichend bezeichnet werden. Die wenigen Revissionsbeamten können nicht annähernd die große Anzahl der über ganz Deutschland sich erstreckenden Betriebe kontrollieren.

Der 6. Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, tagend in Hannover, Ostern 1910, fordert daher als dringend notwendig:

- 1. Eine mindestens alljährlich stattfindende unangemeldete Revision aller Fleischereibetriebe.
2. Die ständige Ueberwachung und Kontrolle aller Betriebseinrichtungen, insbesondere aber der Fleischwölfe, Wiegeapparate, Kutter, Fahrstühle, Treppen, Leitern und Transmissionsanlagen in Fleischereien, Würstfabriken, Schmalzfabriken, Darmschleimereien, Fettzuckereien und Schlachthöfen.
3. Strenge Ueberwachung aller in Betracht kommenden Vorschriften über den Transport von Großvieh.
4. Verhängung wirksamer Strafen gegen die Unternehmer wegen Mißbefolgung resp. Uebertretung aller der zum Schutze der Gesellen, Arbeiter, Verkäuferinnen und Lehrlinge bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Zm weiteren beschloß der Verbandstag, im August 1910 in Berlin eine internationale Konferenz abzuhalten. Der deutsche, sowie der internationale Gewerkschafts- und Sozialistenkongress werden mit je einem Delegierten besetzt.

Ein Gehaltsregulativ für die angestellten Beamten mit einem Anfangsgehalt von 1920 Mk., steigend um 60 Mk. pro Jahr, wurde festgelegt und vorliegende Anträge auf Erhöhung der Beiträge abgelehnt. In der Reiseunterstützung wurden keine Änderungen vorgenommen. Die Erwerbslosenunterstützung dagegen gelassen wie sie ist, jedoch wurde beschloßen, daß sie nur noch an Orten bezogen werden kann, wo eine Poststelle vorhanden ist.

Ferner beschloß der Verbandstag eine Reihe von Statutenänderungen.

Bei der Neuwahl der Zentralkommission wurden Hensel und Krause-Berlin wiedergewählt. Der Ausschuß in Hamburg belassen. Bezüglich der Konsumschlachtereien soll der Zentralvorstand in eine tüchtige Tätigkeit eintreten und versuchen, die Organisationsverhältnisse dort auf eine gesunde Basis zu bringen. Der nächste Verbandstag findet 1913 statt.

Siebente Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands.

Rannheim, 30. März.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über den Punkt „Agitation“ ist sehr ausgedehnt. Sie dreht sich in der Hauptsache — soweit die Redner nicht auf die örtlichen Verhältnisse eingehen — um die Organisation der Jugendlichen.

Schließlich wurde durch Beschluß der Statutenberatungskommission aufgegeben, für die Aufnahme der Lehrlinge in die eigene Organisation die nötigen Unterlagen auszuarbeiten und bei der Beratung die diesbezüglichen Anträge vorzulegen. — Dem Beschluß des Referenten, eine technische Beilage des Fachblattes einzuführen, stimmen verschiedene Redner zu, andere da-

So reitet er das ganze Jahr die Kreuz und Quer und sendet brünstige Gebete um Erleuchtung zur Jungfrau Maria. Am Tag vor Weihnachten, halb erfroren im Schneesturm, stößt er im Walde auf ein Schloß, in dem der Hofe, der in Verannung des grünen Ritters ihm entgegentritt, mit Frau Venus zusammenhaucht. Gawan wird gastlich aufgenommen und ist fellig, als er von der schönen Birkin hört, daß die ersehnte Kapelle nur wenige Meilen weiter liegt. Er läßt sich aber trotzdem — ein bedenkliches Zeichen — zu kurzer Rast beschwären. Venus, die „Teufelsmutter“, versucht nach Kräften ihre Ränke an dem trefflichen Jüngling, der lange unbetreut widersteht. Doch läßt er sich am Ende, von einem Schatten vager Todesangst verdrängt, ihren Fesseln ergötzen, der unbetreut macher soll, austragen und belastet seine Seele mit der Verschuldung einer Lüge. In der Kapelle tut er die Falschheit, die ihm anfangs reißt von sich ab, zum Tode entschlossen. Und der dankbare Himmel antwortet mit einem Wunder. Das Marienbild bewegt sich, die Mutter Gottes weist den grünen Ritter, der schon die Ägier erhoben, in sein Nichts zurück und preißt Gawan, den Wieder-gewonnenen, in begeisterter Rede.

Die Inzinerung war farblich, malerisch. Gawan und die verführerische Schloßherrin gelangten durch Friedrich Kahler und Leopoldine Konstantin zu eindrucksvoller Darstellung. Starke Weisheit löste einzig der dritte Akt aus.

Humor und Satire.

Aus dem Tagebuch des Kometen.

Ich habe auf meinen Wanderungen manchen Himmelskörper kennen gelernt, aber keinen so unangenehmen wie die Erde. Das da links unten scheint Wagnis zu sein; ich werde auf alle Fälle anfangen, ein bißchen mit dem Schweif zu wedeln.

Gestern traf ich eine Kometin. Ich rief sie an: „Sie da, Wondhannchen, wie heißen Sie denn?“ — „Ich heiße 1910 A.“ — „Sehr angenehm; kommen Sie doch ein bißchen näher, ich möchte mich mit Ihnen paaren.“ — „Darf ich nicht, Herr Galley, die Astronomen haben mit meine Wahn ganz genau vorgeschrieben.“ — „Ach, wie schade; das hätte eine ganz nette Kometenfamilie mit höchstem Familiennein gegeben!“ — „Fort war sie. Ich glaube, das hat ein Teufelmechel mit dem Mars.“

Blide durchs Taschenuhrrohr und erkenne ganz deutlich, wer in Europa herrscht: die Angli, die Heiligen und die Ritter. Genau wie vor 75 Jahren.

Durch! Ra, das ging ja noch glimpflich ab. Der Schwanz ist ein bißchen lädiert, aber sonst: Kern gesund. Da hat man doch wieder 75 Jahre Ruhe vor dem ekelhaftesten Erdbplaneten! (Luftige Blätter.)

gegen Neuen dem Vorschlag ablehnend gegenüber. Als Resultat der Debatte werden dem Vorstand zwei Resolutionen zur Entscheidung überwiesen. In der einen Resolution wird gesagt, daß die Verträge in die Organisation aufgenommen sind.

Der Vorstand wird beauftragt, mit den Vorständen der in der Metallindustrie in Frage kommenden Organisationen zwecks gemeinsamer Veranstaltungen für die in der Metallindustrie tätigen Lehrlinge in Verbindung zu treten.

Die zweite Resolution will die Anregung, eine monatliche technische Zeitschrift für die Fachzeitung zu schaffen, dem Vorstand zur Prüfung überweisen.

Es wird dann in die Beratung der allgemeinen Anträge eingetreten.

Ein Antrag Forst i. Z. will den Vorstand beauftragen, eine Geschichte der Organisation herauszugeben. — Die Statutenkommission ist für den Antrag, der schließlich dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wird.

Angenommen wird ein Antrag der Filiale München, nach dem in den Anfertigungsformularen für Gewerkschaften (Krankheit) eine Rubrik einzufügen ist, um die Art der Krankheit angeben zu können, damit die Berufskrankheiten konstatiert werden. Das Ergebnis soll vom Vorstand alljährlich veröffentlicht werden.

Hierauf referierte Genosse Umbreit, Berlin über die Reichsversicherungsordnung.

Der Referent gab eine ausführliche Schilderung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung und übte an den einzelnen Abschnitten und Bestimmungen des Entwurfs scharfe Kritik. Die Quintessenz seiner Ausführungen ist in einer von ihm vorgelegten Resolution niedergelegt, in der gesagt wird, daß die Generalversammlung in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung die Erfüllung der auf Vereinfachung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht erblicken kann. Der Entwurf bringe auf dem Gebiete der Krankenversicherung schwere Eingriffe in die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Für die Unfallversicherung bringe der Entwurf fast nur Verschlechterungen, vor allem durch die Befreiung des Refusers an das Reichsversicherungsamt und durch Einführung der Renten auf Zeit. Hinsichtlich der In-

validenversicherung enthalte der Entwurf zwar die Anfänge einer Hinterbliebenenversicherung und einer Zusatzversicherung zur Invalidenrente; gleichwohl lasse er jede zeitgemäße Erleichterung des Rentenbezugs vermissen. Auch sei die von weiten Kreisen geforderte Angleichung der Versicherung der Privatangestellten nicht berücksichtigt worden. Nicht Entretung der Versicherungen, sondern Sicherung der Selbstverwaltung, nicht Verschlechterungen der Leistungen, sondern Erweiterung und Verbesserung derselben müsse das Leitmotiv einer gefunden Reform sein!

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Den Bericht vom Gewerkschaftskongress gab Johann Saube, Berlin, der die Beschlüsse des Kongresses Rebus passieren ließ. Mit der dort angenommenen Resolution über die Grenzstreitigkeiten seien die Vertreter des Verbandes nicht einverstanden gewesen und hätten deswegen dagegen gestimmt. Zu bedauern sei, daß der Antrag des Kupferschmiedeverbandes über Streikarbeit nicht zur Beratung kam und später in der Vorstandskonferenz abgelehnt wurde. Der Antrag werde aber nicht verschwinden, sondern wiederkommen. Der Resolution der Meißner hätten die Vertreter des Verbandes zugestimmt, doch sind sie aus anderen Gründen zu der Zustimmung gekommen wie die anderen Gewerkschaften. Sie seien der Meinung, daß die Rahmregelungen wegen der Meißner die Verpflichtung der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern nicht aufgehoben werden könne. Die Mitglieder des Kupferschmiedeverbandes würden, wenn sie wegen Beteiligung an der Meißner gemahnt werden, ihre Unterstützung bekommen, wenn die Arbeitsruhe durch eine bestimmte Mehrheit der im Betriebe Beschäftigten beschlossen worden sei. Zum Schluß seine Ausführungen erbat Saube Klage, die seinen Organisationen seien auf dem Gewerkschaftskongress zurückgeführt worden; die Leitung des Kongresses sei parteiisch gewesen.

An das Referat schloß sich eine kurze Debatte, in der sich die Redner den Ausführungen des Referenten meist anschließen. Genosse Umbreit nahm die Generalkommission und die Geschäftsleitung des Gewerkschaftskongresses gegen die Vorwürfe Saubes in Schutz. Es sei nicht richtig, daß die Leitung die Interessen und Rechte der kleineren Organisationen nicht gewahrt hätte. Einstimmig wird hierauf zu diesem Punkt folgende vom Referenten eingebrachte Resolution angenommen:

Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des 6. Gewerkschaftskongresses einverstanden. Sie kann aber in diesen Beschlüssen keineswegs die Aufhebung oder Kürzung der Rechte erblicken, die den Mitgliedern infolge ihrer Beitragsleistung an den Verband zustehen, wenn sie infolge Beteiligung an der Meißner gemahnt werden. Die Generalversammlung hält vielmehr als würdige Beteiligung an der Meißner die Arbeitsruhe. Sie erwartet, daß, so wie bisher, die Meißner in allen den Betrieben durch Arbeitsruhe zum Ausdruck gebracht wird, wo sich mindestens drei Viertel der in den einzelnen Betrieben Beschäftigten dafür erklären. Bei den sich aus der Meißner ergebenden Rahmregelungen dürfen irrend welche Forderungen nicht gestellt werden.

Die Verhandlungen werden vertagt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Schlußreden. — Was soll aus der Türkei in Europa werden? Von Karl Marx. — Die Korruption in der französischen Demokratie. Von A. Krüsch. — Wahlen ohne Rechte. Ein Beitrag zur geschichtlichen Erklärung der Hausgewerbetreibenden in Preußen. Von Eduard Schmidt, Arbeitersekretär (Sollingen). — Wirtschaftswissenschaftliche Rundschau. Von Richard Goldt. — Literarische Rundschau: Thomas Hobbes, Verteilung der Arbeit. Von K. K. — Notizen: Zur Arbeitsnachweiskarte. Von Richard Goldt. — Generalkongress der Gewerkschaften. Von H. Kl. — Zeitschriftenchau. Von A. Hannover.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Kommunale Praxis“. Die Nummern 11 und 12 sind erschienen. Das zweite Quartal beginnt mit dem 1. April. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich drei Viertel der in den einzelnen Heften Besondere Vorwärts, Berlin, vertrieben auf Wunsch Probenummern gratis und franco.

Anfängergerichte aus Nordland von H. Sandlund. 2 B., geb. 3.50 M. — Warum ich Männerleiber trug. Ergebnisse einer Frau von Louise Lemmonier. 4 B., geb. 5 M. H. Wunder, Charlottenburg, Seydstr. 11.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 1. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Fidelio.
Königl. Schauspielhaus. Strandfänder.
Neues Königl. Opernhaus. Gefährten.
Deutsches. Jüdisch.
Kammerspiels. Gamin.
(Anf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus. Das Konzert.
Neues Schauspielhaus. Die Frau im Fenster. Pirandello.
Kleines. Zugung.
Kamische Oper. Die Fiedermann.
Berliner. Tausend.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Welter. Die goldene Frau.
Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.

Triana. Isidore u. Cie.
Wieder. Das Nachlicht.
Italia. Die Dorfkomödie.
Schiller u. Schiller. (Theater.)
Wallenstein Tod.
Schiller. (Theater.)
Schiller. (Theater.)
Friedrich. Wilhelmshöhe.
Alte. (Theater.)
Gefährten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Gefährten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen-Theater. Der Postillon von Lonjumeau. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen-Theater. Der Postillon von Lonjumeau. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen-Theater. Der Postillon von Lonjumeau. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Sam. er. 11 Uhr.
Schauspiel mit Gesang und Tanz in 4 Akten v. E. Hoffmann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Morgen u. folgende Tage: Preziosa.
Sonntag 11 Uhr: Der Verlichwender.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert.
Sonntag, 8 Uhr: Das Konzert.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Taifun.
Morgen: Taifun.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.

Theater des Westens.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die goldene Frau.
Sonnt. 11 Uhr: Der liebe Vetter.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Freiheit.
Morgen: Das Verlobungsfest.
Neues Opernhaus.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachlicht.
Schauspiel in 3 Akten v. R. Zamacois.

Volksooper.
SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 78.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Postillon von Lonjumeau.

Luisen-Theater.
Premiere:
Hoffnung auf Segen.
Sonntag: Der Klapperstorch der Königin.
Montag nachm. 3 Uhr: Gib mich frei.
Abends 8 Uhr: Hoffnung auf Segen.
Montag: Der Klapperstorch der Königin.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Sam. er. 11 Uhr.
Schauspiel mit Gesang und Tanz in 4 Akten v. E. Hoffmann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Morgen u. folgende Tage: Preziosa.
Sonntag 11 Uhr: Der Verlichwender.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schults.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Königstadt-Kasino.
Dolmarstraße 78.
Vollständig neues Programm.
Ella Francho — Collins u. Le Man — Mrs. Fred — Eric Castelli — Mrs. Rejs usw.
Franz Kobanski.
Zur rechten Zeit.
Vollständig mit Gesang in 1 Akt von B. Reumer.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Ende 11 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hans Laage.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Egmont.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins.
Som. 27. März bis zum 3. April:
Paul Lincke-Woche
unter persönlicher Leitung
des populären Komponisten
Paul Lincke.
Anfang am Sonn- und Freitagen 6 1/2 Uhr, montags 8 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf., reservierter Platz 75 Pf.
Billets im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (40 resp. 60 Pf.) bei Juch, Hermannstraße 12, Gabritsch, Auguststr. 65, und Mann, Petersburger Platz 4.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Rom und die Campagna.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.

WINTERGARTEN
Heute Premiere.
Cleo de Merode
sowie
10 hochinteressante Debüts.

Palast-Theater.
Durgstraße 24, vis-à-vis der Börse.
Ringkampf-Konkurrenz
um den „Goldpokal von Berlin“
und 6000 M. in bar.
Freitag, den 1. April er. ringen:
Berth. Passon gegen Janos Hörvath
Ungarn
Arth. Barkowski gegen Hans Schwarz
Berlin
Siegfried Adam gegen Frank Brooklyn
d. König d. Hirschen
Transsylvanien.
Beginn der Ringkämpfe: 9 1/2 Uhr.
Preise: 0.50 M. bis 3 M.
Ehren- u. Vorzugskarten an Wochenenden zu halben Preisen erhältlich.

Passage-Theater.
Heute Premiere!
Ayoe
die dänische Vortragstiva
Gaudeamus
Alldeutsche Studentensoene
und
das große April-Programm!

Schiller-Theater.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag, abends 8 Uhr:
Goldfische.
Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schöningh und Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Goldfische.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Der Meißnerbauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Goldfische.

Zirkus Schumann
Freitag, den 1. April 1910,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
Frl. Dora Schumann auf
Dressiert hannes. Pöngst.
50 dressierte Tauben der
Mlle Sylva Loyal.
Obergauer
geritten von S. Oth.
Casa Blanca, militär. (der Reit-
off der drei Gebr. Houcke.
Dir. Albert Schumanns
neue und moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr

Zirkus Sarrasani
alter Botanischer Garten.
Freitag, 1. April 1910,
abends 8 Uhr:
Herausforderungs-Kampf:
Cazeaux de Bastieux
der Schrecken seiner Heimat
gegen
Michailoff Ural-
Kosak
im freien Ringkampf
(Catch as catch can-Style)
Jeder Orift ist erlaubt
um den gegenseitigen Einsatz
von je 300 Fr.
Um zu vermeiden, daß die
Ringkämpfer in der Hitze des
Kampfes den Mangonrand
überschreiten, findet dieser
Ringkampf im Löwenkäfig
statt, der für diesen Kampf
extra aufgestellt wird. Außer-
dem ein rein zirkusnisch. Progr.

Passage-Panoptikum
Während der Osterferien
bis inkl. Dienstag, 3. April:
Volkstage!
Jeder
Erwachsene | Kind frei!
Jedes Kind | ein Geschenk!
erhält
Alles ohne Extra-Entrée.
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldat, 25 Pf.

W. Noacks Theater
Dammstr. 16, am Rosenhäger Tor.
Größter Lagerhof Berlins!
Wand- u. Schließgesellschaft.
Schauspiel in 3 Akten.
Sonntag: Entführung — Revue!
Die Wassen nieder. Sensationelles
Schauspiel in 4 Akten v. D. v. Sultner.

Walhalla
Variete-Theater
Weinbergweg 10-20, Rosenth. Tor.
— Anfang 8 Uhr. —
Neues Spezialitäten-Programm.
Tanzst. Die allergrößte Kanone
Theaterbesucher freien Eintritt.

Zirkus Schumann
Freitag, den 1. April 1910,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
Frl. Dora Schumann auf
Dressiert hannes. Pöngst.
50 dressierte Tauben der
Mlle Sylva Loyal.
Obergauer
geritten von S. Oth.
Casa Blanca, militär. (der Reit-
off der drei Gebr. Houcke.
Dir. Albert Schumanns
neue und moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr

Herrnfeld
Theater
Kommandantenstr. 57. T. H. 4, 5083.
Herrnfeld-Johann 3. Serie:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—8 Uhr
Sonntag nachm. 4 Uhr:
Ein Rettungsmittel
und
Eine Hebergangs-Ghc.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 3. April 1910:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.

Casino-Theater
Lothringers Straße 57. Täglich 8 Uhr.
Berlin
bei
Nacht.
Voffe in 3 Akten von G. Schiller
Pöngst.
Sonnt. 4 Uhr: Ein deutsch. Frauenherz.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.

Tonbild-Theater
Reform
Kind
Frl. Wolfdietrich.
Heute vollständig neues
Programm!
Jedes Bild ein Schauer.
Vorstellung von 5—11 Uhr.
Entr. (Erwachs.) 50 Pf., ohne
Kinder 10 —) Nachgast.

Zirkus Busch.
Heute, Freitag, den 1. April,
abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. außerordentlicher Gala-Abend.
Debut! Debut!
Max Grigory-Truppe.
Dompteur Henriksen
konkurrenzlos Tigerdressur!
Hr. E. Schumann, Neudross.
Gigarielow Alfred Daniels.
Therese Filis, James Leon Filis
jun., Heinrich Filis, in ihren
Produktionen d. hohen Schule.
9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr:
Die russ. Sensations-Pantomime
Marja!

Folies Caprice
Heute und folgende Tage:
Der Luftturner.
Neuer dauter Teil.
Herr Wasserkopf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11—8 Uhr.

Karl Haverland
Anfang Theater. präz. 8 U.
7779 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunder-
bare April-Prögr.
Liliputaner-Truppe
profongiert.

Artushof
Perleberger Straße 26.
Jeden Sonntag:
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anf. Konz. 5 Uhr., Vorst. 7 Uhr. Tanz.

Volgt-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Freitag, den 1. April 1910:
Verlorene Ehre.
Schauspiel in 3 Akten v. Boehmann-
Riegen.
Freitag, den 8. April: Benefiz-
vorstellung für Hans Knispel: Das
letzte Wort.

Sanssouci, Kottbuser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Kellmer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutscher Sängerkreis
und Tanzkränzen.
Sonnt. 8 U., montags 8 U.
Ziele neues, hoch-
modernes Programm!
Aktuelle Schöpfung!

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängerkreis
(Koyss, Briten,
Schrader usw.)
Anfang:
Sonntags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 29. März verstarb unser
Mitglied, der Formier
Wilhelm Haupt
Kolberger Str. 23.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 2. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Danke-Kirchhofs,
Reinickendorf-Bell, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
226/11
Der Vorstand.

Towarzysto Socyalistow
Polskich w Berlinie.
Wponiedzialek dnia 29 Marca
podogolotnich ciarpioniacz
umart nasz stary i scsorny
towarzysz
Franciszek Wonner.
Caese jego pamiesci!
Pogrzeb odbedzie sie
nacomntarzu Friedrichsfelde
dnia 2. ogodzinie 4.
Zarzad.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Ober-Schöneweide.
Am 29. März verstarb nach
langem Leiden im Alter von
28 Jahren unser Mitglied, der
Fischer
Wilhelm Schirmacher
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 2. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des hligen Gemeinde-
Friedhofes aus statt.
Die Kollegen werden ersucht,
sich zahlreich zu beteiligen.
81/6 Die Lokalverwaltung.

Verband
deutscher Gastwirtsgehilfen
(Ortsverwaltung Berlin I.)
Am 28. März starb in Aus-
führung seines Berufs plötzlich am
Vergiftung unser Mitglied
Ernst Pallatz
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 1. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedhofes der Simon-Ge-
meinde in Brix, Tempelhofer Weg,
 Ecke Martendorfer Weg, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
254/12
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Kolonnenführer
Julius Scheffel
am 26. März im Alter von
73 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits
stattgefunden. 68/3
Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Filiale Berlin III.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser langjähriger Mitglied
August Beutel
am 25. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
14765 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
Lieben Mannes, unfers guten Vaters
August Thiem
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere dem
Wahlverein des VI. Kreises sowie
dem Musikverein „Nordische Klänge“
unseren herzlichsten Dank. 14755
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die überaus zahlreiche Teil-
nahme und reichen Kranzspenden bei
der Beerdigung unseres langjäh-
rigeliebten Vaters
Marie
sagen wir allen Freunden, Bekannten,
Kollegen und Genossen unseren auf-
richtigsten Dank. 14666
Familie Bonitz, Stephanstr. 47.
Hygienische Bedarfs-
artikel
Drogerie Zaramba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Hallescher
Tor. Wichtigste Bezugsguelle!
Verkauf 1. zur dauernden Rundschau!

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
die liebevolle Spenden bei der Be-
erdigung meines Lieben Mannes sage
allen, insbesondere den Kollegen vom
Steinmetz und Anhalter Bahnhof
meinen herzlichsten Dank.
Agnos Richter.
14675
Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren
zum Sonntag, den 3. April.
1. Abt.: 1 Uhr: Alt-Giltenise
(Sals). Start: Köpenicker Str. 58.
2. Abt.: 7 Uhr: Köpenicker
(Wald). Start: Köpenicker Str. 58.
3. Abt.: 7 Uhr: Köpenicker
(Sals). Start: Köpenicker Str. 58.
4. Abt.: 12 Uhr: Arbeiter-Verein
nachdem „Vollstund“, Köpenicker Str. 58.
5. Abt.: 1 Uhr: Besuch der
Krankenhäuser Friedrichshagen, Behren-
stein, nachdem Baumhüttenweg
(Speer). Start: Oberberger Str. 28.
6. Abt.: 1 Uhr: Johannisthal
(Schulz). Start: Köpenicker Str. 58.
7. Abt.: 1 Uhr: Köpenicker (Sals).
Start: Köpenicker Str. 58.
8. Abt.: 1 1/2 Uhr: Giltenise bei
Dernsdorf. Start: Köpenicker Str. 58.

Rechnungsabschluss
der
Gemeinsamen Ortskrankenkasse
für Adlershof und Umgegend
zu Adlershof
für das Rechnungsjahr 1909.
a) Einnahmen.

1. Kassenrechnung.	Re.
1. Kassenbestand für den	
Anfang d. Rechnungsjahres	3 977,60
2. Zinsen von Kapitalien	5 237,17
3. Eintragsgelber	4 654,90
4. Gesamtbeiträge	206 984,53
5. Zuschüsse für Familienunterstützung	
6. Ersparnisse für gewährte Krankenunterstützung	3 972,67
7. Ersparnisse von Berechtigten, Unternehmern, Versicherungsanstalten für gewährte Krankenunterstützung, Unfallrenten, Zuschüsse z. Krankengeld	2 763,27
8. Zurückgezogene Sparkasteneinnahmen, Entnahmen aus dem Reservefonds	24 847,65
9. Durchlaufende Posten	705,41
10. Sonstige Einnahmen	706,79
11. Summe d. Einnahmen	252 819,78

b) Ausgaben.

1. Für ärztl. Behandlung	33 290,51
2. Für Kranz u. sonstige Beihilfen	33 908,44
3. Krankengelder:	
a) an Mitglieder	80 322,48
b) an Angehörige der Mitglieder	2 709,-
4. Unterstützungen an Wöchnerinnen	6 264,30
5. Sterbegelder	4 012,03
6. Aus- u. Beerdigungskosten an Krankenanstalten	31 494,25
7. Fürsorge für Reconvaleszenten	—
8. Ersparnisse für gewährte Krankenunterstützung	3 794,33
9. Zurückgezählte Beiträge und Eintragsgelber	508,47
10. Für Kapitalanlagen (Sparfasse, Zuführungen zum Reservefonds)	14 237,17
11. Durchlaufende Posten	831,14
12. Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	14 535,95
b) sachliche	4 038,94
13. Sonstige Ausgaben	17 532,89
14. Summe der Ausgaben	247 504,35

c) Abschluss.

Summe d. Einnahmen (Ziffer a) 11).	252 819,78
Summe der Ausgaben (Ziffer b) 14).	247 504,35
Kassenbestand	5 315,58

II. Vermögensausweis
für den Schluss des Rechnungsjahres 1909.
Das Gesamtvermögen der Kasse
setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aktiva: a) der Bestand für den Schluss des Rechnungsjahres 1909	
ii. vorliegend. Abschluss	5 315,58
b) Sparfassenbuch	178 527,38
Summe	183 842,96
2. Passiva	—
3. Ueberschuss der Aktiva nach dem vorjährigen Abschluss betrug bei Ueberschuss d. Aktiva	1115,-
Ergibt gegen das Vorjahr an Ueberschuss der Aktiva weniger zum Reservefonds gehören nach den hant- gehaltenen Ueberweil (Zuzugungen)	178 527,38
Nach dem vorjährigen Abschluss betrug der Reservefonds	189 137,86
Ergibt gegen das Vorjahr an Reservefonds weniger	10 610,48
Als Betriebsfonds verbleiben der Kasse	5 315,58

Adlershof, den 30. März 1910.

Tischlerverein, E. H. 89.
Sonntag, den 2. April,
abends 8 1/2 Uhr, Reichthorstr. 15:
Versammlung.
Vortrag, Vereinsangelegenheiten.
198/9
Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde
Am Montag, 4. April, abends 8 Uhr, bei J. Meier, Sebastianstr. 39:
Beschließende Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Gemeindeangelegenheiten.
Da die Versammlung die wichtigste des ganzen Jahres ist, werden die Mitglieder dringend ersucht, zu erscheinen.
57/5
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 3. April 1910, abends 7 Uhr, im Köpenicker-Kaffeehaus,
Köpenicker Str. 72:
Vortrag der Genossin Luise Zietz über:
Die Stellung der Frau einst und jetzt.
Eintritt 20 Pf. 6/10* Garderobe frei.
Nachdem: **Gemütliches Beisammeln und Tanz.**


Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Berlin und Umgegend.
Köpenick.
Montag, den 4. April cr., abends 8 1/2 Uhr, im Kaiserhof:
Öffentliche Sängerversammlung.
Referent: Reichstagsabgeordneter Eichhorn:
Was will der Deutsche Arbeiter-Sängerbund?

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro:
Col L. Kant 3, 1209. Charitéstraße 2. Col III. Kant 3, 1987.
Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der
Rohrleger und Helfer
Berlins und Umgegend
in Keller „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97.
Tages-Ordnung:
1. Können sich die Rohrleger und Helfer mit dem von den Arbeitgeberern bewilligten Tarif einverstanden erklären? Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation ist es notwendig, dass ein jeder von Euch für einen zahlreichen Versammlungsbesuch agitiert, denn in dieser Versammlung muss den Arbeitgebern bewiesen werden, dass die Tariffrage für die Mehrheit der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend noch nicht erledigt ist. Deshalb erscheint Mann für Mann! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
112/15
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Lederarbeiter.
Filiale I Berlin.
Sonntag, den 3. April, vormittags pünktlich 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokal des Herrn Schmidt, Prinzen-Allee Nr. 83.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 1. Mal 2. Bericht des Arbeitsnachweis-Kuratoriums über die weitere Befüllung des Arbeitsnachweises. 3. Vereinsangelegenheiten und Berichtendes.
NB. Vom Monat Mai ab finden, wenn nicht besondere Umstände obwalten, unsere Versammlungen regelmäßig jeden Donnerstag nach dem 1. statt.
144/4
Der Vorstand.

Einheitspreis . . . M. 12,50
Luxus-Ausführung M. 16,50

der Salamanderstiefel entsprechen den vornehmsten Ansprüchen. Fordern Sie Musterbuch V



Salamander
Schuhges. m. b. H. Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilancker Strasse
Ecke Turn-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 80
Steglitz, Schloß-Strasse 90

Gemäß Nr. 7 der Anweisung vom 10. Juli 1909 zur Ausführung des Krankensicherungsgesetzes (siehe ich in Abänderung des Gesetzes vom 21. Mai 1907 - D. R. 9846 - den durchschichtlichen Tagelohn für die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Uhrmacher zu Berlin und zwar:
a) für männliche Mitglieder über 16 Jahre und nicht-lich der Lehrlinge auf . . . 3,60 M.
b) für weibliche Mitglieder über 16 Jahre auf . . . 2,90 „
c) für männliche Mitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge auf . . . 1,80 „
d) für weibliche Mitglieder unter 16 Jahren auf . . . 1,40 „
hierdurch fest.
Der Oberpräsident.
Vorstehende Abänderung bringen hierdurch zur Kenntnis.
Der Vorstand
der
Orts-Krankenkasse der Uhrmacher
14715
Berlin.
G. Lisch, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Dem 4. April d. J. ab befindet sich das Kassentotal
Rosenthaler Straße 40-41
„Hackescher Hof“
2. Hof, Ausgang 5, 1 Treppe.
Am 1. und 2. April bleibt das Kassentotal des Umzugs wegen geschlossen. 272/11*
Berlin, den 29. März 1910.
Der Vorstand.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Dirksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksparkbrunn. - Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Gute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15
Zaal 4 (Arbeitslokalen):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Engelhardt
Caramel-Bier
Alkoholfreies Spezialbräu.
Aerisch empfohlen für Nervöse, Reichsüchtige, währende Mütter etc. etc.
Preis pro Flasche 10 Pfg
Überall käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.
BERLIN-PANKOW.
Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

Möbel-Sonderversauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen, da infolge Umbau das Lager reduziert werden muß.
— Selten günstige Gelegenheit!!! —

Siegmund Misch
Dresdenerstr. 16
Barzahlung
Teilzahlung

Die teure Zeit
zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein.
Wie kann man sparen?
Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59 finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.
Eine Quelle des Wohlstandes
erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Mod-Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.
Abonnements-Anzüge und Paletots M. 12.— 16.— 19.—
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.—
Verleihhaus feiner Herrenmoden
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.
Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate.
Stets großes Lager von :: Gelegenheitskäufen ::
Anzüge und Paletots von 6.50 Mark an.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Zum Schulanfang

Freitag bis
Mittwoch

sowelt
Vorrat

Schulhefte 20 Blatt stark, blau oder bunter 5 Pf.
Lack-Diar en 48 u. 96 Bl. stark, extra gut. Papier 18 u. 35 Pf.
Kolleghefte 48 u. 96 Blatt stark, bes. stark. Papier 18 u. 35 Pf.
Aufgabebücher 3, 5 u. 8 Pf.
Oktavhefte 3 u. 5 Pf.
Löschblätter in Mappenz 25 Stück 5 Pf.

Federtaschen 1. Led. gefüllt 1²⁵ 1⁷⁵ 2⁸⁵
2. Schulgebr.

Heft-Etiketten 100 Stück 8, 10 u. 15 Pf.
Klebe-Rollen gummiert 8 Stück 10 Pf.
Umschlagpapier 25 Bog. 8, 15 u. 22 Pf.
Bleianspitzer „Kosmos“ 18 Pf. „Pook“ 35 Pf.

Federtaschen Ersatz für Federkasten 45 Pf.
Holz-Federk. 10, 25, 35, 95 bis 1⁹⁵
Lack-Federk. schwarz m. Dekor. 25, 48, 75 bis 1⁸⁵
Schulfederhalter Dutzend 20 Pf.
Taschenfederhalter 5, 8, 18, 28 Pf.
Federbüchsen 3, 5, 8 Pf.

Ein Posten Notiz-Bücher Stück 10, 15, 20 Pf.

Kaisertinte 3, 8, 15 bis 68 Pf.
Schiefer tafeln ... 8, 18, 20 bis 1²⁵
Schiefergriffel extra stark ... Dutzend 7 Pf.
Zens.-Mappen 20, 40, 75, 95, 1²⁵

Reissbrettstifte Gros 12 Pf.
Holz-Lineale 2, 5 und 7 Pf.
Schreibzeuge mit einem Trichterf. 35, 45, 75 Pf.
Schreibzeuge mit zwei Trichterf. 75 Pf. 1¹⁵
Reisszuzge 95 Pf. 1³⁵ 1⁹⁵ 2⁴⁵
Farbkästen 25, 48, 95 Pf.

Albrecht Dürer-Bleistifte . Dtz. 85 Pf.
A. W. Faber-Bleistifte „Polygrades“ 130 Dtz.
Joh. Faber-Bleistifte Dessau Dtz. 60 Pf.
Joh. Faber-Bleistifte „Polygrades“ 100 Dtz.
Bleistiftschoner mit Bleistift ... 5, 8 Pf.
Perry-Federn echt Gros 85 Pf.

Butterbrotbeutel sehr prakt. fett-dicht, 100 Stück 22 Pf.

Roeder's Bremer Börsenfed. Gros 150
Federwischer aus Leder 3, 5, 8, 18 Pf.
Radiergummi Aka 5, 10, 20 Pf.
Spitzen-Radiergummi 5, 7 Pf.

Schulmappen

Knaben-Tornister schwarz u. braun Kunstleder 1⁵⁰ 1⁷⁵
Knaben-Tornister Rindleder, schwarz 4⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁰⁰
Knaben-Tornister Rindleder, braun . 4⁷⁵ 6⁰⁰ 6⁵⁰
Kolleg-Mappen 35, 65 Pf. 1⁰⁰ 1⁵⁰
Kolleg-Mappen Vollleder 2⁵⁰ 3²⁵ 4²⁵

Frühstückstasche schwarz und braun Rindleder 85 Pf.
Frühstückstasche massiv Rindleder . 1²⁵ 1⁵⁰
Frühstückstasche braun Kunstleder mit Blecheinsatz 95 Pf.
Frühstückstasche Kunstleder m. Blecheinsatz und Zinkflasche 1⁰⁵

Mädch.-Arm- u. Rückenmappen schw. u. braun Kunstleder . 1⁷⁵ 2⁰⁰
Mädch.-Arm- u. Rückenmappen massiv Rindleder, schw. 5⁵⁰ 6⁰⁰
Mädch.-Arm- u. Rückenmappen massiv Rindleder, braun 6⁰⁰ 6⁵⁰
Bücherträger 55 Pf. 1⁷⁵ 2²⁵
Notenmappen zusammenlegbar, mit zwei Schlössern 2⁸⁵ 5⁵⁰ 8⁰⁰

Ein Posten Schwarze Schulschürzen in verschiedenen Größen 95 Pf. 1⁴⁵ 1⁹⁵

Ein Posten Farbige Kinderschürzen in verschiedenen Größen ... 85 Pf. 1³⁵



Einen Posten Freischwinger-Uhren

Nussbaum furniert, ca. 100 cm hoch, 14 Tage gehend, mit Schlagwerk, Ziffernblatt eifenbeintarbig mit Goldmittelstück 14⁰⁰

Ein Posten Freischwinger-Uhren ca. 110 cm hoch, elegantere Ausstattung .. 19⁰⁰

Jahresuhren 22⁵⁰
400 Tage gehend

Weckeruhren 1⁹⁵
gutes Werk



Bernward Leineweber

4-5 Köllnischer Fischmarkt 4-5, gegenüber der Breitestr.



Für jede Körperform passend
fertig am Lager

Frühjahrs-Anzüge

Ulster und Paletots

21 25 28 32 36 42 48 54 60 M.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 M.

Große Auswahl. Billige Preise. Guter Sitz.

Moderno Herrenkleidung

Um mein neues Unternehmen einzuführen, wird

: verkauft :

Herren-Anzüge M. 10 12 16 18 bis 42
Herren-Paletots M. 10 14 16 18 bis 40
Herren-Hosen M. 1.90 2.50 3 4 bis 12
1 Posten bunte Westen M. 1.75 2.50 3 4

enorm billig

Anzug nach Mass ... M. 30 40 50
Paletot nach Mass ... M. 25 35 45

zu streng festen Preisen

August Pietsch G. m. b. H.

9 Rosenthalerstrasse 9 — Ecke Auguststrasse

Bitte genau auf Namen und Hausnummer zu achten

Arbeiter-

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Adte Generalversammlung des Verbandes der Steinseher, Pfasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Köln, 30. März 1910.

Fünfter Verhandlungstag.

Die geschlossene Sitzung über Streiks und Lohnbewegungen zeltigte folgenden Beschluß:

Bei Lohnbewegungen, Streiks oder Aussperrungen, die jetzt durch die Lähmung der Unternehmer eine immer größere Ausdehnung annehmen, soll, wenn irgend tunlich, nicht der Zentralvorstand oder die Gauleitung die Beendigung usw. entscheiden, sondern die Mehrheit der den Verhandlungen beizuhörenden Delegierten.

Drei weitere Beschlüsse lauten: 1. Mitglieder, die während eines Streikes innerhalb des Streikgebietes

a) zu den geforderten resp. vereinbarten Bedingungen oder b) bei Abwehrstreiks, Aussperrungen und Sympathiestreiks zu den alten Bedingungen oder

c) bei Angriffstreiks auf Grund von Versammlungsbeschlüssen von der Beteiligung am Streik ausgeschlossen sind und ebenfalls zu den alten Bedingungen arbeiten,

haben für jeden Arbeitstag während des Ausstandes einen Extrabeitrag in Höhe eines halben Stundenlohnes zu zahlen.

2. Der Zentralvorstand erhält die Ermächtigung, im Falle umfangreicher Kämpfe für die an den Kämpfen nicht direkt beteiligten Mitglieder obligatorische Extrabeiträge in Höhe eines Stundenlohnes pro Woche auszusprechen.

3. Im Falle eines außerordentlichen Abwehrkampfes oder einer Aussperrung verpflichten sich die Filialen, ihre sämtlichen Kassensbestände leihweise zur Verfügung zu stellen.

Bei der Statutenberatung

werden alle Anträge, die sich auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung beziehen, abgelehnt.

Bei der Krankenunterstützung werden nur redaktionelle Änderungen vorgenommen, sonst bleibt das alte Regulative bestehen.

Vier Anträge zur Reiseunterstützung, welche die Abschaffung der Reiseunterstützung für die Wintermonate und für die übrigen Monate ihre Erhöhung auf 1,50 M. pro Tag bezw. ihre Auszahlung nach Kilometern verlangen, werden dem Verbandesrat überwiesen.

Der Sitz des Verbandes

bleibt Berlin; die alten Verbandsbeamten werden wiedergewählt. Knoll wird als Delegierter zum internationalen Kongress in Kopenhagen gewählt.

Die nächste Generalversammlung soll in Berlin stattfinden. Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung erledigt.

Partei-Angelegenheiten.

1. Kreis. Die Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, in Dräfelds Festsaal (Saal II) statt. Die Tagesordnung ist: Gemeinsame Aussprache über unsere Kreisorganisation. Mitgliedsbuch legitimiert. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Schwendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 2. April, abends 8 Uhr, findet bei Pätzsch die Wahlvereinsversammlung statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ueber die hohen Butterpreise

wird allgemein lebhaft Klage geführt. Für die breiten Massen der Bevölkerung ist der Genuß guter Butter ein Luxus geworden, den sie sich nur bei besonderer Gelegenheit leistet. Preise von 1,40, 1,50 und 1,60 Mark für das Pfund Butter sind für die meisten Arbeiterfamilien unerschwinglich. Da wo zwei, drei, vier oder gar noch mehr Kinder vorhanden sind, sind die Eltern beim besten Willen gar nicht in der Lage, die vielen Stullen, die verzehrt werden, mit guter Butter bestreichen zu können.

Rechnen wir das Pfund Butter nur zu 1,40 und nehmen wir an, daß pro Tag ein halbes Pfund verwendet wird, so würde eine Ausgabe von 5 Mark pro Woche allein für Butter notwendig sein. Dieser Betrag ist aber noch sehr gering bemessen und hat ein spärliches Umgehen mit der Butter zur Voraussetzung. Er wird erheblich höher sein, wenn die Kinder vierzehn, fünfzehn Jahre alt sind und sich in dieser Zeit der körperlichen Entwicklung als starke Esser betätigen. Diese unerschwinglich hohen Preise für Butter haben die arbeitende Bevölkerung schon lange gezwungen, sich Ersatzfetten zuzuwenden. Margarine, Schmalz und andere Fettarten sind die Butter des armen Mannes geworden. Und je mehr die arbeitende Bevölkerung zu diesen Surrogaten greifen mußte, desto mehr stiegen auch die Preise für diese Ersatzmittel. Auch sie stehen heute im Preise erheblich höher als vor Jahren, wo man sich noch in Arbeiterkreisen scheute, Margarine zu essen. Welcher Mittel man sich auch der Ernährung bedienen mag, nirgends entrinnt man der Ausbeutung durch Reich und Staat und soweit es sich um die notwendigsten Lebensmittel handelt, ist man auch der Beutegier der Agrarier ausgesetzt. Dieser Lage ging eine Notiz durch die Presse, nach der der Hirsch-Dundersche Ortsverein der Berliner Maschinenbauer beschlossen haben soll, einen mehrmonatlichen Butterboykott zu verhängen, und es wurde weiter berichtet, daß auch die freien Gewerkschaften beabsichtigten, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Uns ist von letzterer Absicht nichts bekannt. Und was den Beschluß des Hirsch-Dunderschen anbetrifft, so wird er wirkungslos bleiben schon der Handvoll Leute wegen, die so beschloffen haben. Eine Nacht, die etwas ausrichten kann, fehlt. Zudem aber wird der Butterboykott keinen nachhaltigen Einfluß ausüben, weil, wie schon gesagt, die große Masse der Bevölkerung durch die hohen Butterpreise dem Buttergenuß ganz von selbst mehr und mehr entzogen muß.

„Gerechtdenkende Bürger.“

Der Landesdirektor Freiherr v. Rantessell hat dieser Tage in einem vertraulichen Rundschreiben angeregt, „vorurteillose und gerechtdenkende Bürger“ möchten sich zu einer Ehrengabe für die Schutzmannschaft als Sympathiebekundung für diese pflichttreuen Beamten zusammenschließen. Die Pflichttreue der Beamten im Sinne der feudalen Herrschaft kann nur in ihrem standalösen Vorgehen in den letzten Wochen gegen die für ihre politischen Rechte kämpfende Arbeiterschaft gefunden werden.

Der erste „gerechtdenkende Bürger“ hat schon vor Erscheinen der Rantessellschen dem Polizeipräsidenten 300 M. für die Berliner

Schutzmannschaft zur Verfügung gestellt. Dieser „vorurteillose und gerechtdenkende Bürger“ war der Besitzer des Weinhauses Trarbach in der Französischenstraße, Herr Kreyhmann. Dieser Herr ist wegen seiner Vorurteillosigkeit und Gerechtigkeit den Kleinern gegenüber, deren er etwa 60 beschäftigen soll, eine sehr geschätzte Persönlichkeit. Im „Gastwirtsgehilfen“ wurde seinerzeit berichtet, daß die Kleinern wohl den fürstlichen Lohn von monatlich 15 M. erhielten, daß sie aber an die Firma jeden Tag 30 Pf. für die von ihr vorgeschriebene und gelieferte Uniform und 10 Pf. für den Bläserpfeiler zahlen mußten. Außerdem müsse 1/2 Prozent von der Gesamteinnahme abgegeben werden. Dieser Betrag gilt für Gläserbruch. Die Gläser brauchen hier, wie in den meisten anderen Geschäften, wenn sie das Unglück haben, Gläser zu zerbrechen, nicht zu bezahlen. Als die Weltfirma Trarbach im Jahre 1905 in Berlin ihre Weinstuben errichtete, wurde in einer öffentlichen Gastwirtsgehilfenversammlung folgendes berichtet:

Das ganze Personal für das Haus Trarbach hat der Stellenvermittler Rutenberg zu vermitteln, der zwar keine Gebühren verlangt, bei dem aber die Vermittelten desto größere Forderungen machen müssen, da er Gastwirt ist. Schon seit Oktober — der Bau war noch lange ein Rohbau — hatte der Herr Rutenberg den Auftrag und hängte in seinem Lokale ein diesbezügliches Plakat aus, sodas er den ganzen Winter reichlichen Zulauf stellungsuchender Gastwirtsgehilfen hatte. Wieviel Trarbachs Wein mag bei Rutenberg von diesen getrunken worden sein? Und warum gerade Rutenberg, warum war die Weltfirma Trarbach gerade auf ihn verfallen? Nun, Rutenberg war Abnehmer von Wein und suchte neben Kleinern und anderem gastwirtschaftlichen Personal in den Gastwirtschaften auch Wein zu verschaffen und zwar Wein von der Firma Trarbach. Aus Dankbarkeit hierfür wurde ihm die Lieferung von Kleinern für das neue Geschäft übertragen.

Das Haus Trarbach hat auch, um einige Pfennige zu sparen, sein gesamtes Personal bei der Krankenkasse der Berliner Gastwirtsinnung versichert, deren Leistungen um Bedeutendes hinter denen der Ortskrankenkasse Berliner Gastwirte zurückbleiben.

Solche „gerechtdenkende Bürger“ wie der Besitzer des Hauses Trarbach einer ist, wird es in Berlin sicher noch mehr geben. Das interessanteste bei der geplanten Sympathiebekundung ist der Umstand, daß sie in klingender Münze erfolgen soll. Der Schutzmannschaft wird das natürlich sehr angenehm sein, um so angenehmer, je höher der Betrag ist, der ihnen zugewiesen werden wird. Natürlich wird sicherlich die Höhe der zu erwartenden Geldsumme nicht Einfluß auf das Recht der Sabelhauer bei zukünftigen Gelegenheiten ausüben, sonst würde es schließlich gar nicht abzusehen sein, bis zu welchem Grade die „treue Pflichterfüllung der Beamten“, um mit Herrn von Rantessell zu reden, noch gehen soll.

Wie wäre es übrigens, wenn die Beamten ihre Pflicht erfüllten, ohne wie besessen auf harmlos dahergehende Berliner Bürger einzuhauen? Hätte auch in diesem Falle der Landesdirektor der Provinz Brandenburg die gerechtdenkenden Bürger zu einer Sympathiebekundung aufgefordert?

„Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.“

Von einem seiner Leser erhält das „Berliner Tageblatt“ das nachstehende, ebenso amüsannte wie lehrreiche Schreiben:

Sehr geehrte Redaktion!

Sollte Ihnen das Thema „Wahlrechtsdemonstration und ihre Folgen“ noch nicht übermäßig eingehend behandelt erscheinen, so möchte ich Sie bitten, folgendes in Ihrem geschätzten Blatte zu veröffentlichen: Wie kann der Staatsbürger gegen Polizeimassnahmen protestieren? 1. Er läßt sich zu überlauten, unvorsichtigen Ausrufungen hinreichend; die Folgen sind Geld- oder Freiheitsstrafen. 2. Er klagt selbst gegen die Polizei; dann gelangt er auf den nicht immer richtigen und mitunter etwas langen Instanzenweg. 3. Er schreibt eigenhändig an die Polizei; dann kann er vor Stauern krank werden. Fall 1 und 2 sind wohl die häufigsten und hinreichend bekannt; zu Fall 3 möchte ich mir erlauben, das folgende mitzuteilen: Ich schrieb an den Polizeipräsidenten von Berlin, Herrn v. Jagow:

„Ein Hochwohlgeborener

erlaube ich mir, folgende Beschwerde zu unterbreiten: Ich hatte gestern, Sonntag, den 6. März, mit meinem Bruder in Charlottenburg gegen 1/3 Uhr nachmittags einen Wagen der Straßenbahnlinie „Charlottenburg-Kupfergraben“ bestiegen, um, unbekümmert von den Wahlrechtsdemonstranten, nach der Dorotheenstraße gelangen zu können. Am Brandenburger Tor wurden wir mit sämtlichen Insassen von Schutzleuten in dem manchen Unterbeamten mitunter eigenen groben Ton gezwungen, den Wagen zu verlassen und mitten in die Demonstrationen hineinzugeraten. Ich protestiere gegen eine derartige Maßnahme, die mich hindert, mein Geld abzufahren, und mich friedlichen Bürger in die Gefahr bringt, mit Demonstranten überritten zu werden. Wir konnten uns nur im angelegentlichsten Lauffschritt aus dem Bereich der auf dem Königsplatz umherstreichenden Beamten bringen, während wir im Schutze des Straßenbahnwagens, der übrigens durch völlig freie Straßen leer weiterfuhr, vollständig sicher ans Ziel gekommen wären. Ich frage nun den Herrn Polizeipräsidenten: Aus welchen Gründen und welchen Veranlassungen wurden hier gleichgültige, ruhige Bürger in die Demonstrationen gedrängt, und wie will es die Polizei verantworten, wenn diese friedlichen Leute nach dem bekannten Satze: „Mitgehungen, mitgehungen“ unschuldigerweise, von der Menge eingekleidet, vor die Klauen der Schutzleute geraten?

Hochachtungsvoll

A. Donath,

Riedersdönhäuser, Uhlandstraße 13.“

Zweck dieses Schreibens war: den Polizeibehörden aus praktischer Erfahrung heraus anzudeuten, daß es angebracht sei, nicht jedermann aus der Menge nach einem Schema zu behandeln, und ich glaube in meinem naiven Gemüt, so etwas wie Dankbarkeit verdient zu haben für meine Anregung.

Ich erhielt folgende, von Herrn v. Jagow eigenhändig unterzeichnete Antwort:

„Auf die Beschwerde vom 7. d. M. Die am 6. März d. J. am Brandenburger Tor getroffenen polizeilichen Maßnahmen waren zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlich.“

gez. Jagow.“

Ich las und staunte, meine Gedanken verdorrten sich, und während des Tages ging mir nur immer im Kopfe herum: „Aus dem Straßenbahnwagen herausbefördert zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.“ — über den Königsplatz gesagt zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung!

Hochachtungsvoll

A. Donath.

Einen nicht minder originellen Bescheid erhielt ein Arbeiter aus Baumschulenweg, der sich an den Landrat des Teltower Kreises gewandt hatte. Uns wird hierüber geschrieben: Am 6. März, als man den Treptower Park abspernte, kam ich mit meiner Frau von einem Ausflug. Als wir schon nahe an Baumschulenweg waren, stiegen wir auf eine Anzahl Gendarmen, welche uns den Durchgang verwehrten. Zufälligerweise hatte ich einen Steuerzettel bei mir, und daraufhin konnten wir nach

unserer Wohnung gelangen. Aber diese Verhaftung friedlicher Bürger rief in uns eine Empörung hervor, und so hielt ich es für nötig, an den Landrat des Kreises Teltow folgendes Schreiben zu senden:

„Als Bürger von Baumschulenweg habe ich am Sonntag, den 6. März, zu meinem Erschaunen erfahren, welche Zumutung von der Polizei hier selbst dem friedlichen Bürger entgegengebracht wird.“

Als ich am Sonntag, den 6. März, mittags um 2 Uhr, von einem Ausflug zurückkehrte, und zwar von Riedersdönhäuser kommend, wurde mir am Uebergang des Sticksanals von den daselbst aufgestellten Gendarmen der Durchgang verwehrt. Glücklicherweise konnte ich mich legitimieren, daß ich Bürger von Baumschulenweg war. Wäre ich andernfalls nicht im Besitze einer Legitimation gewesen, wäre mir nichts weiter übrig geblieben, als den Weg nach Riedersdönhäuser zurückzugehen, um per Stadtbahn nach meinem Orte zu fahren. Auch beim Verlassen des Bahnhofs hier selbst (Baumschulenweg), war es unmöglich, Durchgang zu bekommen, da man hier in gleicher Weise die Abspernung nach mde der Spree zu gelegenen Ortsteil vornahm. Also es wäre mir ohne Ausweis unmöglich gewesen, nach meiner Wohnung zu kommen.

Als friedlicher Bürger hat man soviel Anspruch darauf, auch ohne Ausweis nach seiner Wohnung zu gelangen. Es wäre wünschenswert, daß man die Abspernung in der Weise handhabt, daß der im Orte Wohnende nicht mit derlei Dingen belästigt wird. Man weiß überhaupt nicht, was man dazu sagen soll.“

Hierauf erhielt ich folgende Antwort:

„Aus Ihrer Zuschrift vom 8. d. M. freue ich mich, ersehen zu können, daß die Abspernung am vergangenen Sonntag so rücksichtslos gehandhabt wurde, daß es Ihnen ohne Schwierigkeit gelungen ist, Ihre Wohnung zu erreichen, was bei ähnlichen Vorkommnissen leider nicht immer gewährleistet werden kann.“

(Unterschrift des Landrats unleserlich.)

Diese Antwort des Landrats ist keine sachgemähe; sie verhöhnt den Beschwerdeführer noch. Die Folgen einer solchen Behandlung werden sich bei den nächsten Wahlen zeigen.

Der Magistrat hat jetzt im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung gestattet, daß die Zahlung der Dienstentlohnungen, Witwen- und Waisengelder einschließlich der laufenden Unterhaltungen und der Erziehungsgehälter sowie der Bezüge am Ruhegeld usw. im Postamtverkehrsverkehr nicht nur bis zu 800 M., sondern in jeder Höhe ohne Einzelantrag und versuchsweise auch durch Ueberweisung im Girowege erfolgen darf. Die Zahlung geschieht wie bisher auf schriftlichen Antrag, für welchen Vordruck in der Stadthauptkasse ohne Entgelt erhältlich sind.

Eine Liebesstrasie hat sich gestern nachmittag in der Jungfernheide abgespielt. Dort sah ein junger Mann im Alter von etwa 18 Jahren einen jungen Mädchen von 16 Jahren eine Kugel in den Kopf und sich selbst in die Schläfe. Der von der Polizei gerufene Arzt Dr. Wötcher vom Ronnenbamm ließ die beiden Schwerverletzten in einem Krankenwagen der Siemens-Schubert-Werke nach dem Krankenhaus Westend schaffen. Beide hatten Schußwunden in der rechten Schläfe; bei dem Mann war die Kugel am Knochen abgeprallt und etwas oberhalb der Schußwunde wieder herausgetreten. Dem Mädchen war die Kugel ins Gehirn gedrungen, von wo sie noch nicht entfernt werden konnte. Es fehlt jeder Anhalt, wer das Paar ist. In der Westentasche des Mannes fand man einen Zettel mit der Aufschrift: „Paul, Bolter, Bölig, Schützenstr. 4“. Das Mädchen hatte in einer Tasche vier leere Kuberts, auf dem einen standen die inhaltschweren Worte: „Nur nicht nach Hause“.

Beim Spielen überfahren und getötet wurde gestern mittag der vier Jahre alte Sohn Paul der Arbeiterwitwe Genle aus der Weinstraße Nr. 4. Der Kleine spielte mit seiner sechsjährigen Schwester und anderen Kindern vor dem Hause Höchststraße Nr. 46 „Kriegen“. In dem Augenblick, als von der Landsberger Straße her der Wagen einer Weinhandlung die Höchststraße heraufgefahren kam, gab ihm eine Gespielin im Eifer des Jagens einen so heftigen Stoß, daß er hinfiel. Zum Unglück flog er gerade vor ein Hinterrad des Wagens. Dieses ging über ihn hinweg und drückte ihm den Brustkasten ein. Die Mutter, die der Autiker herbeieilte, trug den Verunglückten auf ihren Armen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Als sie dort mit ihm ankam, war er schon tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Eine „Privatgesellschaft“ eigener Art wurde vorgestern von der Kriminalpolizei in der Wiltonstraße aufgelöst. Im Erdgeschoß des Hauses Nr. 22 bestand seit vierzehn Tagen ein Ausschank, ohne daß die Polizei dafür die Erlaubnis erteilt hatte. Der Wirt ließ auf der Straße Zettel verteilen, deren Inhalt gleich bewies, daß es mit seinem Betriebe eine eigene Bewandnis haben mußte. Die Unterschrift lautete: „Ich weiß Bescheid.“ Nicht jeder erhielt so einen Zettel. Die Verteiler sahen sich ihre Leute an und gaben sie nur an die, die ihnen „geeignet“ erschienen. Anderen mußte der Zettel auch nichts. Wer für das Stüchwort kein Verständnis hatte, der kam höchstens in das Vorderzimmer, und auch dort war seines Weibens nicht lange. Wer dagegen mit einer entsprechenden Handbewegung das Stüchwort abgab, der gelangte ungehindert in das Hinterzimmer. Ein Betrieb dieser Art mußte bald aufhören und es dauerte auch nicht lange, daß die Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam wurde. Nach einigen Beobachtungen wußte auch sie Bescheid. Vorgestern abend besetzten mehrere Beamte unauffällig die Ausgänge, dann ging einer hinein. Er wurde angehalten wie jeder neue Gast, aber das Stüchwort öffnete ihm alsbald die Tür zum Hinterzimmer. Dort traf er etwa 30 Mann in einer Lage, die keinen Zweifel daran ließ, mit wem er es zu tun hatte. Nachdem sich jetzt auch die anderen Beamten Einblick verschafft hatten, wurden alle Gäste festgesetzt. Es befanden sich darunter Angehörige der besten Gesellschaftskreise, zum großen Teil auch Leute, die der Kriminalpolizei bereits bekannt waren. Das Lokal wurde geschlossen, gegen den Wirt ein Verfahren wegen Fuldung der Ausschankungen und unerlaubten Ansehens eingeleitet. Er behauptet, daß es sich nur um eine Privatgesellschaft gehandelt habe.

Vorort-Nachrichten.

Weißensee.

Am zweiten Tage der Stadtberatung wurden unseren Genossen wegen ihres Verhaltens bei der Gesamtstimmung des Stats von den Bürgerlichen Vorhaltungen gemacht. Herr Teichert wollte der Linken beweisen, daß es in der Hauptsache wieder der Grundbesitz ist, der bluten müsse. Seien es doch allein 82 000 M. Grundsteuer, die die Grundbesitzer mehr zahlen müßten. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß dieses Mehr erstanden sei durch die im Jahre errichteten Neubauten und ferner durch den Verlauf des alten Riessandes. Gleichzeitig erklärte unser Redner, daß nach all den fattedundenen Abstrichen usw. die Sozialdemokraten den Gesamtetat ablehnen. Hierüber entspann sich dann eine ausgedehnte Debatte, in der Herr Langsch das wahre Gesicht der bürgerlichen Herren zeigte. Danach wollen sie in Zukunft nicht mehr zulassen, daß die Vertreter der dritten Abteilung lange Reden halten, um zum Schluß den Etat doch abzulehnen. Hierauf kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Herr Langsch zu verteidigen gab, daß er es so böse nicht gemeint habe. Gegen den Gesamtetat stimmten außer unseren Genossen noch Herr Jaquar (bürgerlicher Grundbesitzeropponent),

und Herr Dr. Basse (besoldeter Schöffe). Beim Gemeindefestivals wurde angeregt, mehr Mittel für Lehr- und Lernmittel an bedürftige Kinder einzusetzen, vor allem müßte gegen diejenigen Eltern, welche nicht sogleich in der Lage sind, die erforderlichen Bücher usw. anzuschaffen, die größte Rücksicht geübt werden. Beim Etat des Grundbesitzfonds betonte Herr König, Direktor einer Terrainsgesellschaft, daß die Gemeinde durch ihren großen Besitz von 30 000 M. Grundbesitzsteuer bringe, diesen Kaufsfall müßten wiederum die Grundbesitzer aufbringen. Von unseren Genossen bekam auch dieser Herr König die gebührende Antwort. Bei den Abgaben an den Kreis forderte Genosse Zaubmann die Kreisabgabendeckelung auf, bei der nächsten Kreisstagung den Landrat zu interpellieren, aus welchen Gründen er dem Berliner Polizeipräsidenten am 6. März Genossen des Kreises Niederbarnim zur Verfügung gestellt habe, die am genannten Tage im Kreptower Park auf weislose Spaziergänger mit blanker Waffe eingeschlagen haben. Wie nicht anders zu erwarten, zeigten die Kreisabgabendeckelung hierzu keine Lust; nur Schöffe Rötke erwiderte, daß der Kreisstag sich mit Politik nicht beschäftigen dürfe. Da die Vertreter der Sozialdemokratie ausschließlich vom Kreisstage ferngehalten wird, so wird man vom Landrat eine Aufklärung nicht erhalten. Beim Ansatze „Biersteuer“ wurde sogleich die neue Biersteuerordnung mit verhandelt; hier war es Genosse Frensch, der mit aller Schärfe diese Ordnung bekämpfte. Er betonte den schweren Stand der Gastwirte und wartete mit 13 verschiedenen Steuerarten auf, die teils durch die Reichsfinanzreform sowie durch kommunale Belastung die Gastwirte treffen. In namentlicher Abstimmung wurde dennoch die Biersteuerordnung mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Ein Hiaslo erlitten noch die Gründer des unabhängigen „Beihenker Tagesblatts“, diese wollten, daß die amtlichen Bekanntmachungen in ihrem Blatte veröffentlicht und ihnen dafür 200 M. Subvention aus Gemeindefonds gezahlt werden. Unsere Genossen beantragten, daß wenn diese Summe bewilligt werde, dann auch dem „Vorwärts“ dieselbe Vergünstigung zu gewähren sei. Diese Forderung ging den Herren denn doch zu weit; es wurde daher der erste Antrag in namentlicher Abstimmung gegen drei Stimmen abgelehnt.

Nach dem Steuerfall beträgt der Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer 115 Proz., der Ertrag ist mit 253 000 M. eingesehrt. Für die Einkommen von mehr als 800 bis 900 M. sind bei gleichem 115 Proz. 8900 M. in Anrechnung gebracht. 115 Proz. Zuschlag von den Lorenzen sollen 72 450 M. ergeben. 245 Proz. Gewerbesteuer 118 000 M., 30 Proz. Betriebssteuer 1500 M., Gemeindegrundsteuer 6 M. pro Tausend der ungebauten Grundstücke 222 000 M., 3,80 M. pro Tausend der bebauten Grundstücke 301 200 M., Indirekte Steuern: Luftbarzelle, und Willeitsteuer 33 000 M., Hundsteuer 32 000 M., Frau- und Biersteuer 30 000 M., Umsatzsteuer 150 000 M., Wertzuwachssteuer 165 000 M. Insgesamt 1 388 200 M. Hier von sind an den Kreis abzuführen 114 388,40 M.

Nieder-Schönheide.

Der vor einigen Tagen gemeldete Ueberfall eines Dienstmädchens in der Berliner Str. 5 soll sich nach polizeilichen Ermittlungen als von dem Mädchen erfunden herausgestellt haben.

Rudow.

Ein weiteres größeres Fabrikunternehmen dürfte sich demnächst am hiesigen Orte ansiedeln. Die Terrain-Gesellschaft am Teltow-Kanal Rudow-Johannisthal A.-G. hat von ihrem Industriegebiet am Teltow-Kanal mehrere Morgen mit Wasserschluß und Hofen an ein industrielles Unternehmen (Chemische Fabrik) zur sofortigen Bebauung verkauft. Die Fabrik ist das achte größere Fabrikunternehmen, das sich im Laufe weniger Jahre in Rudow ansiedelt.

Straßberg.

Einen schrecklichen Tod fand das fünfjährige Töchterchen des Mottensüßers Buchholz, Kaiserstraße 19. Frau W. hatte in Begleitung ihres Kindes eine Freundin aufgesucht, und während sich nun die Frauen im Wohnzimmer aufhielten, kletterte das Kind auf die Balkonbrüstung hinauf und stürzte aus dem dritten Stockwerk auf die Straße hinab. Das Kind war auf der Stelle tot.

Oranienburg.

Die Kaiserin soll in diesem Jahre laut Beschluß der letzten Bezirksabstimmungsverammlung besonders imponant gestaltet werden. Der Vormittagsversammlung soll ein Umzug durch die Stadt vorangehen, für nachmittags und abends ist ein Vergnügen geplant. Die aufgelöste Jugendkommission wurde aus der Versammlung durch eine neue ersetzt. Beim Bericht von der Verbands-Generalsammlung wurde der Beschluß von der Abschaffung der Tätigkeitsmarken begehrt.

Wahlergebnisse.

Brick-Buckow. Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl wurden 634 Stimmen abgegeben. Hier von erhielt Genosse Franz Heine 468 und der Gegenkandidat Gesean 165 Stimmen. Unsere Fraktion in der Gemeindevertretung zählt sonach jetzt 4 Mann.

Behlenberg. Die vorgestern und gestern stattgefundenen Stichwahlen hatten folgendes Resultat: Im I. Bezirk erhielt der sozialdemokratische Kandidat Genosse Böhre 229 Stimmen, der Kandidat der Beamtenvereinigung Eickrodt 288 Stimmen. Gegenüber der Hauptwahl haben wir einen Stimmengewinn von 65 zu verzeichnen.

Im II. Bezirk wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen II in 195, für den Kandidaten der Beamtenvereinigung Lang 339 Stimmen abgegeben. Hier hatten wir gegenüber der Hauptwahl einen Zuwachs von 20 Stimmen zu verzeichnen. Die Gegner hatten in der Stichwahl etwa 100 Stimmen abgegeben.

Gerichts-Zeitung.

Die Geheimnisse einer Wurstfabrik

murden wieder einmal durch eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz enthüllt, die die 3. Strafkammer des Landgerichts III gestern beschäftigte. Der Angeklagte Hermann Sonntag betreibt unter der Firma Mes u. Sonntag in Richtenberg, Frankfurter Chaussee 140, eine Wurstfabrik, in welcher, wie der Angeklagte erklärte, Wurst „nach loyalem Stil“ gemacht wird. Der in dieser Wurstfabrik übliche „loiyere Stil“ scheint jedoch mit heftigster Unsauberkeit gleichbedeutend zu sein, denn die Wurstfabrik ergab wenig erbauliche Dinge. Ein dort beschäftigt gewesener Schlächtergeselle Hoffmann hat nach seiner Versicherung die Unsauberkeit und die Art, wie dasselbst „keine Leberwurst“ hergestellt wurde, nicht mehr ertragen können, seine Stellung aufgegeben und Anzeige erstattet. Nach seiner Darstellung herrschte in dem Fabrikationsraum für Wurst, die in großen Quantitäten angefertigt wurde, die größte Schmutzerei. Der Fußboden war fast ständig schmutzig und wurde viel zu selten gereinigt, es wimmelte von Motten, die die Fleischhälften emporkletterten, über die Fleischborträge herfielen, das Fleisch anfransen und sich strotzlich mästen. Weder waren Hallen aufgestellt, noch war sonst etwas getan, um die vielen Motten zu vertilgen; auch die Fleischstücke waren durch feinerlei Vorrichtungen gegen die Attacken der Motten, die die Träger von allerhand Krankheiten und Unrat sind, zu schützen. Bemerkte man, daß Fleisch von Motten angefrissen war, so wurde das angefrissene Stück allerdings abgeschnitten und zu Hundestutur bestimmt; wie oft es aber nicht bemerkt und das Fleisch ruhig verwendet worden ist, ist nicht festzustellen. Es ist auch vorgekommen, daß Fleischstücke, die von den Gefellen dem Habel für Hundestutur überwiesen worden waren, zum Angeklagten als „zu schade“ für diesen Habel und geeignet zur Wurstfabrikation erklärt wurden. Die letztere ging in nicht sehr appetitlicher Weise vor sich. Es wurde minderwertiges Fleisch, welches man sonst zu diesem Zweck nicht verwenden, zu Leberwurst verarbeitet: Kopffleisch, Abfallfleisch, Sehnen, Nackenbände, Augen, Getreide, etwas

Leber — alles kam in den großen Kessel, aus dem dann als „keine Leberwurst“ entstieg, die zu recht respektablem Preise verkauft wurde. Schließlich sollen auch die Gerichte in ungenügender Weise gereinigt worden sein. Diesen Verurteilungen des Hauptbelastungsgenossen widersprach zwar der Angeklagte energisch, sie fanden jedoch in den Aussagen zweier Schlächtergesellen, die noch heute bei ihm beschäftigt sind, im wesentlichen ihre Bestätigung. — Am 13. Januar nach erstatteter Anzeige der Tierarzt Lehmann zur Revision in der Wurstfabrik des Angeklagten erschien, fand er unter anderem auch einen Haufen Fleisch vor, welches in einem Kessel aufgekocht wurde und verdorben war. Aus diesem Grunde wurde die Anklage nicht nur auf Grund des § 10, sondern auch auf Grund des § 12 des Nahrungsmittelgesetzes erhoben. Letzteren Punkt hielt der Staatsanwalt jedoch nicht aufrecht, da es sich um einen Vorbereitungsschritt handelte; er beantragte aber auf Grund des § 10 eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht verurteilte nicht, daß abscheuliche Schmutzereien festgestellt worden, glaubte aber doch noch von einer Gefängnisstrafe absehen zu können und verurteilte den Angeklagten zu 500 M. Geldstrafe eventuell 50 Tagen Gefängnis.

Schutz gegen Polizei und Justiz.

Polizeibeamte beghehen strafbare Handlungen; angeklagt werden die durch die strafbaren Handlungen geschädigten Zivilpersonen. — Diese die preussische Polizei und Justiz kennzeichnende Erscheinung wurde wieder einmal dieser Tage vor dem Posener Schöffengericht gerichtlich, ja sogar von der Anklagebehörde selbst festgelegt.

Dort hatte sich der Viehhändler Alexander Bronowicz aus Schwering bei Posen wegen Mißhandlung, Beamteneileidigung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Arrestbruch zu verantworten. Der Angeklagte hatte mit seinem Freunde Schmidt an einem Eisbeinessen in einem Schweringer Restaurant teilgenommen. Da sich auch der Stadtwachtmeister Wasche dort aufhielt, bot ihm W. eine Portion Eisbein an. Der Stadtwachtmeister erklärte es jedoch unter seiner Würde, das Eisbein anzunehmen. Als aber die Gäste eine Zeitlang aus dem Lokal in einen Nebenraum gingen, konnte der Wachtmeister dem Duff des noch auf dem Tische liegenden Eisbeins nicht widerstehen. Er machte sich daran, das billige Essen zu verespisen. Die in das Zimmer zurückgekehrten Gäste gaben zu verstehen, daß sie dies Polizeisüßchen nicht sehr taktvoll fanden. Im Lokal erschienen bald darauf zwei Polizisten und brachten eine Tafel, die sie einem herrenlos vor der Tür haltenden Fuhrwerk abgenommen hatten, um die Namensliste zur Bequemlichkeit der Personalbestellung des Besitzers ihrem Vorgesetzten zu bringen. Die Tafel machte im Lokal die Runde und war plöthlich verschwunden. Der Wachtmeister war der Meinung, Schmidt habe die Tafel versteckt und erklärte diesen für verhaftet. Dagegen protestierten die Gäste. Darauf hob der eisbeinestüßige Wachtmeister die Verhaftung auf. Jetzt zog wieder Freundschaft zwischen Polizei und den Philistern ein: die Gäste, sowie auch die drei Polizeibeamten aßen und tranken gemeinschaftlich und gemüthlich weiter. W. und Schmidt gingen um 2 Uhr nach Hause. Als sie eine Meile friedlich gegangen waren, trat plöthlich der Wachtmeister an sie heran und gebot ihnen Ruhe und zeigte nicht übel Lust, sie zu verhaften. Da die beiden völlig ruhig gegangen waren, protestierten sie gegen Waches Beginnen und lehrter entfernte sich. Um 3 Uhr nachts polterte es plöthlich an der Wohnungstür des angeklagten W. Als die Ehefrau öffnete, stürmten die drei Polizisten trotz des Protestes der nur notdürftig angekleideten Frau an dieser unter dem Vorwande vorbei, die Wohnung nach Schmidt durchsuchen zu wollen. W. und Sch. schrien indes auf dem Hofe die Pferde an, um nach Posen zu fahren. Als die Polizeibeamten ihrer ansichtig wurden, fielen sie über Sch. her und verhafteten ihn. W. forderte die Beamten auf, sein Grundstück zu verlassen. Nun liegen die Beamten von Sch. ab und verhafteten W. Da dieser gerade eine Wagenrunge in der Hand gehabt hatte, verhafteten sie auch diese. W. wurde in die Arrestzelle gebracht. Da die Beamten aber das Schließen der Zelle vergessen hatten, „drach“ W. aus, nahm seine im Flur liegende Wagenrunge und hob die Haustür des Arresthauses aus. Er war somit frei und erstattete nun beim Bürgermeister gegen die Beamten Strafanzeige. Der Bürgermeister drehte jedoch den Spieß um.

In der Gerichtsverhandlung bestätigten alle Zeugen die Vorfälle in der geschilderten Art. Hier auf gab der Anklagevertreter seiner Entrüstung über das Treiben der Beamten in scharfen Worten Ausdruck. Er betonte, daß der Wachtmeister und seine Beamten sich in einer ganz beispiellosen Weise des Mißbrauchs der Amtsgewalt, Hausfriedensbruchs, Freiheitsberaubung, Mißhandlung und wesentlich falscher Beschuldigung schuldig gemacht hätten und statt des Angeklagten auf die Anklagebank gehöhrt. Es erfolgte Freisprechung des Angeklagten. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, daß die Verhandlung ein Bild polizeilicher Willkür und Taktlosigkeit gezeigt habe, wie es krasser nicht mehr gedacht werden könne.

Aber die schuldigen Wachtmeister und Polizeibeamten laufen noch frei und ohne Anklage herum. Wer glaubt, daß ähnliches nur um Posen herum sich ereignet?

Vermischtes.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Mülheim a. Rh.

Wie jetzt festgestellt worden ist, sind bei der Eisenbahnkatastrophe insgesamt zwanzig Personen getötet worden. Gestern früh ist der Soldat Osterland nachträglich im städtischen Krankenhaus zu Mülheim gestorben. Ferner sind bei der Katastrophe 53 Personen schwer verletzt worden. Diese liegen in den Hospitälern von Mülheim und Köln. Eine große Anzahl, etwa 80 bis 90 leicht verletzte Personen sind verbunden und wieder entlassen worden.

Wen trifft die Schuld?

Ueber die Ursache der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe wird folgendes mitgeteilt: Der Bahnhof Mülheim hat in der Richtung von Düsseldorf drei Signalfellen. Diese liegen je ein Kilometer weit von einander entfernt. Der Militärzug Nr. 40 hatte die beiden ersten Signalfellen passiert und hielt vor dem dritten Signal, weil das Gleis, auf das er dirigiert werden sollte, durch einen Eigutwagen besetzt war. Zwischen hatte der Vordrampf Hamburg-Gema aus der Richtung Düsseldorf kommend die Positionen passiert. Für ihn wurde das erste der drei genannten Signale sofort auf freie Fahrt gestellt. Das mittlere Signal war vermöge der bekannten Blockierung noch nicht aufziehbar, weil die dritte Signalfelle den Militärzug noch nicht hatte einfahren lassen, und dadurch das mittlere Signal noch unter elektrischem Verschluss gehalten wurde. Gerade in dem Augenblick, als der Militärzug nunmehr am dritten Signal Einfahrt erhielt, fuhr der Zugzug mit voller Gewalt auf den letzten Wagen des Militärzuges auf. Die Schuld trifft den Lokomotivführer des Zugzuges, der das zweite Signal, welches auf Halt hand, nicht beachtet hatte.

Wie aus Mülheim a. Rh. gemeldet wird, ist der Führer des Zugzuges verhaftet worden.

An der Unglücksstätte.

Bei den Rettungsarbeiten haben sich vor allem die Arbeiter des Kesselwerkes Guillaume und Zellen ausgezeichnet, die sofort mit allerlei Hilfsgerätschaften und Werkzeugen zur Unglücksstätte eilten und hier ruhige und planmäßige Rettungs- und Aufräumungsarbeiten leisteten. Sie haben viele Stunden hindurch fast übermenschlich gearbeitet, um an manchen Stellen die Verletzten überhaupt aus den Trümmern herauszubekommen. Große Arbeit verursachte das Abheben eines Waggondaches mit Binden und Stricken, um in das Innere zu gelangen und die dort liegenden jammernden schwerverletzten und hilflos eingeklemmten Soldaten zu befreien. In einigen Fällen gelang es zwar, den Oberkörper der Verunglückten zu befreien, ihre Beine aber mühten stundenlang festgeklemmt bleiben, ehe es gelang, die Leute ganz aus den Trümmern zu retten. Die halbbelebten Soldaten wurden gestützt und hochgehalten und man erleichterte ihnen ihre Lage nach Möglichkeit. Die Kertze von Mülheim und Köln waren sofort erschienen und leisteten liberal Hilfe. Auch die Bevölkerung zeigte während des Unfalles große Hilfsbereitschaft, sie sprang ein, wo es zu helfen galt, und kam Verunglückten und Geretteten bereitwillig zu Hilfe. Der leitende Arzt im städtischen Krankenhaus zu Mülheim erklärte, daß eine Anzahl der Schwerverwundeten nicht mit dem Leben davon kommen dürften. Bei sechs Verletzten habe man alle Hoffnung aufgegeben.

Nach den Erzählungen der dem Unheil Entronnenen

brach das Verderben mit einer ihnen selbst unbegreiflichen Plöthlichkeit in die singende Schar. „Wir saßen vergnügt im Abteil und erzählten uns“, sagt einer der Geretteten, „da gab es einen furchtbaren Knack, wir flogen durcheinander und wurden etwas hochgehoben. Dann hörten wir ringsum fürchterliches Schreien und Weinen. Wir sprangen entsetzt aus dem Wagon und wollten in dem ersten Schreden davonlaufen. Dann sahen wir aber, was geschehen war, hörten die Kameraden, die eingeklemmt waren, schreien und versuchten zu helfen. Aus einer benachbarten Fabrik kamen die Arbeiter hingelaufen und rissen die Trümmer auseinander. Wenn sie nicht so schnell dabei gewesen wären, wäre wohl noch mancher umgekommen. Viele Soldaten waren so eingeklemmt, daß sie erst nach einigen Stunden herausgeholt werden konnten. Aus einem Fenster steckten fünf Leute die Köpfe und schrien um Hilfe; sie konnten sich nicht bewegen.“

Die Opfer der Breslauer Gaseplosion.

Bei der vorgestrigen Gaseplosion in der Einbaumstraße wurden, wie vom gestrigen Tage aus Breslau gemeldet wird, drei Personen getötet und neun mehr oder weniger schwer verletzt. Die Toten sind der Lehrer Plagel, sein sechs Monate altes Kind, das heute früh aus den Trümmern geborgen wurde, und der Elektrotechniker Reinberger, der gestern beim Vorbeigehen an dem Hause einen schweren Schädelbruch erlitten hatte und seinen Verletzungen heute früh im Krankenhaus erlegen ist. Die Verletzten sind alle außer Lebensgefahr. Die Eplosion ist dadurch herbeigeführt worden, daß aus Gaseröhren, von denen die Messingverchlüßmuffen gestohlen waren, in einer leerstehenden Wohnung im Quartier Gas ausströmte, das explodierte, als die Wohnung mit einer Laterne betreten wurde.

Eine entsetzliche Bluttat

wurde, nach einer Meldung aus Chemnitz, gestern mittag in Wittweida verübt. Der Arbeiter Max Mann schnitt in Abwesenheit seiner Frau seinen beiden Kindern im Alter von 2 und 4 Jahren mit einem Messer den Hals ab und stürzte dann die hingerichtete 14-jährige Tochter seiner Wirtin Dehne. Als deren Mutter gegen 12 Uhr nach Hause kam, wurde sie von dem Mörder überfallen und gleichfalls durch Messerschläge getötet. Der Mann begab sich sodann auf den Dachboden des Hauses, steckte das Haus in Brand und unternahm einen Selbstmordversuch durch Erhängen. Er wurde jedoch rechtzeitig abgeschnitten und lebend ins Krankenhaus gebracht. Der Brand wurde gelöscht. Der Beweggrund zu der furchtbaren Bluttat ist unbekannt. Auf dem Tische befanden sich mit Kreide geschriebene Worte: „Ich habe das Leben satt.“

Drei Kinder verunglückt. Aus Woschum wird gemeldet: Drei Kinder spielten in einer Lehmgrube nahe bei Woschum. Plöthlich gab eine feucht gewordene Lehmmasse nach und begrub die drei Kinder unter sich. Nach längeren vergeblichen Anstrengungen herbeigeholter Arbeiter gelang es, die Verklüfteten von den Lehmmassen zu befreien. Ein Kind war tot, das zweite schwerverletzt, während das dritte mit leichten Hautabschürfungen davongekommen war.

Eine Schlagwetterexplosion im Ruhrevier.

Wie aus Gelsenkirchen gemeldet wird, ereignete sich auf Zeche Dahlbusch in Rottkirchen nachts um 2 1/2 Uhr bei Reparaturen eine Schlagwetterexplosion, von der fünf Mann betroffen wurden. Wie jetzt sind ein Toter und zwei Schwerverletzte geborgen. Zwei Schachtbauer sind in den Schoß gestürzt und vermutlich zu Tode gekommen. Man hofft sie im Laufe des Tages zu bergen. Der Betrieb ist nicht gestört.

Zur Ermordung des Astronomen Charlois.

Einer Meldung aus Paris zufolge wurde vorgestern in Nimes ein Arzt namens Vrenges unter dem Verdacht verhaftet, seinen Schwager, den Astronomen Charlois in Nizza ermordet zu haben. Bei der Hausdurchsuchung fand man in einem Koffer Vrenges einen Revolver und ein Blatt blaues Papier, das demjenigen gleicht, dessen sich der Mörder bediente, als er Charlois unter der Vorpiegelung, daß ein Telegramm für ihn eingetroffen sei, auf die Straße lockte. Vrenges beteuert seine Unschuld.

Explosion eines Luftballons.

Aus Paris wird vom gestrigen Tage gemeldet: In Nogent bei Fontaine ging gestern ein mit vier Personen bemannter Luftballon nieder. Als die Dorfweibner zur Hilfeleistung herbeieilten, explodierte plöthlich der Ballon, wobei drei Luftschiffer und vier andere Personen verletzt wurden. Die Explosion soll durch ein brennendes Streichholz hervorgerufen sein, das ein Nadschmer in böswilliger Absicht gegen den Ballon geschleudert habe.

Zur Brandkatastrophe in Ostfriesland wird noch aus Budapest gemeldet: In Ostfriesland herrscht Totenstille. In den letzten zwei Tagen wurden 208 Leichen und viele Leidenstoffe beerdigt. Von den Toten waren 228 aus Ostfriesland, 48 aus der Umgebung. Von den 60 Schwerverletzten sind bisher 24 gestorben, viele von den übrigen ringen mit dem Tode. Rät Häuser wurden amtlich versiegelt, da deren Insassen sämtlich verbrannt sind. Jetzt wurden die Brunnen untersucht, weil verlautet, daß viele Verletzte, um sich Linderung zu verschaffen, in die Brunnen gesprungen seien.

Korrupte Polizei.

New York, 31. März. Der Bürgermeister Cahoon klagt die Polizei an, daß sie Erpressungen gegen die Gastwirte verübt. Er sagt, daß die New Yorker Polizei mehr als zwei Millionen Dollar aus den Gastwirten herauspreffe. Daraufhin ist ein Verbot erlassen worden, daß kein Polizist mehr eine Bar betreten darf, vielmehr angeordnet worden, daß diese Lokale von

Eingetroffen sind:

Muster-Coupons u. Reste

für **Anzüge, Paletots, Kostüme** usw.

direkt aus der Fabrik.
Enorm billig! Meter 2.—, 3.—, 4.—, 5.— Mark.
 Nur Saison-Neuheiten!

Spezialhaus moderner Herren- und Damenstoffe.
 Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.
BERLIN C., Roßstraße 2, Sonntags geöffnet.

Spezial-Geschäft

Zahlungsweise
 auf Wunsch
 in
 kleinen
 Raten.

Nur **Möbel** **Misch**

Große Frankfurter Straße 45/46 I u. II

umfassende Sachkenntnis und sehr große
 Erfahrungen haben es nur ermöglicht,

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

in so außerordentlicher Vollendung herzustellen,
 dass sie auch von sachverständigsten Rauchern
 als beste 2 Pf.-Marke bezeichnet werden. Ihre
 Qualität rechtfertigt dies Urteil aber auch
 vollkommen und die ihr zuteil gewordene Agge-
 kennung ist darin wohl begründet.

Josefetti-Junio-Cigaretten m. u. o. M. 10 Stck. 20 Pf.

Josefetti Cigarettes Josefetti Cigarettes

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Ziehung 11. u. 12. Mai

Berliner Arbeits-Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.

50000
 30000
 20000

Originallose à 2.— Mark.
 Porto u. Liste 30 Pf. extra,
 empfiehlt und versendet der
 General-Debit

G. Dischalis & Co.,
 Bankgeschäft,
 Berlin C. 2, Königstr. 34-36.
 Auch zu haben in sämtlichen
 Lotterie- und Zigarrengeschäften.

Verkäufe.

Durch Rauch beschädigte Gardinen-
 reihe, Fenster 1,25, 1,45, 1,85, 2,45,
 3,25, 4,50.

Tüllbettedecken 1,75, 1,90, 2,45,
 3,25, 4,50, 5,50 etc.

Erdbüchsen 3,45, 4,65, 5,85,
 6,50, 7,50 etc. G. Weihenbergs Gardinen-
 haus, Große Frankfurterstraße 125,
 im Hause der Möbelfabrik, 2. Haus
 an der Kopenstraße.

Durch Rauch beschädigte Tüll-
 bettedecken 1,25, 1,85, 2,50, 3,25,
 3,85, 4,50 etc.

Plüschdecken 4,25, 4,85, 5,25, 5,95

Wohlbüchsen 6,25, 7,85,
 8,50, 9,85, 11,50 etc.

Zuchportieren, komplette Gar-
 nituren, 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,75,
 6,50 etc.

Plüschportieren, komplette Gar-
 nituren, 6,25, 6,85, 7,85, 8,75, 9,50,
 11,50, 13,50. Portierenhaus, Große
 Frankfurterstraße 125, im Hause der
 Möbelfabrik.

Stoppdecken, Simillseide, 3,25,
 3,75, 4,50, 5,25 etc.

Wiener Stoppdecken, Plüsch, 7,85,
 8,50, 9,75, 11,25, 13,75, 15,50 bis
 30 Mark.

Chaiselonguedecken, extra groß,
 4,50, 5,75, 6,75, 7,50, 8,75, 9,50 etc.
 Große Frankfurterstraße 125.

Wohlbüchsen 3,25, 3,85, 4,75,
 5,25.

Berliner Plüschdecke 6,85, 7,50,
 8,75, 9,65, 11,25, 12,50 etc.

Gute Plüschdecke 12,50, 14,50,
 16,50, 18,50, 21,50 bis 60 Mark.
 Teppichhaus, Große Frankfurter-
 straße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Käuser und Alineenreste zu
 Preisverkauft.

Zufahren, Halle und Plüsch, zu
 Spottpreisen. Gardinen- und Teppich-
 haus, Große Frankfurterstraße 125,
 im Hause der Möbelfabrik. 428R

Kaffee-Ausgaben, Meise, Heine,
 Meier, Schiller, Schafbeare, je vier
 Bunde 6.— Mark. Lindenstr. 6, Kauf,
 je zwei Bunde 3,50 Mark. Bürger,
 Reich, Remon, Wilsand, Wieland und
 andere, je ein Bund 1,75 Mark. Ex-
 pedition, Lindenstraße 69, Laden. 358R

Extraangebote! Beliebiges
 Plüschhaus Kaufstraße 60,
 zweites Gesch. Turmstraße 73.
 Spottpreiser Plüschverkauf! Extrabiliger
 Gardinenverkauf! Extrabiliger
 Teppichverkauf! Vorlesen! Stoppdecken!
 Hochlegante Aussteuerstücke! Extrabi-
 ligger Warenverkauf! Schmuckstücke!
 Wiederaufbau! Extrabiliger Jacken-
 verkauf! Gehrocken! Sommer-
 paletots!

Wandteppichhandwerker, Küstner-
 platz 7, (spottbilliger) Bettverkauf,
 Gardinenverkauf, Tischdecken,
 Wolldecken, Deckenverkauf, Schmuck-
 stücke, Goldschmuck, Silberwaren, ver-
 schiedene Plüsch. 2402R

Wormsweiler erhalten 5 Prozent
 Extrarabatt selbst bei nachstehend auf-
 geführten Gelegenheitskäufen. Teppich-
 haus, Thomas, Oranienstraße 160, Oranien-
 platz.

Teppiche, farbfeinere, spott-
 billig.

Gardinen, Stores, Kissen-
 gardinen, Restpartien für halben
 Wert.

Käuserreste spottbillig.

Wohlbüchsen spottbillig.

Wormsweiler, beachtet vor-
 liehendes 5 Angelen. 367R

Teppiche! (jedlerhafte) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 Teppichlager, Brünn, Paderlocher
 Platz 4, Bahnhofstraße. (Jeder des
 "Worms" erhalten 5 Prozent
 Rabatt!) Sonntags geöffnet!

Gasttronen. 5 Tage Probefreie-
 lung! Täglich ohne Anzahlung,
 wöchentlich 1,00 (bis Hundert Kauf-
 summe). Kiefern-Louis Böttcher
 (selbst), Betriebsleitung Vorhangs-
 straße zweiunddreißig (Hochbahn,
 Stadtbahn: Barshauerstraße). Filialen:
 Kiefern-Louisstraße 81, Nixdorf,
 Kaiser-Friedrichstraße 247. 105R

Hermannsplan 6 Großberliner aller-
 billigste Einkaufsquelle. Extrabilige
 Warenverkäufe. Kleiderverkauf. Plüsch-
 verkauf. Sommerpaletots, Jacken-
 anzüge, Gehrocken, Herrenhosen.
 Enorm billiger Bettverkauf. Wäsche-
 verkauf. Brautgeschäfte. Aussteuer-
 geschäfte. Gardinenverkauf. Teppich-
 anzahl! Plüschdecken. Stopp-
 decken. Wanddecken. Tischdecken.
 Kleiderverkauf. Ringverkauf. Damen-
 schuhe. Warenverkauf Hermanns-
 plan 6. Kauf Sonntags. 1112R

Krone und Koppel verkauft billig
 Polster, Nixdorf, Steinmetzstraße 109.

Vittorini's Nähmaschinen ohne An-
 zahlung, gebrauchte spottbillig, Sta-
 lickerstraße 99, Barshauerstraße 67.

Glossen zu Hoes Guayot und
 Eglund und Lacroix. Die wahre Ge-
 halt des Christentums", von August
 Debel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe
 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69,
 Laden. 358R

**Wohnungszüge und Sommer-
 paletots** von 5 Mark sowie Hosen
 von 1,50, Gehrocken von 12,00,
 Jacken von 2,50, sowie für formidante
 figuren. Neue Barstraße zu raumden
 billigen Preisen, aus Wanddecken
 verfertigte Sachen kann man an
 billigsten bei Rah. Kulackstraße 14.

Gasthofhaus!!! Großoffene
 Zweiockhauslocher! 5,00. Bierlocher!
 gaslocher! 9,00. Gasbügellapparat!
 Schneiderei! spottbillig! Gast-
 ronen! Kassenverkauf! Gaszylinder!
 Gasheizer! 1 1/2. Wohlfahrt, Wagners-
 straße 52. 358R

Teppiche (Farbenfehler), Stopp-
 decken, Gardinen, Tischdecken, Tüll-
 bettedecken, Ledergeräten, Sofa-
 stoffe, spottbillig. Fabrikverkauf
 Plüschverkauf, Große Frankfurterstraße 9,
 Haupteingang. Vormittags 10 bis
 12 Uhr. Sonntags geöffnet. 2488R

Vorjährige hochlegante Anzüge
 und Paletots, aus feinsten Stoffen,
 früherer Preis 60.—, jetzt 40.—,
 werden täglich im Kapeller-Rind,
 Unter den Linden 61 II verkauft.

Ohne Anzahlung, Wäsche 50,
 Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel,
 Polsterwaren, Teppiche, Gardinen,
 Stoppdecken, Tischdecken, Bettdecken,
 Vorlesen, Uhren, Gasttronen, Herren-
 garderobe, Weber, Feinleinenstr. 25,
 Verkauf, eventuell Postkarte. 300R

Verbreiten und Distribution als
 soziale Krankheitserscheinungen von
 Paul Ditsch. Preis 2.— Mark, geb.
 2,50 Mark. Expedition Vorwärts,
 Lindenstraße 69.

Gasttronen, dreifach 4,50,
 Salongasttronen 7,50, Gaszylinder
 8,00, Gasheizer 1,45, Gaswandarme
 0,55. Fabrikverkauf Große Frankfurter-
 straße 92; Filiale Kiefernstraße 6. *

Prachtvolle Betten 4,50, damige
 Bauernbetten 8,00, Aussteuer, 3,90
 Damastbezüge. Pfandleiche Pringen-
 straße 86. 391R

Pandbett, zwei Deckbetten, zwei
 Kissen, weißschwarz, 16,50, große
 Raten 90 Pfennige. Pfandleiche Pringen-
 straße 86. 391R

25,00 Bauerndeckbett, Unterbett,
 zwei Kissen. Pfandleiche Pringenstr. 86.

10,50 ganzer Stand, Janet rot-
 rosa gestreift, einzig zu haben Pfand-
 leiche Pringenstraße 86. Jahrgeld wird
 vergütet. 391R

Lambouriermaschinen Kofe-
 meder, abtinerer Fabrikant Des-
 mann, Kolonnenstraße 20. Preis
 billig, Abzahlung günstig. 358R

Kanarienhöhne 5,00, Weißchen
 1,00, Kiefernstraße 61, I. 2411R

Teppiche. Die Restbestände einer
 Teppichfabrik kommen zum schmeich-
 lichen Verkauf. Breite bedeutend herab-
 gesetzt. Wollteppiche, ganz schwere
 Qualität: Stuhnteppiche, früher 18,50
 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher
 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher
 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg
 Lange, Chausseestraße 73/74.

Vorlesen, Plüsch und Filz. Rest-
 bestände 1-4 Fenster bedeutend
 unter Preis.

Erdbüchsen, Stores, ein großer Vollen
 mit Volant, volle Dreie und Länge
 4,75.

Stoppdecken, eigene Anfertigung,
 richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50.
 Teppichhaus Georg Lange, Chausse-
 straße 73/74. 671R

Damen hemden mit handgeklüster
 Wäsche 1,15, Herrenhemden 1,15, Nor-
 malwäsche, Arbeiterhemden sowie
 elegante Kleider bis zur Hälfte
 des Wertes. Wäschehandlung Salo-
 monstraße, Dirlenstraße 21, Alexander-
 platz. 2411R

Drehbänke, Wäschmangeln,
 Waschmaschinen, Ringmaschinen,
 "Berliner", Nähmaschinen 20.

Wohnungszüge, Sommerpaletots,
 Gehrocken, Hosen, feinste Stoffe,
 spottbillig. Plüschverkauf, Kiefern-
 straße 92/94.

Hochbornische Herrenanzüge,
 Herrenpaletots, aus feinsten Stoffen,
 deren Wertpreis bis 70,00,
 verkaufen 18.—38,00, Herrenhosen
 7.—12,00 täglich, Sonntag. Deutsches
 Versandhaus, Jägerstraße 63 I.
 Firmabestellung. 1450R

Fortunaleibband! Großberliner
 allerbilligste Plüschverkauf! Wiener-
 straße 23. Wollteppiche. Extrabiliger
 Plüschverkauf! Bettverkauf!
 Wäscheverkauf! Herrengarderobe!
 Extrabiliger Warenverkauf! Gardinen-
 anzahl! Stoppdecken! Ver-
 schiedenes! Spottpreise! 4110R

400 Prachtbetten verlässlich, Plü-
 sch, Dirlenstraße 116, I.

Geschäftsverkäufe.

Restaurations, passend für Partei-
 geschäften, gegenüber eines größeren
 Betriebes, wegen Grundstücksüber-
 nahme zu verkaufen. Rübens
 Drebbenerstraße 66, Dautergerstraße.

Vorteilhaft mit Saal und Bauern-
 schenke verlässlich Dautergerstraße 22.

Restaurant, sichere Existenz,
 wöchentlich 15 Vereine, zahlende,
 Zentrum, umhändelbar preiswert
 zu verkaufen. Kaufmann Scheider,
 Kopenstraße 7a. 74

Dezilition, Restaurant, ein
 großes Vereinszimmer, 35 Jahre be-
 stehend, 11 Jahre in meiner Hand,
 verkaufe sofort preiswert, aber nur
 an Parteiliegen. Will nur Engros
 arbeiten. Postamt 39 G. B. 47. 1142

Zukunft und sichere Existenz bietet
 die Uebernahme meines Restaurations-
 stellers, 20 Jahre bestehend. Jahr-
 schen 250 Mark Postamt 86. 1472R

Zeitungsgeschäft, Schlafzimmereinrichtung
 billig Hartmann, Uferbahnstraße 16.

Möbel.

Wohlbüchsen: Wenig ge-
 brauchte, gut erhaltene Möbel und
 neue, Kleiderkasten in 5 Etagen,
 sowie ganze Brautausstattungen,
 emalzte, eleganteste, beliebigen
 geweiht, verkaufen, spottbillig, Kiefern-
 lager, Lagerstraße, Neue König-
 straße 5/6, Jahrgeldgebäude. Sonntags
 geöffnet. (Auch Teilzahlung.) 2777R

Dame verkauft sämtliche neue
 Möbel. Drebbenerstraße 40, vorn I.
 Händler verbeten. 2411R

Gelegenheitskäufe zurückgelehrt
 Möbel, ganzer Wirtschaften sowie
 neuer Einrichtungen billig. Auch
 Teilzahlung. Vormittags erhalten
 drei Prozent. Kaufmann, Oranien-
 platz 202. 3088R

Möbelfabrik, seit 1880 bestehend,
 Gneisenaustraße 15, nahe dem Halle-
 schen Tor, liefert Einrichtungen von
 150 bis 10 000 Mark. Teilzahlung
 gestattet, Beamten ohne Anzahlung,
 Kleiderpläne, Vertikale 20, Vertikale
 mit Federmatratze 24, bessere mit
 Federmatratze 29, Speiseische 6,
 Schreibtische mit Aufsatz 33, Um-
 bauten, nachbaum Büfette 110, Bücher-
 schränke 56, nachbaum Nachtschische 14,
 englische Schränke 35, Standuhren 60,
 komplette Schlafzimmer 180, eigene
 Speisezimmer 350, eigene Herren-
 zimmer 200, moderne Wohnzimmer
 180, farbige Küchen 44 an. Garni-
 turen und Solas aus eigener Fabrik
 sehr billig. Zurückgelehrt und ver-
 liehen gewesene Möbel besonders
 preiswert. Kostenlose Lieferung und
 Aufhebung. Sonntags geöffnet.
 Auf Hausnummer 15 achten. 304R

Teilzahlung Möbelleinrichtung,
 Stube und Küche, 15 Mark. Ver-
 liehen gewesene Möbel spottbillig.
 Berolina, Kiefernstraße 49. 397R

Möbel-Gelegenheitskäufe in aller-
 größter Auswahl; einfache sowie
 bessere Wohnzimmereinrichtungen be-
 deutend billiger wie regulär. Er-
 gänzungsmöbel. Büfette 120, Schreib-
 tische 45, Sofa 45, 55, Garnituren 65,
 Trumeaus 30, Schränke, Vertikale
 26 Kronen, Teppiche, Silber, Küchens-
 möbel, Kleiderständer, Lederstühle, Um-
 bauten, Lederstühle usw. spottbillig.
 Venners Möbelfabrik, Postzinger-
 straße 65, Kiefernstr. Tor. Die
 Möbel sind in vier Tagen auf-
 gestellt. 564R

Satin Schlafzimmerei mit zwei
 Meter breitem Schrank, marmorale
 Ausführung, komplett 700.—. Nießig
 abhängig für Brautleute! Auf Wunsch
 kostenlose Lagerung bis zum Ge-
 brauch. R. Dirlen, Kiefernstr.
 25, an der Hochbahn. 545R

Sofort verlässlich wegen Aufgabe
 meiner Wohnung: Plüschloca, Säulen-
 trumeau, zwei englische Bettstellen,
 Kleiderständer, Teppich, Chaiselongue,
 Kleiderständer, Schreibtische, mehr
 Garderobenschrank, moderne Küche.
 10-5. Kaufmann Edding, Charlotten-
 burg, Postamtstraße 101, vorn I.
 Händler verbeten. 1473R

Sofort verlässlich: Elegante
 Plüschloca, englische Bettstellen, Spiegel-
 Schloca, Kleiderständer, Vertikale,
 Chaiselongue, Trumeau, Gastrone,
 Königsbergerstraße 11, vorn I rechts,
 bei Hölzer. 3919

Fahrräder.

Herrenfahrrad Damenfahrrad
 einmal benutzt 35,00 Holz Blumen-
 strage 36. 1683R

Fahrräder, Teilzahlungen, Zu-
 waldenstraße 30, Wilhelmshafen-
 straße 73 (Waldhaus Turmstraße).

Herrenfahrrad, Damenfahrrad
 billig Witwe Kopp, Kopenstraße 94.

Musik.

Violinunterricht (neue, doppelt
 fördernde Methode bis zur Vollendung)
 gibt erprobener Künstler wöchentlich,
 auf Wunsch auch nur eine Lektion
 a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf.
 Offerten unter D. 2 Expedition des
 "Vorwärts".

Verschiedenes.

Vertrauensvoll Befehl. Gütlicher.
 Straße 94.

Englischen Unterricht für Anfänger
 und Fortgeschrittenen, Einzelstunden
 und im Zirkel erteilt G. Swienty,
 Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Kunstschüler von Frau Kolofsky
 Schöneberg, Kurstraße 8, III.

Pfandleiche, Heimerdorferstraße 13,
 Ecke Weißwasserstraße. 113R

Geld auf Wohnungs-Einrichtungen,
 Pianos, Barockstühle, Automobile,
 anerkannt kulant, schnell. Lager-
 speicher, Neue Königstraße 5. (VII,
 1587). 27710R

Kupfer, Messing, Platinabfälle,
 Silberabfälle, Goldschmelze Rieher,
 Köpenickerstraße 20a (gegenüber Man-
 teufelstraße). 2088R

Waschanstalt Heinrich Koblitz,
 Köpenick, Uferstraße 21, wäslig
 kloster, Weißwäsche 0,10, vier Hand-
 tücher 0,10, vier Taschentücher 0,10.
 Lieferung und Abholung Königs.

Teilzahlung, Anfertigung ele-
 ganter Herrengarderobe. Karcus,
 Dragonerstraße 10a. 2411R

Wer Stoff hat? Fertige Herren-
 anzüge 15.—, Wagner, Schneide-
 meier, Kiefernstraße 9, Laden.
 (Ramen beachten.) 418R

Vermietungen.

Nebenraum! Unsere Arinen
 Restaurationsräume sind an Echele,
 welche dieselben umschiff (gute
 Küche usw.) vorziehen können, zu
 verpachten. Offerten Pl. 170 Post-
 amt 33. 25411R

Wohnungen.

Brautpaar kann sofort Zwei-
 zimmerwohnung mit Möbeln über-
 nehmen, Geh. Bad, Balkon, Meise
 30.— monatlich. Offerten H. S. 600
 Hauptpostamt Nixdorf. 1102

Weddingplatz zwei Stuben und
 Küche, Balkon oder eigener Garten,
 außergewöhnlich billig. Kiefern-
 straße 178. 1469R

Zimmer.

Zimmer, einstufiges, Kiefern-
 straße 33, vorn IV links, Zahl. *

Möbliertes Vorderzimmer preis-
 wert sofort zu vermieten. Neugebauer,
 Tempelhof, Berlinerstraße 35. 563R

Ein kleines Zimmer zu vermieten
 bei Wagner, Kiefernstraße 33, vorn
 2 Treppen. 1120

Möbliertes Zimmer für einen
 Herrn, Uferstraße 11, vorn III,
 Stolle. 114

Balkonzimmer, groß, leer, Park-
 aussicht, Bodenheizung, für einzelnen,
 besseren Herrn, auch kleinerer Vorder-
 zimmer sofort Kopenstraße 21.

Sofort kleines, freundlich möbliertes
 Vorderzimmer, einen Herrn, vermietet
 Schulte, Kiefernstraße 79, vorn IV,
 Nähe Hermannsplan. 1102

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für einen
 oder zwei Herren vermietet Witwe
 Unverricht, Dänemtr. 20, vorn III,
 Bahnhof Schönhauser Allee. 1129

Möblierte Herren-Schlafstelle
 Friedrichstraße 30, Kranlau. 14706

Möblierte Schlafstelle, Gas, Herrn,
 Raumstraße 61 (Adalbertstraße),
 vorn partiere. 14775

Fremdliche Schlafstelle Holz-
 marktstraße 13 bei Frau Schufft.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Wunder Stuhlrechter Mittel am
 Arbeit. Abholung, Zurücksendung,
 Blücher, Kulackstraße 28.

Stellenangebote.

Wormsweiler, tüchtige, sofort
 verlangt. Caffé, Kiefernstraße 12.

Für Stellmacher.

Karlsruher Fabrik von Reuscher,
 Charlottenburg, Salzgraben 3.
 Gleichzeitig erfragen wir die
 Kollegen aller Branchen der Holz-
 industrie das Vermittlungsbüro
 des gelben "Handwerker-
 verbandes" streng zu meiden.
 Die Erüberwaltung.

Härder, Bänder gelocht. Gebr.
 Altenbergs Härder, Weihenber, Lang-
 handstraße 4. 1150

Gärtnerlehrling verlangt Fabrik
 feiner Bronzwaren. Weiß, Sedanstr.
 71. 3918

Junge Leute, welche sich eignen
 Private zu besuchen, wollen sich
 melden. Unter Verdienst bei leichtem
 Arbeiten. Hans Schönberg, Galt-
 wasserstraße 25. 21211

Goldleisten Stellenmacher, jüngerer,
 sofort verlangt. Kiefernstr. 21, Weihen-
 berg, Langhandstraße 128. 1150

Versicherungs-Beamte, welche be-
 reits für den Ruhestand tätig waren,
 erhalten Stellung mit gutem, festem
 Gehalt und hohen Nebenprovisionen,
 laufende Anwartschaft und Pensionen-
 berechtigung. Herren, welche noch
 nicht im Ruhestand tätig waren, werden
 unentgeltlich ausgebildet und erhalten
 während der Probezeit festes Tages-
 geld. Ausführliche Offerten unter
 J. R. 982 befordert Rudolf Mosse,
 Berlin SW. 19. 336

Zeitungsfrauen für Berlin und
 Pansow verlangt. Vornpoststr. 1.

Schneidmädchen im Alter von 14 bis
 16 Jahren, aus anständiger Familie,
 bei monatlicher Vergütung sofort ge-
 sucht. Meldungen nur in Begleitung
 der Eltern oder des Vormundes
 1-2 mittags oder 7-8 Uhr abends.
 H. Jander u. Co., Weißwasser-
 straße 1/2. 554R

Kartonnierinnen an der
 Ueberziehmaschine. Leopold Stein,
 Neue Königstraße 30. 14655

Gebühr Kartonnage-Arbeiterinnen
 für Fabrik und Hausarbeit finden
 dauernde lohnende Beschäftigung in
 der Kartonnagenfabrik Kiefern-
 straße 21. 5338R

Schulfräulein Mädchen für nach-
 mittags findet sofort Aufwartung bei
 Krone, Schöneberg, Tempelhof-
 straße 21a, hochpartiere. 1131

Arbeiterinnen, Kiefernstr., auch
 Lehrmädchen verlangt. Vornpoststr.
 Drebbenerstraße 11. 1469

Schneidmädchen, gerade eingesehnt,
 verlangt sofort. Kaufmann u. Co.,
 Straußendammfabrik, Kommandanten-
 straße 45. 14490R

Wochenfrauen finden dauernde
 und sehr lohnende Beschäftigung
 Weihenberstraße 41. 3915R

Zeitungsfrauen (für die Touren
 Zimmerstraße und Weihenberstraße) so-
 fort verlangt. Schöneberg, 24/25,
 Hof partiere. 3911R

Chefredakteurs

neu zu belegen. Gest. Bewerbungen
 werden bis 8. April an die Geschäfts-
 leitung erbeten. 2418R

Achtung!

Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen
 sind abgelehrt:
 Kammsabrik Nibel, Barshauer
 Straße 37/38.

Für Stellmacher.
 Karlsruher Fabrik von Reuscher,
 Charlottenburg, Salzgraben 3.
 Gleichzeitig erfragen wir die
 Kollegen aller Branchen der Holz-
 industrie das Vermittlungsbüro
 des gelben "Handwerker-
 verbandes" streng zu meiden.
 Die Erüberwaltung.